Endspurt beim Berliner Schloss, S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

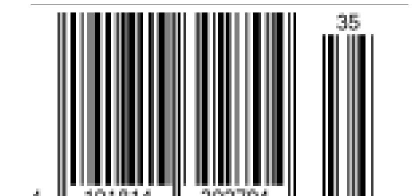
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 35 – 31. August 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Politiker und Medien spielen mit dem Feuer: Tausende Demonstranten im Zentrum von Chemnitz Bild: action press

Die Geduld geht zu Ende

Politik und Medien reagieren auf Chemnitz mit grotesker Einseitigkeit

Mit aller Gewalt soll der Bürgerprotest von Chemnitz verunglimpft werden. Doch das ist ein Spiel mit dem Feuer.

In den Reaktionen von Politik und Medien auf die Ereignisse von Chemnitz hat sich der Wille zur unbedingten Einseitigkeit in geradezu grotesker Weise enthüllt. Der Mord an einem 35-jährigen deutschen Familienvater, begangen durch Messerstiche mutmaßlich von einem Syrer und einem Iraker, spielte schon nach kurzer Zeit kaum noch eine Rolle. Stattdessen wurden tausende aufgebrachte Bürger, die ihren Unmut nicht herunterschlucken wollten, pauschal als „rechter Mob" abgestempelt.

Kein Zweifel: Hitlergruß, Übergriffe auf ausländisch aussehende Menschen oder auf Linke sind nicht zu rechtfertigen. Doch bei links dominierten Aufmärschen, die von Extremisten und Gewalttätern missbraucht werden, ist stets von „einer kleinen Gruppe von Randalierern" die Rede, die „aus der Masse der friedlichen Demonstranten heraus operiert" hätten. Die tausenden Chemnitzer dagegen werden ohne Ansehen von Person und Motiv allesamt unter das Fallbeil des „Kampfes gegen Rechts" gelegt, das keine Differenzierungen akzeptieren will.

> Als hätten sie nur darauf gewartet, »Schande!« zu rufen

Es mutet fast an wie ein sadistisches Spiel: Massiv unterstützt von geneigten Medien befördert die Politik eine millionenfache Asyl- und Einwanderungswelle, die auf der ganzen Welt außerhalb Deutschlands entgeistertes Kopfschütteln auslöst. Verlieren die Deutschen dann die Geduld und entzündet eine brutale Mordtat ihren aufgestauten, nein, von dieser Politik angeheizten Zorn, reagieren Politik und Medien, als hätten sie nur auf die Gelegenheit gewartet, „Schande!" zu rufen und die Bürger als „rechten Mob" bloßzustellen.

Dieses Spiel ist ein Spiel mit dem Feuer. Man sollte sich von der verhältnismäßigen Ruhe besonders in den westlichen Bundesländen nicht einlullen lassen. Der Unmut wächst auch hier. Furcht und Verunsicherung – wie die Geschichte weiß, eine hochexplosive Mischung – greifen auch westlich der Werra immer mehr um sich. Nur fehlt den Westdeutschen die Revolutionserfahrung ihrer Landsleute in den neuen Bundesländern, sie sind daher leichter zu disziplinieren. Noch, denn auch bei ihnen gibt es eine unsichtbare Linie, ab der die Angst vor Verunglimpfung als „Rechtsradikale" übermannt wird vom Zorn auf die Politik.

Die historische Frage ist, ob es hinter dieser Linie eine Kraft gibt, die den Protest demokratisch formen und zivilisieren kann, oder ob es tatsächlich extremen Kräften gelingt, sich in den Vordergrund zu spielen. Wer weiter auf zornige Bürger und die demokratische Opposition eindrischt, sie verunglimpft und jede wirkliche Diskussion verweigert, der spielt den wirklich Radikalen voll in die Hände.

Das neue Buch von Thilo Sarrazin (siehe unten) ist ein Angebot, endlich faktenorientiert und realistisch zu diskutieren. Es sieht leider nicht danach aus, dass es angenommen wird. *Hans Heckel*

Manuel Ruoff:

Ablenkung

Hörte man sich vergangenen Dienstag zum Frühstück die Presseschau des Deutschlandfunks an, gab es nur zwei Themen: „die ausländerfeindlichen Demonstrationen in Chemnitz nach dem gewaltsamen Tod eines 35-jährigen Deutschen" und „die Diskussion über eine langfristige Renten-Garantie". Das ist sicherlich kein Zufall.

Die Folgen von Merkels Zuwanderungspolitik könnten das Thema der bevorstehenden Landtagswahlen werden. Sollte es für die Wähler wahlentscheidend werden, würde es für das traditionelle, von zwei großen Volksparteien geprägte bundesdeutsche Parteiensystem gefährlich, denn SPD und Union müssten sich dann mit anderen Parteien das Lager der Befürworter der Merkelschen Asylpolitik teilen, während für die Gegner die AfD letztlich alternativlos wäre.

Die Rettung für die Etablierten könnte hier darin bestehen, ein neues Thema in den Vordergrund zu schieben, beispielsweise die Rente. Wie in der „guten alten Zeit" könnte die SPD sich dann wieder als Versprecher von staatlich organisierten Wohltaten profilieren und die Union als die serösen, soliden Bürgerlichen, die vor unbezahlbaren Wahlversprechen der Sozialdemokraten warnen, auf das Problem einer seriösen Finanzierung verweisen und die Bürger vor noch höheren Steuern zur Einlösung der SPD-Versprechen verteidigen. Die AfD würde bei der Gelegenheit auch noch auf dem falschen Fuß erwischt, denn sie hat ihre Positionierung zur Rente bis zu einem Sonderparteitag im nächsten Jahr verschoben.

Die Rente ab 2025, wenn die geburtenstarken Jahrgänge von Zahlern zu Empfängern werden, ist ein ungemein wichtiges Thema; eine Schande, es jetzt parteipolitisch zu instrumentalisieren.

Hauptsache europäisch

Viel Segen von der Politik – Wiedereröffnung des Ostpreußische Landesmuseums Lüneburg

Kulturpolitisch stand Lüneburg vergangenen Sonntag im Mittelpunkt des Interesses. Bei der Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums, das wegen Umbaus über drei Jahre geschlossen war, gab es bei einem Festakt in der mit 700 Gästen vollbesetzten St. Johanniskirche viel Segen von der Politik. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) bezeichnete dabei das Landesmuseum als „wichtigen europäischen Kulturbotschafter".

Dass sich die Politik – der Bund und das Land Niedersachsen fördern das Museum im Verhältnis 70 zu 30 – so deutlich hinter ein von Vertriebenen gegründetes Landesmuseum stellt, ist nicht selbstverständlich. Das Ostpreußische Landesmuseum hatte in Lüneburg lange Zeit einen schweren Stand. 1959 wurde der Vorgänger, das Ostpreußische Jagdmuseum, Opfer einer Brandstiftung. In der zuletzt SPD-regierten Hansestadt empfand man das Museum der Ostpreußen beinahe wie einen Fremdkörper. Ein neues städtisches Museum sorgt seit 2015 für direkte Konkurrenz in der näheren Nachbarschaft.

> Immanuel Kant als Sympathieträger

Anders als vergleichbare Einrichtungen stand das Ostpreußische Landesmuseum häufig vor der Aufgabe, sich legitimieren zu müssen. Beim Festakt stellte Niedersachsens Kulturminister Björn Thümler (CDU) die rhetorische Frage: „Muss man im Jahr 2018 ein solches Museum erhalten?" Seine Antwort: „Man muss!" Denn die Geschichte der Ostpreußen und Deutschbalten „gehört zum gemeinsamen Erbe Mitteleuropas".

Da das Landesmuseum seine Ausstellung um eine Deutschbaltische Abteilung erweitert hat, konnte es so die europäisch ausgerichteten Politiker auf seine Seite ziehen. Beim Festakt waren sogar alle Botschafter der drei baltischen Länder Estland, Lettland, Litauen anwesend. In der St. Johanniskirche wurden die Redner nicht müde, den „Exzellenzen" dafür zu danken, dass sich deren Länder in der Vergangenheit so erfolgreich gegen die Despotie gestellt haben.

Dank seines baltischen Schwerpunkts hat das Landesmuseum einen Teil dieser Sympathien für sich gewinnen können. Demnächst soll noch ein weiterer Sympathieträger hinzukommen: der Königsberger Philosoph Immanuel Kant. Für eine neuerworbene Sammlung wird das Museum mit Finanzmitteln von Bund und Land zusätzlich erweitert. Wenn 2024 Kants 300. Geburtstag ansteht, wird man ihn in Lüneburg wohl als „überzeugten Europäer" groß feiern. *H. Tews*

(Siehe Bericht auf Seite 9)

Totschlagargumente

Kritik an Thilo Sarrazin ist persönlicher Art

Bevor Thilo Sarrazins neues Buch „Feindliche Übernahme. Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht" überhaupt erschienen ist und die wenigsten Kritiker es gelesen haben dürften, hagelt es Kritik, die zumeist unter die Gürtellinie geht. Von Sarrazins „vermuffeltem Gesicht" und dem „kleinkarierten Ton des Miesepeters" sowie von der Stärkung „antimuslimischer Ressentiments" ist die Rede. Letztere Bewertung veranlasste Sarrazins bisherigen Verleger, die Münchner Verlagsgruppe Random House dazu, das Manuskript als „argumentativ schwach" abzulehnen.

Anstatt sich inhaltlich mit Sarrazins Thesen auseinanderzusetzen und sich den negativen Seiten der Zuwanderung aus muslimischen Ländern wie Kinderehen, Unterdrückung der Frau, Hass gegen Andersgläubige zu widmen, beschäftigen sich Sarrazins SPD-Kollegen mit dem nächsten Versuch eines Parteiausschlusses des unbequemen Querdenkers.

Dabei liefert Sarrazin in seinem Buch „Feindliche Übernahme" durchaus Lösungsansätze, wie man die bislang gescheiterte Integration von Zuwanderern noch retten kann (siehe Seite 22)*. Dazu bedarf es allerdings eines Umdenkens verantwortlicher Politiker, die Mahner und Kritiker lieber mundtot machen, als Probleme ernst zu nehmen. *MRK*

**(für Online-Abonnenten wegen der Sperrfrist erst ab 30. August)*

MELDUNGEN

Frau über Bord auf Kreuzfahrt

Zagreb/London – Eine über Bord gegangene britische Kreuzfahrttouristin ist in der kroatischen Adria von einem Schiff der Kriegsmarine gerettet worden. Die Frau hatte zehn Stunden im Wasser überlebt. Dass nach Vermisstenmeldungen auf Kreuzfahrtschiffen unverzüglich eine groß angelegte Suche eingeleitet wird, ist vor allem den Aktivitäten des 2006 auf Privatinitiative gegründeten Verbands „International Cruise Victims Association“ geschuldet. Die weitaus meisten der jährlich über 20 auf See verschwundenen Kreuzfahrturlauber werden jedoch trotz intensiver Suche nicht gefunden. Bei einer Untersuchung von insgesamt 315 derartigen Fällen seit 2000 wurde neben Suizid und Alkoholmissbrauch bei 30 Prozent der Fälle kein Anhaltspunkt gefunden. *D.J.*

Masern zurück in Europa

Genf– Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) meldet im ersten Halbjahr 2018 bereits 41000 Masernerkrankungen bei Kindern und Erwachsenen in Europa. 37 starben sogar an den Folgen der Krankheit. Bereits im vergangenen Jahr war mit 23927 erkrankten Menschen gegenüber 2016 (5273) ein dramatischer Anstieg zu verzeichnen. Die extrem ansteckende Viruserkrankung wird durch kleine Tröpfchen in der Luft übertragen. Mit 23000 rund die Hälfte aller Fälle von Masernerkrankungen ist in diesem Jahr in der Ukraine aufgetreten. Frankreich, Georgien, Griechenland, Italien, Russland und Serbien meldeten laut WHO-Bericht jeweils über 1000 Fälle, in Deutschland hingegen infizierten sich mit 387 weit weniger Menschen als im Vorjahreszeitraum (etwa 800) mit Masern. Die WHO forderte ihre 53 Mitgliedsstaaten auf, Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Krankheit zu treffen. Der beste Schutz sei eine Impfung. *MRK*

Das bunte Bild bekommt Risse

Genf– Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft durchzieht nach Informationen des „Spiegel“ ein tiefer, ethnisch definierter Graben. Danach habe sich die zuletzt glücklose Mannschaft in zwei Gruppen, in Deutsche und Ausländer, geteilt. Die Ausländer, die sich selbst „Kanaken“ nennen, spotten über die Deutschen als „Kartoffeln“, während diese nicht mehr viel mit den „Kanaken“ zu tun haben wollen. Die DFB-Spitze reagierte zunächst einsilbig auf den Bericht, will sich aber bald mit dem Mannschaftsrat der Nationalelf zusammensetzen. Durch die immer zahlreicher werdende Mitgliedschaft von Spielern mit ausländischem Hintergrund war die Nationalmannschaft in der Vergangenheit als Musterbeispiel gelungener Integration und multikultureller Gemeinsamkeit gefeiert worden. Das Bild der Eintracht war zunächst durch einen gemeinsamen Auftritt des im Ruhrgebiet geborenen Spielers Mesut Özil mit dem türkischen Machthaber Recep Tayyip Erdogan erschüttert worden. Dort hatte Özil Erdogan als „seinen“ Präsidenten bezeichnet. Nach Protesten und dem miserablen Abscheiden der Nationalelf bei der Fußball-WM in Russland hatte Özil seinen Rücktritt erklärt, wobei er pauschal über „Rassismus“ in Deutschland geklagt hatte. *H.H.*

Völkerwanderung als Strategie

UN beschließen »Globale Vereinbarung für eine sichere, geordnete und reguläre Migration«

Während sich in Europa einige politische Kräfte getrieben von der Sorge um die Zukunft ihrer Länder zusammentun, um der unkontrollierten Zuwanderung Herr zu werden, haben die Vereinten Nationen einen Pakt zur globalen Migration beschlossen. Mehr als 190 Staaten stimmten der „Globalen Vereinbarung für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ zu, darunter auch die Bundesrepublik.



Zwei Väter des Immigrationspaktes mit Frank-Walter Steinmeier in ihrer Mitte: António Guterres (links) und Peter Sutherland (rechts) Bild: Imago

Die offizielle Unterzeichnung soll im Dezember dieses Jahres im marokkanischen Marrakesch stattfinden. Sobald die Vereinbarung in Kraft tritt, ist mit Folgen zu rechnen, gegen die sich das, was Deutschland und weitere europäische Länder 2015 an Masseneinwanderung erlebten, als vergleichsweise harmlos erweisen kann.

Mit dem Hinweis, bei der Immigration handle es sich um eine globale Erscheinung, wird die Forderung aufgestellt, sie auch global zu behandeln. Das ist aber nicht zu verstehen im Sinne einer Problemlösung. Zwar wird darauf hingewiesen, dass viele Menschen vor Not und Elend fliehen, doch grundsätzlich gilt den UN die Immigration als eine begrüßenswerte Erscheinung. Sie sei „eine Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung in unserer globalisierten Welt“.

Zu der vorgeblichen Zweckmäßigkeit einer völlig ungeregelten weltweiten Völkerwanderung wird ein erheblicher moralischer Druck gefügt. Dazu gehört die ständige Berufung auf die allgemeinen Menschenrechte und damit die Unterstellung, die Einwanderung eines beliebigen Weltbürgers in das Land seiner Wahl sei ein Grundrecht. Wörtlich heißt es: „Der Global Compact basiert auf internationalen Menschenrechtsnormen und unterstützt die Prinzipien der Nicht-Zurückweisung und Nichtdiskriminierung. Mit dem Beschluss des Global Compact haben wir die Gewährleistung der wirksamen Beachtung des Schutzes und der Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, unabhängig von ihrem Status, in allen Phasen des Migrationszyklus.“

Der derzeitige UN-Generalsekretär António Guterres erweist sich als berufener Anführer der Bewegung. Er war von 1999 bis 2005 Präsident der Sozialistischen Internationale und von 2005 bis 2015 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen. Bereits im Jahr 2016, noch vor seiner Wahl zum neuen Generalsekretär der UN, äußerte er die Auffassung, die europäischen Nationen hätten kein Recht darauf, ihre Grenzen zu kontrollieren, sie müssten stattdessen massenweise die ärmsten Menschen der Welt aufnehmen. Ohne Frage war dieses Bekenntnis seiner Wahl zum Generalsekretär der UN förderlich.

Die Vorbereitungen für den Globalen Pakt liegen bereits einige Jahre zurück. Im Jahre 2006 rief der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der UN für internationale Migration von 2006 bis 2017, Peter Sutherland, das „Global Forum on Migration and Development“ ins Leben, für das auch gleich beim Weltwirtschaftsforum in Davos kräftig die Trommel gerührt wurde. Der dieses Jahr verstorbene Ire war gut vernetzt. Er war Generalstaatsanwalt von Irland, EU-Kommissar für Wettbewerb, Chairman von Goldman Sachs sowie Vorstandsmitglied beim Lenkungsausschuss der Bilderberger und der Parallelorganisation „Trilaterale Kommission“. Ein Globalist von hohen Weihen mithin, der sich an der neoliberalen US-Weltordnung orientiert.

Der Immigrationspakt der Vereinten Nationen hat keinen rechtlich bindenden Charakter. Er basiert auf einem juristischen Konstrukt, das im deutschen Recht unbekannt ist, dem sogenannten Soft Law. Mit nicht verbindlichen Übereinkünften, Absichtserklärungen oder Leitlinien wird ein sanfter Druck aufgebaut, der bei Bedarf durch weitere, wirksamere Mittel ergänzt werden kann.

Zudem ist das System geeignet, ein internationales Gewohnheitsrecht herbeizuführen, das wiederum rechtlich bindend wäre. Und schließlich gilt, was die Wirkung des UN-Vertrages angeht, bei seinen Befürwortern folgender Zusammenhang: Immigration ist ein Menschenrecht, Menschenrechte sind völkerrechtlich bindend, also hat die UN-Vereinbarung bindenden Charakter. So heißt es schließlich auch im Vertragstext, trotz seiner angeblich unverbindlichen Eigenschaft: „Wir verpflichten uns, sichere, geordnete und regelmäßige Migration zum Wohl aller zu erleichtern und zu gewährleisten.“

Um die Akzeptanz des Paktes zu erhöhen, damit die Völker ihren Regierungen keinen Strich durch die Rechnung machen, heißt es in dessen Punkt 10: „Wir müssen auch allen Bürgern Zugang zu objektiven, evidenzbasierten und klaren Informationen über die Vorteile und Herausforderungen der Migration verschaffen mit dem Ziel, irreführende Erzählungen zu zerstreuen, die eine negative Wahrnehmung von Migranten erzeugen.“

Ob die Bundesbürger, ausgestattet mit solchen Informationen, die 20 Milliarden Euro, die Angela Merkels Grenzöffnung 2015 sie bislang gekostet hat, als eine Investition in die Zukunft verstehen werden, bleibt abzuwarten.

Florian Stumfall

Der Star der italienischen Koalition

Innenminister Salvini wagt sogar, den Fehdehandschuh der katholischen Amtskirche aufzunehmen

Die Fünf-Sterne-Bewegung war in Italien angetreten, um das Land zu erneuern. Nun tobt intern ein heftiger Streit. Und Matteo Salvini von der Lega schickt sich an, der Star der italienischen Politik zu werden.

Im Frühjahr wählten 33 Prozent der Italiener die Bewegung, die vom vormaligen TV-Komiker Beppe Grillo gegründet wurde, nachdem er wegen allzu harscher Kritik an den Etablierten von den TV-Bildschirmen verbannt worden war. Die Sterne stehen für Umweltschutz, sauberes Wasser, Breitbandausbau, technologischen Fortschritt und nachhaltige Mobilität. Doch konstruktiv gearbeitet wurde bisher kaum. Der junge Spitzenkandidat und Arbeitsminister Luigi di Maio bleibt blass. Und der Parteigründer Grillo schmollt.

Es zeigt sich, dass das Bündnis der beiden Außenseiterbewegungen schwieriger ist als gedacht. Die Fünf-Sterne-Bewegung hatte ihre Hochburgen vor allem im armen Süden, wo sie mit den von ihr versprochenen höheren Renten und Grundsicherungen punktete. Die Lega Nord hingegen hat trotz der wachsenden Popularität des Innenministers Matteo Salvinis im gesamten Land und dem Antritt bei den diesjährigen Wahlen als „Lega“ – ohne „Nord“ – ihre Hochburgen noch immer im reichen Norden.

Der Fünf-Sterne-Bewegung, konstatiert der „Spiegel“, fehle es vor allem an politischer Erfahrung. „Von den Wahlversprechen – sofort 400 überflüssige Gesetze abschaffen, 780 Euro Grundeinkommen im Monat für jeden, Mindestrente für alle, 17 Milliarden Euro für Familien mit Kindern – ist nichts auf den Weg gebracht, geschweige denn realisiert worden“, schreibt das Hamburger Nachrichtenmagazin.

Die Lega Nord sei wesentlich reifer. Salvinis Truppe regiert seit Jahren in nördlichen Provinzen mit, verfügt über gewachsene Parteistrukturen und geschulte Redner. Und sie hat ein zentrales Thema, mit dem sie punkten kann. Die aus dem Ruder gelaufene Einwanderungspolitik treibt der Lega die Wähler in Scharen zu. In den aktuellen Umfragen liegt sie weit über der 20-Prozent-Marke und damit in Reichweite des großen Koalitionspartners. Im Gegensatz zur heterogenen Fünf-Sterne-Bewegung ist die Lega darüber hinaus innerlich gefestigt und kann intern Kompromisse finden.



Deckblatt der „Famiglia Christiana“ Bild: Famiglia Christiana

Bei Grillos Partei ist dies ganz anders. Italienische Medien haben kürzlich bereits das Wort „Sternschnuppe“ gebraucht. Auslöser war der Wirtschaftswissenschaftler und Ex-Berater der Fünf-Sterne-Bewegung Giovanni Dosi. In einem Interview mit dem Politmagazin „L'Espresso“ rechnete er mit der Parteiführung ab: „Programm verraten. Gefälligkeiten für die Reichen. Das Gegenteil dessen, was wir gesagt haben.“ Ministerpräsident Guiseppe Conte, ein parteiloser Jurist, muss hilflos mit ansehen, wie die Fünf-Sterne-Bewegung, die ihn nominiert hatte, zunehmend zu verglühen droht und sich Salvini als Nachfolger in Szene setzt.

Der Lega-Mann legt sich neuerdings sogar mit der in Italien traditionell starken katholischen Kirche an. „Das Problem ist nicht der Papst“, schränkt Matteo Salvini zwar ein, wohlwissend, dass der Heilige Vater in Italien eine Institution ist, die anzugreifen gefährlich ist, und die Kirche tue auch viel Gutes, aber das Problem sei, dass letztere „anscheinend nicht richtig unterscheiden kann zwischen illegalen Flüchtlingen und Flüchtlingen, die ein Recht auf Aufnahme bei uns haben“. „Ich finde es nicht gut“, so der Innenminister weiter, „dass es da Leute gibt, die sich als moralische Instanzen auf Kosten anderer aufspielen.“

Dem war ein Angriff von „Famiglia Christiana“ vorausgegangen. Das katholische Magazin hatte mit „Vade retro Salvini“ aufgemacht. Das war eine direkte Anspielung auf das Jesus-Wort „Weiche zurück, Satan“ in der lateinischen Bibel (Markus 8,33) und auf den Exorzismus. Das Zitat wird als Antwort der Italienischen Bischofskonferenz sowie einzelner Bischöfe und Ordensinitiativen auf die „aggressiven Töne“ des Innenministers interpretiert.

Die Begeisterung innerhalb der katholischen Szene hält sich in Grenzen. „Momentan gibt es deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen einem erheblichen Teil der Katholiken und den Vertretern der kirchlichen Hierarchie“, stellt Luca Comodo fest, Leiter des Meinungsforschungsinstituts Ipsos. Salvini, der zu Wahlkampfauftritten den Rosenkranz in der Hand hielt und eine konservative Wende in der Familienpolitik fordert, sei unter Katholiken „extrem populär“. Die Tageszeitung „Die Welt“ bilanziert erstaunt: „Salvini wird für Papst Franziskus zur echten Bedrohung.“ *Peter Entinger*

CDU bremst Flügelvereine aus

In der Partei soll es »keine weiteren offiziellen Sonderorganisationen« geben

Inoffizielle parteiinterne Fraktionen wie die eher rechte „Werte-Union“ und die eher linke „Union der Mitte“ kämpfen seit einiger Zeit um die Deutungshoheit innerhalb der CDU. Das Präsidium hat nun bekanntgegeben, dass es keine von ihnen als offizielle Organisation anerkennen werde.

Derzeit gibt es laut Satzung sieben Bundesvereinigungen, mit denen die christlich-demokratischen Überzeugungen möglichst breit in die Gesellschaft transportiert werden sollen. Darunter fallen die Jugendorganisation „Junge Union“, die „Frauen-Union“ sowie Gruppierungen, die sich an Arbeitnehmer, Kommunalpolitiker, Unternehmer, an Vertriebene und Flüchtlinge sowie an die Senioren wenden. Außerdem gibt es in der CDU als Sonderorganisationen den „Evangelischen Arbeitskreis“, den „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ und die „Schüler Union“.

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer erklärte gegenüber dem Online-Portal der „Tagesschau“, es gebe in den Gremien eine „ganz klare Haltung, dass es keine weiteren offiziellen Sonderorganisationen in der CDU geben soll“. Sie rief die Mitglieder der neuen Zusammenschlüsse auf, sich innerhalb der Partei und in den bestehenden CDU-Organisationen zu engagieren.

Mit diesem Schritt will die Parteispitze offenbar gegen eine mögliche Zersplitterung der CDU angehen. Dass mit dem Machtwort des Präsidiums die internen Streitigkeiten beendet sind, darf allerdings bezweifelt werden. Zu unterschiedlich sind die in der „Werte-Union“ und der „Union der Mitte“ vertretenen Positionen.

Zuletzt hatte es Gerüchte gegeben, Anhänger der Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel hätten sich in der „Union der Mitte“ versammelt. Diese ist eine Mitgliederinitiative aus eher linken CDU- und CSU-Mitgliedern, die sich insbesondere nach dem jüngsten Asylstreit zwischen der Bundeskanzlerin und der CSU-Spitze gegen einen angeblichen Rechtsruck der Union wenden. Es wurde gemutmaßt, die „Union der Mitte“ könne eine Vorläuferorganisation der CDU in Bayern bilden, sollte es zu einem Auseinanderbrechen der Fraktionsgemeinschaft kommen.

Als parteiinterner Gegenspieler stellt sich die konservative „Werte-Union“ dar, die Anfang August einen Frontangriff auf die Kanzlerin startete. Sie forderte deren Ablösung als Parteivorsitzende und eine konsequente Begrenzung der Zuwanderung. In einem Positionspapier mit dem Titel „Fünf Thesen für ein starkes Deutschland“ wurde ein Generationenwechsel gefordert. „Die CDU braucht jetzt eine inhaltliche und personelle Erneuerung“, heißt es in dem Papier. Auf dem CDU-Bundesparteitag im Dezember solle daher eine neue Parteispitze gewählt werden, fordert die Vereinigung konservativer Politiker von CDU und CSU in ihrer Erklärung. Merkel hatte zuvor angekündigt, sich als Vorsitzende der CDU zur Wiederwahl stellen zu wollen.

„Zur Vorbereitung auf die nächste Bundestagswahl ist eine geordnete Übergabe des Kanzleramts zu terminieren“, heißt es weiterhin. Damit ist klar, dass die Partei-Konservativen die Amtsinhaberin spätestens nach der nächsten Wahl auch nicht mehr als Regierungschefin sehen wollen. Die Kanzlerin selbst hat eine erneute Kandidatur bisher offengelassen.



Verkündete die Entscheidung der Parteiführung der Öffentlichkeit: CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer

Bild: pa

„Angesichts der immer schlechteren Umfragewerte braucht die Union daher jetzt eine Politikwende im Geiste Helmut Kohls, Ludwig Erhards und Konrad Adenauers“, erklärte der Vorsitzende der „Werte-Union“, Alexander Mitsch, gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Nötig sei vor allem ein Kurswechsel in der Asylpolitik. „Die Aufnahmefähigkeit Deutschlands ist überschritten“, heißt es in dem Thesenpapier. „Wir fordern eine Begrenzung der Nettozuwanderung auf null und eine Assimilation der Bleibeberechtigten“, erklärte Mitsch. Ausreisepflichtige seien darüber hinaus konsequent abzuschieben. „Dafür kann eine entsprechende Zahl von Fachkräften im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes sowie ein Kontingent an Asylbewerbern einreisen. Nicht-EU-Bürger ohne Einreisedokumente sind an der Grenze abzuweisen.“

Während die „Werte-Union“ eine konservative Profilierung fordert, möchten der „Union der Mitte“ angehörende oder nahestehende CDU-Politiker eine Öffnung hin zur Linkspartei. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther hatte die Debatte vor dem Hintergrund, der im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahlen in Mitteldeutschland angestoßen und dazu aufgefordert, die Partei möge ihre Scheuklappen ablegen. Merkel und Kramp-Karrenbauer hatten dem widersprochen.

Doch gerade in Brandenburg gibt es offenbar Sympathien für ein solches Bündnis. Dort hat die CDU kürzlich in einem Kreis mit der Linkspartei, Bauern und freien Wählergemeinschaften eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, um bei den Landratswahlen am 6. September den CDU-Kandidaten Egmont Hamelow ins Amt zu bringen. Dies sei „entspannter Pragmatismus auf kommunaler Ebene“, findet Jan Redmann, der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion in Potsdam und Kreisvorsitzende in Ostprignitz-Ruppin. Redmann äußerte zwar Verständnis für die Vorbehalte vieler Parteifreunde, da die Linkspartei im Bundesgebiet „doch sehr unterschiedlich“ sei. Er warne aber davor, sie zu dämonisieren. „In Brandenburg haben wir es aber mit einer sehr pragmatischen Linkspartei zu tun, die in Teilen sozialdemokratisiert ist. Die stellen hier den Finanzminister und sind stolz auf die Schwarze Null.“

Peter Entinger



MELDUNGEN

Religionsstunde: Nur noch Islam

Berlin – Die Berliner Teltow-Schule im Stadtteil Schöneberg bietet einem Teil ihrer Klassen als Religionsfach nur noch Islam an. Evangelischen Religionsunterricht gibt es für die Schüler nicht mehr, wie die „Bild“-Zeitung berichtet. Kinder, die nicht an dem einzig verbleibenden, islamischen Unterricht teilnehmen wollen, haben dann eine Freistunde. Als Grund für den Wegfall der christlichen Glaubenslehre aus dem Stundenplan gibt die Schulleitung Personalmangel an. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz hatte der Lehranstalt mitgeteilt, dass sie keine Religionslehrer mehr für die Schule abstellen könne. Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres reagierte enttäuscht, aber nicht eben aufgebracht: „Natürlich wäre es wünschenswert, wenn der Religionsunterricht wieder stattfinden könnte“, so die SPD-Politikern. *H.H.*

Mehr Attacken auf Obdachlose

Berlin – Obdachlose werden immer häufiger Opfer von Angriffen. Die Zahl der Attacken hat sich von 249 Fällen im Jahre 2011 auf 592 Fälle 2017 mehr als verdoppelt. Dies ergab die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Insgesamt wurden seit 2011 70 Personen ohne Obdach umgebracht. Eine angesichts der Gesamtzahl der Obdachlosen sehr hohe Zahl im Vergleich zur Menge der Tötungsopfer in der Gesamtbevölkerung. Die Bundesregierung geht überdies von einer hohen Dunkelziffer von Delikten aus, die gar nicht zur Anzeige kommen. Die Innen-Expertin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, hat der Bundesregierung vorgeworfen, dass sie für die Aufklärung die Tatmotive der Angriffe auf Obdachlose zu wenig tue. *H.H.*

Es kamen nur acht Leute

Die »Blauen« um Frauke Petry suchen ihre politische Nische

Unmittelbar nach der Bundestagswahl verließ Frauke Petry die Alternative für Deutschland. Mit ihrem neuen Projekt „Blaue Wende“ will sie im kommenden Jahr in Sachsen antreten. Derzeit übt Petry ein Doppelmandat aus. Sie sitzt ebenso im sächsischen Landtag wie im Bundestag. Bei den Landtagswahlen in Sachsen in gut einem Jahr, dem 1. September 2019, wird sie als Spitzenkandidatin der „Blauen“ antreten. Der Zulauf zu „der blauen Partei“, so die offizielle Langbezeichnung der Gruppierung, hält sich in Grenzen. Zu einer Art Wahlkampfauftakt seien vor einigen Wochen lediglich acht Personen gekommen, berichten Medien. In Sachsen habe die blaue Partei nicht einmal 100 Mitglieder.

„Mir ging es nie um die Funktion oder Macht, sondern immer um die Inhalte von Politik“, sagt Petry und führt weiter aus: „Macht in einer Struktur, die in die falsche Richtung läuft, ist inhaltlich nicht mehr viel wert.“ Dies heißt so viel wie, dass es richtig gewesen sei, dass sie die AfD verlassen hat, auch wenn sie jetzt relativ machtlos ist.

Anfangs hatte die Partei- und Fraktionsführung der AfD um Alexander Gauland, Jörg Meuthen und Alice Weidel gefürchtet, eher gemäßigte Mitglieder könnten Petry folgen. Doch bis auf ein paar vereinzelte Übertritte ist nichts geschehen.

Im Gespräch mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ wünscht sich Petry eine wirtschaftsliberale blaue Bewegung als einen Ort, an dem sich Konservative sammeln, denen die FDP zu abgehoben ist und die AfD zu extrem. „Über alle Parteien von



Frauke Petry Bild: Imago

FDP bis CSU gibt es Konservative, sogar in der SPD“, sagt Petry. Es gibt viele Mitglieder in der AfD, die den Ausstieg Petrys bedauern. Sie selbst erklärt, sie haben den Kampf gegen „den radikalen Höcke-Flügel geführt und verloren. Aber wenigstens haben wir ihn geführt.“ Die Frage nach der Mitgliederzahl sei für sie derzeit noch „nachrangig“, so Petry. Zur Landtagswahl in Sachsen im kommenden Jahr könnten auch Nichtmitglieder auf der Parteiliste kandidieren. Doch in einem umkämpften Flächenstaat wie Sachsen mit nicht einmal 100 Mitstreitern einen Wahlkampf zu führen, gilt als aussichtslos.

Petrys früherer Co-Vorsitzender Bernd Lucke hatte die AfD im Sommer 2015 nach dem verlorenen Machtkampf mit rund 4000 Mitstreitern verlassen, wobei sie dabei nicht nur Mandate im Europaparlament, sondern auch zahlreiche kommunale Sitze behalten und vor allem potente Geldgeber mitgenommen haben. Dennoch blieb seine Abspaltung, die zuerst „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA) hieß und jetzt „Liberal-Konservative Reformer – Die Eurokritiker“ (LKR) erfolglos. „Lucke hatte wesentlich mehr in der Hinterhand als Petry“, sagte der heutige AfD-Chef Meuthen.

Zeitweise wurde innerhalb der AfD befürchtet, die Boulevardpresse könne der medienaffinen Petry kommendes Jahr erneut in den Landtag verhelfen. Doch nun rückte die „Bild“-Zeitung von ihr ab und unterstellte ihr, über einen Abschied aus der Politik nachzudenken. Sie wolle nun auch nicht „krampfhaft“ um politische Ämter kämpfen, hatte diese erklärt: „Schließlich haben wir alle einen ordentlichen Beruf“. *P.E.*

Tag der Heimat

Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen

Unter dem Motto „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“ lud der Bund der Vertriebenen am vergangenen Sonnabend zum Tag der Heimat nach Berlin.

Die „verlässliche und notwendige Konstante“, wie Bernd Fabritius, Präsident des BdV, in seiner Begrüßung den Tag der Heimat bezeichnet, will an „das Leid und die Opfer erinnern, die Deutsche in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu beklagen hatten“, dabei aber fest in der Gegenwart stehen und den Blick in die Zukunft richten.

Das Motto greife gleich im doppelten Sinne ureigene Interessen des BdV auf, da Vertriebene und Spätaussiedler wie kaum eine andere Bevölkerungsgruppe für ein vereintes Europa stehen. Außerdem stehe der BdV mit seiner Charta der Heimatvertriebenen für den Abbau von Vorbehalten und dafür, Chancen aufzuzeigen und Europa zusammenzuführen.

„Unrechtsdekrete, aufgrund derer vor mehr als sieben Jahrzehnten Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben, ihres Besitzes beraubt, interniert, deportiert oder gar sanktionsfrei ermordet wurden“, so Fabritius weiter, „formal zu beseitigen, wäre damit nicht nur ein Zeichen an die deutschen Heimatvertriebenen. Es wäre vielmehr ein deutliches Zeichen an die jeweils eigene Bevölkerung und an die europäischen Nachbarn, dass man heute anders denkt als damals – und ebenfalls aus der Geschichte gelernt hat.“

Während seiner Ansprache erneuerte BdV-Präsident Fabritius die Forderung nach einem kodifizierten und sanktionierten Vertreibungsverbot auf Ebene der Vereinten Nationen. Dass die Arbeit des BdV Früchte trägt, zeigt sich an der Einbestellung von Vertriebenen- und/oder Aussiedlerbeauftragten in gleich sechs Bundesländern. Da



Bild: BdV/Bildkraftwerk

Eine gute Tradition: Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin: Bernd Fabritius (Mitte)

bleiben noch zehn Bundesländer, die eingeladen seien, diesem Beispiel zu folgen.

Zwei wichtige Anliegen bringt der Präsident des Bunds der Vertriebenen noch an. Zum einen möchte er die rechtliche Benachteiligung der Spätaussiedler im Rentenrecht beseitigt wissen, und zum anderen fordert er, dass Spätaussiedler in der Bundesrepublik als Deutsche wahrgenommen werden und nicht als fremde Zuwanderer.

In seiner Festrede verteidigte Horst Seehofer, Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat, seine Asylpolitik, indem er äußerte, dass ein Flüchtling, dem in der Europäischen Union Asyl gewährt wurde und sich damit in einer Zone für Recht und Freiheit befände, auch an der Deutsch-Österreichischen Grenze zurückgewiesen werden könne.

Das Geistliche Wort sprach Weihbischof Reinhard Hauke, der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge. In das Zentrum seiner Rede stellte er die Hilfsorganisation „Renovabis“, die 1993 von der Katholischen Kirche in Deutschland zur Stärkung von Kirche und Gesellschaft in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gegründet wurde. *PAZ*

Zeitzeugen



Bild: CDU

Wolfgang Schäuble – Bereits am 29. Januar 2006 sagte der damalige Bundesinnenminister in einem Interview mit der „Welt“: „Nach Erkenntnissen der Geheimdienste bemühen sich islamistische Terroristen um den Erwerb von Nuklearmaterial zum Bau sogenannter schmutziger Bomben ... Die Frage ist wohl nicht mehr, ob es einen Anschlag mit einer schmutzigen Bombe geben wird, sondern die Frage ist, wann und wo es ihn geben wird.“

Wolfgang Koch – Zur Gefährlichkeit von „schmutzigen Bomben“ äußerte der Leiter der Forschungsabteilung Sensordaten- und Informationsfusion am Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie (FKIE): „Fünf Gramm Cäsium – verteilt mit einigen Kilogramm Sprengstoff – reichen aus, um einen Milliardenschaden zu verursachen, ganz zu schweigen von den psychosozialen und gesundheitlichen Folgen.“

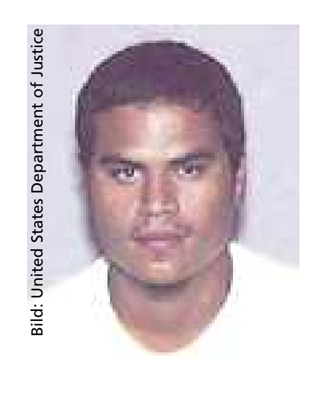


Bild: United States Department of Justice

José Padilla alias José Rivera alias Abdullah al-Muhajir – Der frühere Straßengangster und spätere Angehörige der islamischen Terrormiliz al-Kaida kam 2002 wegen des Vorwurfs in Haft, einen Anschlag mit einer „schmutzigen Bombe“ in den USA geplant zu haben. Padilla wurde 2014 zu 21 Jahren Freiheitsentzug verurteilt und sitzt derzeit im Hochsicherheitsgefängnis ADX Florence in Colorado.

Devair Alves Ferreira – Beim Goiânia-Unfall von 1986 überlebte der brasilianische Schrotthändler eine Strahlendosis von sieben Gray – die normalerweise tödlich ist. Ferreira erklärte das später mit seinem exzessiven Alkoholkonsum. Allerdings starb er dann 1994 an dessen Folgen. Obwohl Ferreira den nuklearen Zwischenfall, der ähnliche Auswirkungen zeitigte wie die Zündung einer „schmutzigen Bombe“, maßgeblich mit verursacht hatte, blieb er juristisch unbehelligt.



Bild: Grüne

Wolfram König – Nach Ansicht des grünen Diplom-Ingenieurs für Architektur und Stadtentwicklung sowie Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) von 1999 bis 2017 ziehen „Terrorgruppen die Verwendung radioaktiver Stoffe in Betracht“. Jedoch würden die „Gefahren einer Schmutzigen Bombe im Allgemeinen überschätzt“.

Jederzeit kann es passieren

Experten rechnen mit der baldigen Zündung einer radiologischen Waffe im Westen

In der Vergangenheit haben Terroristen schon einige kleinere Anschläge mit chemischen oder biologischen Waffen durchgeführt. Dahingegen verzichteten sie bisher auf den Einsatz von „schmutzigen Bomben“, die zur radioaktiven Verseuchung führen. Das könnte sich aber jederzeit ändern.

Radiologische Waffen, auch „schmutzige Bomben“ genannt, sind keine Nuklear-, Kern- oder Atomwaffen im üblichen Sinne, sondern konventionelle Sprengsätze, bei deren Detonation strahlende Isotope freigesetzt werden. Mithilfe dieser wesentlich leichter als Atombomben zu bauenden Terrorwaffen ist es möglich, größere Areale radioaktiv zu verseuchen. Wissenschaftlichen Studien – darunter auch des Deutschen Bundesamtes für Strahlenschutz – zufolge, wäre die psychologische Wirkung dabei wohl sogar noch deutlich dramatischer als die unmittelbaren Folgen der Explosion. Zwar gäbe es auch einige Tote, vor allem aber würde eine Massenpanik mit anschließender Lähmung des öffentlichen Lebens ausbrechen. Darüber hinaus kämen Kosten für die Dekontamination und medizinische Behandlung der Verstrahlten in Milliardenhöhe zusammen. Und natürlich könnten die Terroristen einen gigantischen Propagandaerfolg für sich verbuchen, wenn es ihnen gelänge, „schmutzige Bomben“ im Zentrum westlicher Metropolen zu zünden.

Dabei ist ein derartiges Szenario wahrscheinlicher als viele glauben. Zwar kommen Attentäter nicht ohne Weiteres an spaltbares Material, wie es zum Bau von Kernwaffen oder in Atomreaktoren verwendet wird, doch existieren genügend Alternativen. So finden sich hochradioaktive Isotope wie Kobalt 60, Strontium 90, Cäsium 137, Iridium 192 und Americium 241 in vielen Anlagen für die Forschung und Werkstoffprüfung sowie die medizinische Diagnostik und Therapie. Und Material dieser Art ist auch schon in erheblichen Größenordnungen in dunklen Kanälen versickert. Laut Angaben der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) lagern alleine in der Europäischen Union Zehntausende nicht mehr genutzte Geräte mit strahlendem Inhalt unbeaufsichtigt in Industrieanlagen, Krankenhäusern und wissenschaftlichen Einrichtungen, von denen pro Jahr durchschnittlich 70 spurlos verschwinden.

> Der IS hat größere Mengen radioaktiven Materials

Damit stellen die wenigen bekannt gewordenen und aufgeklärten Fälle von Atomdiebstahl innerhalb und außerhalb der EU nur die Spitze des Eisbergs dar. Aber sie illustrieren die Dimensionen, um die es hier geht. Beispielsweise beschlagnahmte die georgische Polizei vor einigen Jahren einen Behälter mit sage und schreibe 80 Kilogramm radioaktivem Cäsium und Strontium, der für den illegalen Weiterverkauf in die Türkei bestimmt war.

Angesichts dessen sind die Warnungen aus Kreisen von Sicherheitsfachleuten, der in die Defensive gedrängte Islamische Staat (IS) könnte „schmutzige Bomben“ zur Detonation bringen, keineswegs grundlose Panikmache. Immerhin hatte auch Osama bin Ladens Terrororganisation al-Kaida früher schon ernsthaft ins Kalkül gezogen, solche Waffen gegen US-Großstädte einzusetzen. Zudem geht aus Meldungen des australischen Nachrichtendienstes ASIO hervor, dass die Dschihadisten des IS im Besitz größerer Mengen radioaktiven Materials sind – erbeutet unter anderem im Hazim-al-Hafid-Krankenhaus sowie der Universität von Mossul. Deshalb glauben viele Terrorismusexperten an einen baldigen Anschlag mit „schmutzigen Bomben“ irgendwo in der westlichen Welt. *Wolfgang Kaufmann*



Bild: Imago

Bestrahlungsgeräte enthalten teilweise radioaktives Material: Demonstration einer Therapie mit einer solchen Anlage in Güstrow

Dezente Vorbereitung des Bundes

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, wurde am 1. August 2003 die Zentrale Unterstützungsgruppe des Bundes für gravierende Fälle nuklearspezifischer Gefahrenabwehr (ZUB) gegründet, die auch beim Einsatz von „schmutzigen Bomben“ tätig werden würde. Anlass hierfür waren unter anderem Drohungen serbischer Terroristen, in München radioaktives Material mittels der Explosion von Artilleriegranaten freizusetzen.

Die ZUB ist eine amtsübergreifende Truppe, die aus speziell geschulten Mitarbeitern des Bundeskriminalamtes, der Bundespolizei und des Bundesamtes für Strahlenschutz besteht. Sie verfügt über getarnte Messfahrzeuge vom Typ VW, unauffällig inmitten von Menschenmassen einzusetzende Strahlenspür-Rucksäcke FHT 1377, Detektorsysteme, die in Hubschraubern installiert sind, sowie ferngesteuerte Roboter zur Entschärfung atomarer Sprengkörper aus bis zu sechs Kilometern Entfernung.

> Bereits seit 2003 besteht die ZUB

„Schmutzige Bomben“ sollen in solchen Fällen mit einer dicken Schicht Spezialschaum Sandia AFC-380 besprüht werden, der radioaktive Partikel sehr effektiv zu binden vermag.

Seit Anbeginn ihres Bestehens führte die ZUB jährliche Großübungen durch. Außerdem kam sie auch bereits in der Realität zum Einsatz. So zum Beispiel bei der Absicherung von Ereignissen wie dem Fußball-Confederations Cup im Juni 2005 sowie den beiden Besuchen von Papst Benedikt XVI. in Köln 2005 und Bayern 2006.

Mediale Bekanntheit erlangte die Einsatztruppe gegen den Atomterrorismus allerdings erst durch ihr Wirken während der Affäre um den übergelaufenen russischen Geheimagenten Alexander Litwinjenko, der Ende 2006 mit dem hochradioaktiven Isotop Polonium 210 vergiftet worden war. Damals suchten Experten der ZUB auch in Berlin und Hamburg nach Spuren der gefährlichen Substanz. Seitdem hört man nichts mehr von der Gruppe. *W.K.*

Nur ein Vorgeschmack

Der Goiânia-Unfall lässt erahnen, was böse Absicht bewirken könnte

Wie die Folgen des Einsatzes von „schmutzigen Bomben“ aussehen könnten, illustriert ein Vorfall in der zentralbrasilianischen Stadt Goiânia, der als zweitschwerste Katastrophe bei der friedlichen Nutzung atomarer Technologien nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl gilt.

Am 13. September 1987 plünderten die beiden Müllsammler Wagner Pereira und Roberto Alves die Ruine des Instituto Goiâno de Radioterapia (IGR) und entwendeten dabei unter anderem ein ausgedientes Bestrahlungsgerät, das noch 93 Gramm hochradioaktives Cäsiumchlorid enthielt. Dieses verkauften sie an den Schrotthändler Devair Alves Ferreira. Der wiederum öffnete den Bleibehälter und nahm die darin befindlichen Kristalle wegen ihres faszinierenden blauen Leuchtens mit nach Hause. Einige Tage später veräußerte er die Reste des Gerätes an einen Kollegen.

Da litten schon zahlreiche Personen aus Ferreiras Umfeld an unerklärlichen Symptomen, woraufhin seine Ehefrau Maria Gabriela schließlich den Verdacht schöpfte, dies könne etwas mit dem seltsamen Fund im IGR zu tun haben. Das wurde am 29. September durch die nationale Atomenergiebehörde NUCLEBRAS bestätigt, worauf ein staatliches Notfallprogramm anlief. Wie sich herausstellte, waren inzwischen bereits 249 Personen und 85 Häuser kontaminiert. Für vier Menschen kam jede Hilfe zu spät. Maria Gabriela Ferreira und ihre Nichte Leide das Neves Ferreira starben am 23. Oktober 1987. Kurz darauf traf es auch die beiden Gehilfen des leichtsinnigen Schrotthändlers. Außerdem erlitten viele andere Bewohner von Goiânia gesundheitliche Schäden, die in den Jahren danach zu weiteren Todesfällen führten.

> Auslöser war ein gestohlenes Bestrahlungsgerät

Auch der materielle Schaden war groß. Sieben Gebäude mussten komplett abgerissen werden. Ebenso war die Dekontamination ganzer Straßenzüge sowie das Abtragen der obersten Erdschicht in den Parkanlagen und Gärten der Stadt nötig. Insgesamt entstanden dabei 3500 Kubikmeter radioaktiver Abfall, der noch 180 Jahre strahlen wird. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Die Gerüste fallen

Berlins wiedererstehendes Schloss zeigt erstmals seine barocke Pracht



Die letzte Gelegenheit vor dem großen Endspurt: Besucher bewundern den Schlüterhof im Berliner Schloss am Tag der offenen Baustelle

Bild: Imago

Die Uhr tickt dem großen Ereignis entgegen: Fast 70 Jahre nach der Sprengung durch die SED-Führung soll das wiederaufgebaute Berliner Schloss als Humboldt Forum Ende kommenden Jahres seine Türen öffnen. Besucher konnten nun schon einmal einen Blick auf ein wiedererstandenes architektonisches Glanzstück werfen.

Letztmalig vor der geplanten Eröffnung Ende 2019 nutzten fast 30 000 Besucher die Tage der offenen Baustelle, um sich einen Eindruck vom Stand des Wiederaufbaus zu machen. Zwar drehen sich über dem Gebäude noch immer Kräne, allerdings sind viele Gerüste bereits abgebaut. Vollständig verschwunden sind die Einrüstungen bereits am Schlüterhof.

Der Innenhof des Schlosses, benannt nach dem Baumeister Andreas Schlüter, ist nur zum Teil nach dem historischen Vorbild aufgebaut worden. Drei Seiten des Hofes strahlen mit gelbem Putz, Säulen und Verzierungen barocke Pracht aus. In starkem Kontrast dazu wurde die vierte Hofseite dagegen im modernen Architekturstil in kühl wirkendem Beton errichtet. Sehen konnten die Besucher ebenfalls die künftigen Museumsräume im zweiten Obergeschoss, die zum Teil bereits bezugsfertig sind.

Vollends abgeschlossen ist die Einlagerung von großen Ausstellungsstücken wie den Südseebooten aus dem Ethnologischen Museum. Für die Boote waren in der Fassade extra Öffnung freigelassen worden, die erst nach dem Einzug der sperrigen Exponate verschlossen wurden.

Die Planungen für das Humboldt-Forum sehen vor, dass es ab Ende kommenden Jahres etappenweise für das Publikum öffnet. Mit einer Auftaktveranstaltung ist am 14. September 2019, dem 250. Geburtstag Alexander von Humboldts, zu rechnen. Bis zum Jahresende 2019 könnte dann schrittweise der reguläre Betrieb mit Ausstellungen und Veranstaltungen beginnen.

> Der Zeit- und Kostenrahmen wird eingehalten

Hans-Dieter Hegner, der verantwortliche Baudirektor, zeigt sich zuversichtlich, „mit einem klugen Baumanagement die noch ausstehenden Arbeiten rechtzeitig abschließen zu können“. Mit Blick auf den Kostenrahmen von 600 Millionen Euro versprach Hegner: „Das Budget reicht. Wir werden es nicht reißen.“ Weiteren Bedarf gibt es allerdings noch immer bei den Spenden. Nach Angaben von Wilhelm von Boddien, dem Geschäftsführer des Fördervereins Berliner Schloss, fehlt von kalkulierten 105 Millionen Euro zur Wiederherstellung der historischen Fassaden, der Kuppel und der Innenportale des Schlosses noch ein Betrag von 20 Millionen Euro.

Ein Benefizkonzert der Berliner Philharmoniker hat das Spendenziel etwas näher rücken lassen. Das weltberühmte Orchester spielt zwei Stücke von Richard Strauss und Beethovens 7. Sinfonie. Für das Konzert wurden fast 1500 Eintrittskarten verkauft, jede Karte kostete immerhin 295 Euro. Die Einnahmen der ausverkauften Veranstaltung sollen als Spende komplett für den Wiederaufbau der barocken Schlossfassade verwendet werden. Mit dem Auftrittsort im Schlüterhof knüpfen die Philharmoniker an die Tradition der „Schlossmusiken“ an, die 1932 begründet wurde. Die Philharmoniker gaben noch bis zum Juni 1941 im Berliner Schloss Konzerte.

Gute Nachrichten kommen auch vom Berliner Dom, der vis-à-vis zum Schloss aufragt. Domsprecherin Svenja Pelze gab vor Kurzem Einzelheiten zur schon lange geplanten Sanierung der Hohenzollerngruft im Dom bekannt. Nachdem von Bund und Land feste Finanzierungszusagen vorlägen, können die Bauarbeiten demnach ab der zweiten Hälfte des kommenden Jahres starten.

Bis zum Jahr 2023 soll unter anderem ein besserer Zugang zum Gruftgeschoss entstehen. Bislang ist die Gruft nur durch eine schmale Stiege erreichbar. Die schwache Beleuchtung erlaubt es Besuchern zudem nur schwer, Beschriftungen zu lesen. Pelze moniert, der Raum habe eine „Parkhausanmutung“. Im Zuge der Sanierung soll das breite Treppenhaus im Dom verlängert werden, um einen bequemeren Weg zur Gruft zu öffnen. Zudem wird der Einbau eines Fahrstuhls künftig auch einen barrierefreien Zugang erlauben. Geplant ist überdies ein Beleuchtungskonzept, das die Besonderheiten der Architektur hervorhebt. Da die Kammer und einige Särge wegen schlechter Belüftung teils unter Schimmelbefall leiden, wird der Raum künftig auch eine Klimaanlage erhalten. Besucher werden sich nach der Sanierung in einem Raum über das Wirken der Hohenzollern in Berlin und Brandenburg informieren können.

Nach Angaben der Domsprecherin sind die Baukosten mit 17,3 Millionen Euro veranschlagt. Der Bund und das Land Berlin werden davon 90 Prozent tragen, den Rest die evangelische Domgemeinde. Bei der Hohenzollerngruft handelt es sich um die größte fürstliche Grabstätte Deutschlands. Sie umfasst 94 Särge aus fünf Jahrhunderten. Bestattet wurde hier der Große Kurfürst, König Friedrich I. sowie Königin Elisabeth Christine, die Gemahlin Friedrichs des Großen. Mit rund 700 000 Besuchern jährlich ist die Gruft eine der Haupttouristenattraktionen von Berlin. *Norman Hanert*

Berlins S-Bahn will besser werden

Von Vera Lengsfeld

Als sich die Berliner Stadtväter in der Kaiserzeit daran gemacht haben, ein funktionierendes Verkehrssystem für eine rasant wachsende Hauptstadt zu entwickeln, ist ihnen etwas gelungen, das man von der heutigen Politik gar nicht mehr erwartet: ein Verkehrsnetz, das äußerst zuverlässig mehr als hundert Jahre funktionierte.

Sogar als während der 28 Jahre der Trennung der Stadt auch ihre Verkehrswege brutal unterbrochen wurden, funktionierte die S-Bahn in beiden Teilen weiterhin sehr gut. Es gab die Geisterbahnhöfe der Linien, die, um West-Berliner Stadtteile zu verbinden, unter Ost-Berliner Gebiet durchfahren mussten. Es gab den geteilten Bahnhof Friedrichstraße, der zur Sackgasse wurde; es musste in aller Eile eine neue Strecke zwischen Schönhauser Allee und Pankow gebaut werden, immer an der Mauer lang. Aber dann lief alles wieder weitgehend reibungslos.

Die Züge wurden regelmäßig auf Schäden überprüft und in eigenen Werkstätten repariert. Es war noch nicht üblich, in der Bahn zu essen, Alkohol zu trinken oder die Sitze mit Graffitti zu beschmieren.

Seit dem neuen Jahrtausend ist alles anders. Zwar konnte der S-Bahnring binnen kürzester Zeit wiederhergestellt werden – aber das war schon alles an Verbesserungen.

Zunehmend wurde S-Bahn-Fahren zum Geduldsspiel oder gar zur Lotterie.

Weil die Kostenoptimierer geraten hatten, die eigenen Werkstätten zu schließen und die Reparatur an eine Fremdfirma zu übergeben, häuften sich die Ausfälle wegen nicht betriebsfähiger Wagen. Die Signalanlagen wurden nur noch in großen Abständen gewartet und fielen immer häufiger aus.

Selbst wenn man auf den neu eingeführten automatischen Anzeigern liest, dass der nächste Zug in fünf Minuten zu erwarten sei, ist das keine Garantie, dass der auch wirklich kommt. Es kann auch passieren, dass stattdessen plötzlich Zugausfall angekündigt wird.

Das Warten auf den zunehmend verwahrlosten Bahnhöfen ist kein Vergnügen. Sie sind verdreckt und immer häufiger Treffpunkte für Alkoholiker oder Taschendiebe. Vorsorglich prangen überall Piktogramme, die davor warnen. Personal, an das man sich wenden kann, gibt es nicht mehr.

Nun will Berlins S-Bahn endlich besser werden. S-Bahn-Chef Peter Buchner hat ein Qualitätsprogramm angekündigt. Er stellte sich im Bahnhof Südkreuz direkt den Beschwerden seiner Kunden. Ob es wirklich hilft?

Rot-rote Ehekrise

Brandenburgs Koalition gerät ein Jahr vor der Wahl ins Schlingern

Brandenburgs rot-rote Regierung befindet sich gut ein Jahr vor den Landtagswahlen in schwieriger Lage. Die Zustimmung der Brandenburger für die SPD ist bereits durch das Scheitern der Kreisgebietsreform 2017 deutlich gesunken. Nun muss Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) den Rücktritt eines Kabinettskollegen verkraften. Wirtschafts- und Energieminister Albrecht Gerber (SPD) hat aus persönlichen Gründen sein Amt aufgegeben.

Gerber gilt als Urgestein der märkischen SPD. Der aus Schleswig-Holstein stammende Politiker sollte das schwierige Thema des Kohleausstiegs und der Energiewende in Brandenburg organisieren. Er stand im Ruf eines Verteidigers der Braunkohleverstromung als Brückentechnologie.

Für Woidke bedeutet Gerbers Amtsverzicht nicht nur, dass er ein gutes Jahr vor den nächsten Landtagswahlen einen Ersatz finden muss. Auch das Bild einer kontinuierlichen Regierungsarbeit der seit 2014 amtierenden rot-roten Koalition hat einen weiteren Kratzer bekommen. Mit Gerber tritt bereits der vierte Minister seit 2014 zurück. Damit nicht genug: Die Landesregierung steht auch

> Rücktritt und Pharmaskandal erschüttern

wegen eines Pharmaskandals unter Druck.

Seit Wochen sieht sich Brandenburgs Gesundheitsministerin Diana Golze (Linkspartei) mit Vorwürfen konfrontiert, die ihrem Haus unterstehende Prüfbehörde sei Hinweisen zu einem Brandenburger Pharmahändler nicht nachgegangen und habe viel zu spät reagiert. Das Unternehmen steht im Verdacht, unwirksame Krebsmedikamente aus dubiosen Quellen bundesweit vertrieben zu haben. Bereits Ende 2016 sollen Behörden in Polen Hinweise darauf an das Landesgesundheitsamt Brandenburg übermittelt haben. Mittlerweile klärt eine Expertengruppe mögliche Versäumnisse der Arzneimittelaufsicht.

Golze galt lange Zeit als Hoffnungsträgerin der märkischen Linkspartei. Mittlerweile ist es allerdings kaum vorstellbar, dass die Partei mit ihr im Herbst 2019 in den Landtagswahlkampf zieht. Innerhalb der Koalition ist auch ohne den Pharmaskandal die Stimmung schlecht. Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) hat für September angekündigt, dem Kabinett ein neues Polizeigesetz vorlegen zu wollen. Bereits im Vorfeld ist er damit auf starken Widerstand bei der Linkspartei gestoßen. Für weiteren Groll bei der SPD sorgt ein Landratswahlbündnis in der Ostprignitz (siehe nebenstehenden Artikel). *N.H.*

CDU und »Linke«

Bündnis bei Landratswahl schlägt Wellen

Die kommenden Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern könnten ganz neue Regierungskonstellationen wegen eines starken Abschneidens von Linkspartei oder AfD erzwingen. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der brandenburgischen CDU, Ingo Senftleben, hat bereits erklärt, „mit allen reden“ zu wollen, scheint aber vor allem ein Bündnis mit der Linkspartei im Auge zu haben.

> SPD reagiert mit Kritik

Die Neuwahl des Landrats im Kreis Ostprignitz-Ruppin könnte dazu ein Probelauf werden. CDU-Kandidat Egmont Hamelow will den bisherigen SPD-Landrat Ralf Reinhardt ablösen. Die Linkspartei will den Christdemokraten wählen. Die märkische SPD reagierte auf diesen Schritt ihres Koalitionspartners auf Landesebene mit Kritik. Dem entgegen wiegelt Mike Bischoff, SPD-Fraktionschef im Potsdamer Landtag, ab. Der Vorgang habe nur regionale Bedeutung.

Das sehen die oppositionellen Grünen anders und erhoffen sich von dem Schritt in der Provinz eine weitere Erschütterung der rot-roten Landeskoalition. Ursula Nonnemacher – Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag: „Das ist keine regionale Angelegenheit, sondern eine hochpolitische, und das wird das im Moment nicht gerade hervorragende Vertrauensverhältnis bestimmt nicht beflügeln.“

Tatsächlich könnte die CDU von der Wahl ihres Kandidaten nur einen kurzfristigen taktischen Erfolg einfahren, der zulasten ihrer langfristigen Aussichten auf Landes-, wenn nicht gar Bundesebene ginge. Kritiker fürchten Irritationen bei der CDU-Stammwählerschaft. *Frank Bücker*

Kurz meidet Ramelow

Am 23. August nahm der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz an einem Empfang der thüringischen CDU-Landtagsfraktion teil. Die Jugendorganisationen der rot-rot-grünen Thüringer Regierungskoalition haben gegen den Besuch in Erfurt demonstriert. Die Jugendorganisationen hatten zuvor erklärt, Kurz werde zu Recht als „Baby-Hitler“ tituliert. Die Thüringer AfD hat daraufhin gegen die Vertreter der drei Organisationen Strafanzeige erstattet. Kurz steht in Wien einer schwarz-blauen Koalition aus ÖVP und FPÖ vor. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) hatte sich offenbar Hoffnung auf ein Treffen mit Kurz gemacht. Jedenfalls beklagte die der Linkspartei nahe stehende „Junge Welt“, dass der Regierungschef des Nachbarlandes einen großen Bogen um Ramelow machen würde. Bei seinem Besuch erklärte Kurz, er könne dem thüringischen CDU-Chef Mike Mohring nicht zu einem Bündnis mit der AfD in Thüringen raten. *F.B.*

MELDUNGEN

US-Studenten stark verschuldet

Washington – In den USA breitet sich die Sorge aus wegen rapide wachsender Studentenkredite. Die Hochschüler der USA haben mittlerweile Kredite im Gesamtwert von 1,5 Billionen Dollar angehäuft, mit denen sie ihre Ausbildung bezahlen. Damit ist der Betrag in sieben Jahren um 50 Prozent gewachsen. Experten fürchten in dem Kreditvolumen die Zündschnur einer neuen Finanzkrise. Andere verweisen darauf, dass der Fehlbetrag der US-Wirtschaft auch langfristig schaden dürfte, weil die jungen Leute nach Abschluss ihres Studiums erst viel später das Geld für ein eigenes Haus zusammenbrächten, da sie zuvor ihre beträchtlichen Studienschulden begleichen müssten. Der Zuwachs an Studentenkrediten könnte ein Hinweis darauf sein, dass immer weniger US-Mittelschichtfamilien genug Geld haben, um ihren Kindern die in den USA oft kostspielige Universitätsausbildung selbst zu bezahlen. *H.H.*

Angst vor Spionage

Canberra – Weil dem weltgrößten Netzwerkausrüster Huawei, dessen Konkurrenten Ericsson und Nokia sind, enge Beziehungen zur chinesischen Regierung nachgesagt werden, hat Australien dem Unternehmen aus Gründen der nationalen Sicherheit untersagt, als Ausrüster für das 5G-Netz in Australien aufzutreten. Die Befürchtung ist, dass die 5G-Infrastruktur mit Huawei anfällig für Spionage sein könnte. Die USA halten den Konzern ebenfalls auf Distanz, da sie ähnliche Befürchtungen hegen. Ein weiterer Grund dürfte aber sein, dass der chinesische US-Smartphone-Hersteller Marktführer Apple auf Platz zwei der größten Smartphoneverkäufer verwiesen hat und selbst im Hochpreissegment gute Chancen auf Platz eins hat. *MRK*

Kampagne gegen Mutter Teresa

In Mazedonien hetzt die Türkei die Albaner gegen ihre christlichen Nationalhelden auf

Mit einer Reihe von Schmierereien an Mutter-Teresa-Denkmälern und Flugblattaktionen versucht die türkische Botschaft in Mazedonien unter den albanischen Mazedoniern die beiden sehr beliebten christlichen Nationalheiligen Mutter Teresa und Georg Kastriota, genannt „Skanderbeg“, vom Sockel zu holen.



Ausgangspunkt der Hetze: Botschaft der Türkei in Skopje *Bild: Raso*

Mutter Teresa, die Heilige der Armen von Kalkutta, die Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 1979, genießt weltweit hohes Ansehen bei Menschen aller Religionen und Kirchen. Besonders verehrt wird sie aber von mazedonischen Albanern, denn die von einer katholischen Familie aus Nordalbanien abstammende Anjeze Gonxha Bojaxhiu wurde 1910 in der heutigen Hauptstadt von Mazedonien geboren.

Als Mutter Teresa für ihren beispiellosen Einsatz in Kalkutta den Friedensnobelpreis erhielt, waren die albanisch besiedelten Regionen in Mazedonien, dem Kosovo und Albanien noch unter kommunistischer Herrschaft. Kaum jemand interessierte sich damals für ihre albanische Abstammung. Das änderte sich nach der sogenannten Wende 1991, als die Länder nach dem Zerfall des Sowjetimperiums neue Symbolfiguren brauchten. Ihr Tod vor 21 Jahren, am 5. September 1997, ihre Seligsprechung am 19. Oktober 2003 und ihre Heiligsprechung am 4. September 2016 ergriffen alle Albaner, ganz gleich, wo sie lebten. Der Jahrestag ihrer Seligsprechung wurde in Albanien zum Nationalfeiertag erklärt, der Flughafen von Tirana erhielt ihren Namen. In Kosovos Hauptstadt Prischtina wurde 2010 eine Mutter-Teresa-Kathedrale errichtet. In ihrem Geburtsland Mazedonien erinnern das Mutter-Teresa-Denkmal und -Gedenkhaus in Skopje sowie Erinnerungsstätten in fast allen von Albanern bewohnten Orten an sie.

Doch gerade in ihrem Geburtsland Mazedonien gibt es jetzt vermehrt Anzeichen einer Kampagne gegen die „Mutter aller Albaner“. Seit diesem Frühjahr wird ihr Denkmal in Skopje immer wieder mit radikal-islamischen Parolen beschmiert. Nach einer Reinigung wird es dann jedes Mal wieder neu beschmutzt. Flugblätter am Mutter-Teresa-Haus forderten den Abriss des Gebäudes und ein Ende des Kultes um diese „Ungläubige“. „Nur eine muslimische Albanerin ist eine wahre Albanerin“, hieß es auf Plakaten.

Die Hintermänner dieser gegen Mutter Teresa gerichteten Kampagne hat die aus dem Kosovo stammende Enthüllungsjournalistin Arbana Xharra, die 2015 den „Internationalen Preis für mutige Frauen“ erhalten hat, nach langen Recherchen bei der Botschaft der Türkei und türkischen Auslandsschulen in Mazedonien ausfindig gemacht. Diese verteilten schon seit einigen Jahren unauffällig unter der Hand Propagandamaterial gegen die albanischen Christen, die nur etwa ein Viertel der Albaner ausmachen. Türkische Diplomaten und Lehrer aus Ankara propagieren demnach offen den Islam als einzig angestammte Religion der Albaner, obwohl diese historisch erst im Gefolge der osmanischen Eroberung mit dem Islam in Kontakt kamen. Als Ziel propagieren diese Kreise eine Reislamisierung und Reosmanisierung des Balkans unter albanischer Führung und türkischer Oberhoheit. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan wird als der eigentliche politische Führer auch der Albaner ausgemacht. Auch die Hetze gegen Mutter Teresa soll als Spitze eines Eisbergs diesem Zweck dienen.

Wie stark der türkisch-islamische Einfluss in Skopje bereits geworden ist, erlebten die Enthüllungsjournalisten, als sie ihre Ergebnisse in mazedonischen Medien veröffentlichen wollten. Keine Zeitung, auch nicht die der slawisch-mazedonischen Bevölkerung, und kein Radiosender wagte sich an dieses heiße Eisen. Immerhin sitzen seit vergangenem Jahr vier albanischstämmige Minister in der mazedonischen Regierung. So wurde das Material der führenden griechischen Tageszeitung „Kathimerini“ zugespielt, die es schließlich diesen Juni auf ihrer Titelseite veröffentlichte.

Eine Mehrheit der Albaner in Mazedonien versteht sich bereits eher als Muslime denn als Albaner. Erdogan hat es geschafft, ihre nationale Identität hinter der religiösen verschwinden zu lassen, wie er es in der Türkei noch nicht geschafft hat, denn die türkischen Kurden verstehen sich immer noch nicht zuvörderst religiös, sondern vor allem ethnisch.

Neben Mutter Teresa wollen die Erdogan-Anhänger auf dem Balkan auch einem anderen Nationalheiligen Albaniens, Georg Kastriota, genannt „Skanderbeg“, vom Sockel stürzen. Der von 1405 bis 1468 lebende Fürst aus dem Adelsgeschlecht der Kastrioti hatte im 15. Jahrhundert erstmals einen Aufstand der damals noch christlichen Albaner gegen die osmanische Herrschaft angeführt und galt sogar noch in der kommunistischen Zeit als albanischer Nationalheld. Radikal-islamische Albaner in Mazedonien erkennen auch in Skanderbeg nicht mehr ihren Urvater.

Die Albaner im EU-Beitrittskandidaten Mazedonien scheinen immer mehr die Vorreiter von Erdogans „Osmanischer Wiedergeburt“ in Europa zu werden. Durch die Regierungsbeteiligung in Mazedonien sind sie zum Zünglein an der Waage geworden. Was sie 2001 mit Gewalt in einem kurzen Bürgerkrieg nicht geschafft haben, nämlich mehr Rechte für ihre Minderheit von 30 Prozent, haben sie jetzt auf demokratischem Weg erreicht. Seit Mai 2018 ist Albanisch die zweite offizielle Amtssprache in Mazedonien. *Bodo Bost*

Kritik an Kranzniederlegung

Israels Ministerpräsident twittert gegen Labour-Chef Jeremy Corbyn

Mit scharfen Worten hat Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die erst jetzt bekannt gewordene Teilnahme des britischen Oppositionsführers Jeremy Corbyn an einer Kranzniederlegung für die palästinensischen Terroristen des Münchner Olympia-Attentats von 1972 vor vier Jahren in Tunis kritisiert. „Die Kranzniederlegung durch Jeremy Corbyn an den Gräbern jener Terroristen, die das Massaker von München verursacht haben, und sein Vergleich von Israel mit den Nazis verdient eine eindeutige Verurteilung von jedem – links, rechts und alles dazwischen“, twitterte Netanjahu.

Auf den Tweet des israelischen Regierungschefs reagierte der Angegriffene mit Gegenvorwürfen an Israel. Nicht die Ehrung der Attentäter sei falsch, sondern die „Tötung von 160 palästinensischen Demonstranten, unter ihnen viele Kinder, in Gaza durch israelisches Militär“.

Der britische Oppositionschef hat in der Vergangenheit wiederholt Maßnahmen Israels gegen Palästinenser angeprangert. Ende Juni schrieb Corbyn auf Twitter, dass eine Labour-Regierung Palästina als Staat anerkennen werde.

Die von Netanjahu kritisierte Teilnahme an einer Gedenkfeier, die durch ein Zeitungsfoto in britischen Medien publik geworden war, kommentierte er wie folgt: „Es ist nicht möglich, Frieden durch einen Kreislauf der Gewalt zu erreichen, sondern allein durch Dialog.“

Corbyn wird regelmäßig und seit Langem vorgeworfen, Antisemitismus in seiner Labour Party zu tolerieren und sogar zu befördern. Unbestreitbar ist Corbyn israelkritisch. So beschlossen er und seine Partei die Antisemitismusdefinition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ durch eine eigene zu ersetzen, die keinen israelbezogenen Antisemitismus mehr anerkennt.



Seit 2015 an der Spitze der Labour Party: Jeremy Corbyn *Bild: Sophie Brown 2017*

Zuletzt hatten Ende Juli in Großbritannien drei jüdische Zeitungen vor einer „existenziellen Bedrohung jüdischen Lebens in Großbritannien“ durch Corbyn gewarnt. Sie warfen ihm vor, für die Ängste der jüdischen Gemeinde blind zu sein und nicht zu sehen, dass hasserfüllte Rhetorik geradewegs zu Antisemitismus führen könne.

An seiner Teilnahme an der Gedenkzeremonie kam diesmal allerdings nicht nur Kritik aus dem jüdischen und israelischen Lager, sondern auch aus seiner eigenen Partei, wenn auch nur aus der zweiten Reihe und sehr zaghaft. Corbyn hatte sich erst vor Kurzem, nach massivem Druck der Medien, öffentlich für Antisemitismus in seiner Labour Party entschuldigt. Viele sehen in ihm den eigentlichen Anstifter des Antisemitismus. *B.B.*

Das Baltikum schrumpft

Auswanderungswelle nach Westen hält an – Die Bevölkerung altert

Die Leiterin des litauischen Zentrums für Sozialforschung, Sarmine Mikulioniene, zeigt sich besorgt über den Bevölkerungsrückgang im Baltikum im Allgemeinen und in ihrer Heimat Litauen im Besonderen. In erster Linie zieht es junge, gut ausgebildete Menschen zwischen 18 und 30 Jahren seit den 1990er Jahren und durch die EU-Osterweiterung bis heute Richtung Westen. Hauptgrund sind die besseren Verdienstmöglichkeiten. Obwohl sich die Wirtschaft im Baltikum positiv entwickelt, wird vor allem bei den Löhnen das Reichtumsgefälle zwischen Westen und Osten sichtbar.

Liegt in Deutschland der durchschnittliche Stundenlohn bei 15,70 Euro, werden beispielsweise in Lettland nur 3,35 Euro gezahlt. Der EU-Beitritt Lettlands löste eine Migrationswelle von Arbeitskräften vor allem nach Irland und Großbritannien aus, und auch Deutschland gilt bei Balten wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten als attraktiver denn ihre Heimat. Von ähnlichen Auswanderungswellen sind alle ostmittel- und südosteuropäische Staaten, die zum Ostblock gehörten, betroffen. Einen drastischen Bevölkerungsschwund haben Lettland, Litauen, Bulgarien und Moldau zu verzeichnen.

Mikulioniene warnt: „Die Situation ist sehr besorgniserregend. In Litauen sind 2000 Dörfer völlig verschwunden, wir schließen Universitätsabteilungen und haben keine Menschen für die Arbeit.“ Der Bevölkerungsrückgang beträgt in Litauen 23 Prozent seit 1991. Wenn immer mehr junge Menschen ihre Heimat verlassen, hat das für das jeweilige Land zur Folge, dass die Bevölkerung schnell altert. Sowohl die Wirtschaft als auch das Rentensystem drohen zu kollabieren. Die Forscherin sieht eine weitere Gefahr, nämlich, dass der Bevölkerungsschwund die Sicherheit des Baltikums schwäche, wovon letztlich Russland profitieren würde.

> Das Fehlen junger Menschen wirkt sich auch auf Renten aus

Lettland ist mit 27 Prozent noch schlimmer vom Rückgang seiner Bevölkerung betroffen. Wenn junge Menschen abwandern, heißt das auch, dass in der Heimat weniger Kinder geboren werden. Die Bevölkerungsdichte ist in Litauen auf 44 Einwohner pro Quadratkilometer gesunken, in Lettland sogar auf 29. Zum Vergleich: Deutschland hat 231 Einwohner pro Quadratkilometer.

Neben den Balten, die es in den Westen zieht, sind auch viele ethnische Russen aus dem Baltikum nach Russland zurückgekehrt. Ein seit Jahren gültiges Regierungsprogramm erleichtert ihnen die Eingliederung. Der Kreml beabsichtig, mit dem Programm, der eigenen rückläufigen demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, und lockt besonders in den ehemaligen Sowjetrepubliken Russen zur Heimkehr an. Seit 2014 haben knapp 600000 Russen davon Gebrauch gemacht. Viele kamen aus der Ukraine, aber auch dem Baltikum, wo ihre Rechte seit dem Zerfall der Sowjetunion beträchtlich beschnitten wurden. Konnten sie wegen fehlender Sprachkenntnisse nicht die estnische, litauische oder lettische Staatsbürgerschaft erwerben, wurden sie staatenlos. In Litauen sind fünf Prozent der Bevölkerung ethnische Russen, in Estland und Lettland ist es jeweils noch ein Viertel.

In Estland steigt die Geburtenrate seit einigen Jahren wieder leicht, weil die Regierung eine Reihe von Anreizen geschaffen hat, um die gegenteilige Entwicklung zu stoppen: Dasjenige Elternteil, das zu Hause bleibt, erhält eine Unterstützung in Höhe des letzten Lohns vor der Babypause, und es gibt eine flexible Aufteilung der Elternzeit. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Wie die Agentur für Arbeit trickst

Die BA berichtet von Erfolgen bei der Integration der Asylsucher in den Arbeitsmarkt

Vorletzten Dienstag gab der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele (SPD), gegenüber der Deutschen Presse-Agentur in einem Interview an, dass bislang über 300 000 der unter Behauptung eines Fluchtgrundes nach Deutschland eingereisten Personen eine Arbeit gefunden hätten.



Wie groß ist der Anteil, der mittlerweile selbst seinen Unterhalt bestreitet? Die Asylsucherflut von 2015

Bild: pa

Von diesen über 300 000 seien allein 238 000 in einem sozialversicherungspflichtigen Angestelltenverhältnis tätig. Bereits im Mai dieses Jahres hatten zahlreiche Medien unter Berufung auf das zur Bundesagentur gehörende Forschungsinstitut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die erfolgreiche Eingliederung jedes vierten Asylsuchers in eine Beschäftigung gemeldet.

Diese Zahlen lassen aufhorchen, denn noch vor drei Jahren hatte die damalige Sozialministerin und heutige SPD-Vorsitzende Andrea Nahles die Warnmeldung ausgegeben, dass nur rund zehn Prozent der im Zuge der Asylkrise eingewanderten Personen die Voraussetzungen für eine zeitnahe Integration in den deutschen Arbeitsmarkt mitbrächten. Angesichts der jüngsten Erfolgsmeldung lohnt es sich daher, einen näheren Blick auf die aktuell gehandelten Daten, ihre Herkunft und ihre Plausibilität zu werfen.

Während die im Mai von deutschen Qualitätsmedien publizierten Quoten lediglich auf den Selbstangaben einer laufend durch das IAB befragten Stichprobe von Asylsuchern beruhten, sind die jetzt veröffentlichten Zahlen bereits deutlich valider. Dennoch muss man konstatieren, dass auch hier Informationen von unterschiedlichen Behörden zusammengeführt wurden, die eigentlich ganz anderen Zwecken dienen und die infolgedessen generell schon nicht die Aussagekraft besitzen können, die für seriöse Schlussfolgerungen erforderlich wäre. Dieses Problem ist insbesondere dann anzutreffen, wenn man nach Daten sucht, die eine Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen der Masseneinwanderung ermöglichen könnten. Hier lassen sich aus den zur Verfügung gestellten amtlichen Statistiken meist nur vage Informationen ableiten.

So verhält es sich auch bei der nun von der Bundesagentur vorgelegten Zwischenbilanz zur Integration von Asylsuchern. Hier wartet man mit einer – angesichts der prekären Rahmenbedingungen – doch recht stattlichen Beschäftigungsquote von immerhin 27,2 Prozent der aus den außereuropäischen Asylsucher-Hauptherkunftsländern eingewanderten Personen auf. Damit scheint es zunächst so, als habe tatsächlich jeder vierte nach Deutschland gekommene Asylsucher zwischenzeitlich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefunden.

Doch der Schein trügt, denn die Beschäftigungsquote errechnet sich, wenn man die Anzahl der angestellten Berufstätigen einer bestimmten Gruppe durch die Anzahl der gesamten im erwerbsfähigen Alter befindlichen Angehörigen dieser Gruppe teilt und mit dem Faktor 100 multipliziert. Wer also wissen will, wie hoch die Beschäftigungsquote bei asylsuchenden Syrern ist, muss einerseits die Zahl der beschäftigten asylsuchenden Syrer zur Hand haben und andererseits die Anzahl aller in Deutschland lebenden asylsuchenden Syrer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Die Bundesagentur verfügt jedoch über keine Daten zu einem möglichen Flüchtlingsstatus der sozialversicherungspflichtig angestellten Personen. Stattdessen stützt sie sich bei der Berechnung der Beschäftigungsquote von sogenannten Flüchtlingen allein auf das Vorliegen der Staatsangehörigkeit aus einem Hauptherkunftsland. Dies führt dazu, dass ein pakistanischer Elektroingenieuer, der sich bei der deutschen Botschaft in Islamabad erfolgreich um ein reguläres Arbeitsvisum bemüht hat und nun für ein sechsstelliges Jahresgehalt in einem DAX-Unternehmen arbeitet, in der Statistik der Bundesagentur ebenso als erfolgreich integrierter Flüchtling ausgewiesen wird wie eine seit ihrer Geburt in Deutschland lebende Iranerin, die im vergangenen Jahr mit ihrer Ausbildung gestartet ist.

Neben diesem grundsätzlichen methodischen Problem, muss auch die Entwicklung der Zahlen im Verlauf der letzten Jahre betrachtet werden. Bei der Interpretation der nun vorgelegten Daten wird gerne der Eindruck erweckt, als würde sich die gelungene Eingliederung vor allem auf diejenigen Asylsucher beziehen, die seit dem Zenit der Masseneinwanderung im Jahre 2015 nach Deutschland eingereist sind. Doch dies lässt sich so nicht bestätigen. Bereits zum Jahreswechsel 2014/2015 gingen über 70 000 Personen mit einer Staatsbürgerschaft aus einem der heutigen Hauptherkunftsländer einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Redlicherweise müssten diese von der aktuell in den Vordergrund gerückten Zahl von 238 000 Angestellten aus diesen Staaten abgezogen werden, sodass man dann allenfalls noch bei einer Anzahl unterhalb von 170 000 Personen läge, die seit dem Ausbruch der Asylkrise erfolgreich in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden konnten.

Aber auch hier ist Vorsicht geboten. Zwar kann durchaus angenommen werden, dass ein Großteil dieses Erwerbspersonenpotenzials tatsächlich aus Asylsuchern besteht, doch die aktuelle Zwischenbilanz enthält noch weitere methodische Unzulänglichkeiten. Auf diese wird in dem Bericht der Bundesagentur sogar eigens hingewiesen. Bemerkenswert ist daher, wie unkritisch viele Journalisten mit dem nun vorliegenden Datenmaterial umgehen.

MELDUNGEN

Vorbereitet auf US-Sanktionen

Moskau – Das russische Ministerium für Industrie und Handel hat sich auf die neuen US-Sanktionen, die wegen des Skripal-Falls ein Lieferverbot für Waren mit doppeltem Verwendungszweck vorsehen, offenbar gut vorbereitet. Wie Denis Manturow, der Chef der Behörde, mitteilte, will Russland die unzugänglichen Elektronikteile – betroffen ist vor allem der Hochtechnologiebereich und der Verteidigungskomplex – aus den Ländern Südostasiens importieren. Diese Märkte stünden Russland auch weiterhin offen. Einen Teil der Elektronik werde man mit Komponenten aus eigener Herstellung ersetzen, so der Minister. *MRK*

Ersatz für Siemens

Moskau – Um die technologische Sicherheit Russlands zu sichern, arbeitet der Kraftanlagenbauer „Silowye Maschiny" mit Unterstützung des Staates an der Entwicklung eigener Gasturbinen. Bisher war Siemens gemeinsam mit Silowye Maschiny, die 35 Prozent am Unternehmen halten, mit der Produktion von Gasturbinen beauftragt. Zum Bruch war es gekommen, weil Moskau unter Umgehung der Sanktionen Siemens-Turbinen auf die Krim geliefert hatte. *MRK*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.947.306.841.985 €
Vorwoche: 1.947.354.250.225 €

Verschuldung pro Kopf:
23.547 €
Vorwoche: 23.547 €

(Dienstag, 28. August 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

EU gegen »goldene Pässe«

Kommission kritisiert den Verkauf von Staatsangehörigkeiten

Nach der EU-Osterweiterung von 2004 hat nicht nur eine massive EU-interne Armutsimmigration aus den südosteuropäischen Ländern nach Westeuropa eingesetzt, sondern es erfolgt seitdem auch eine weniger starke, aber dafür für die Einwanderungsländer lukrative Immigration von reichen osteuropäischen Nicht-EU-Ausländern in die EU. Die Gegenleistung dieser Einwanderer besteht in der Überweisung einer hohen Geldsumme oder dem Erwerb einer Luxusimmobilie. Diese von den jeweiligen Einwanderungsländern betriebene Verleihung sogenannter goldene Pässe wird zwar im Prinzip von fast allen EU-Staaten praktiziert, aber vor allem in Ost- und Südeuropa mit seinen stark mafiösen Verwaltungsstrukturen ist diese Art der Einbürgerungspolitik besonders verbreitet.

Die Europäische Kommission fordert jetzt von den EU-Mitgliedsstaaten deutlich mehr Zurückhaltung auf diesem Gebiet. „Die EU-Kommission betrachtet die Entwicklung bei den sogenannten goldenen Reisepässen mit großer Sorge", sagte die EU-Justizkommissarin Vera Jourová der „Welt". Im Herbst sollen deshalb neue Richtlinien dazu veröffentlicht werden.

In einem diesbezüglichen Bericht werden vor allem Zypern, Malta und Griechenland als Aussteller „goldener Pässe" oder „goldener Visa" genannt. „Goldene Visa" sind analog zu den „goldenen Pässen" langfristige Aufenthaltsvisa, welche EU-Staaten reichen Antragstellern für finanzielle oder wirtschaftliche Gegenleistungen ausstellen. Zu 75 Prozent profitieren davon Personen aus China, der Rest sind Russen, Inder und Araber. Der Reiz eines „goldenen Passes" besteht darin, dass sein Besitzer sich nicht nur in dem EU-Staat, dessen Staatsangehörigkeit er nun besitzt, sondern in der gesamten Union frei bewegen und niederlassen darf.

> Ein sehr lukratives Geschäft für ärmere EU-Mitgliedstaaten

Die EU dürfe nicht zu einem Hafen für Kriminelle, Korruption und schmutziges Geld werden, sagte Jourová. Das EU-Parlament hatte den Verkauf von Pässen und Visa an betuchte Investoren bereits 2014 verurteilt und mehr Transparenz gefordert. Die Ausgabe von „goldenen Pässen" ist für einige EU-Länder ein echter Wirtschaftsfaktor. So soll alleine Zypern im Jahr 2016 rund 400 Pässe verkauft haben. Die EU hatte lange bei diesem munteren, korruptionsverdächtigen Spielchen zugeschaut, nun scheint sie langsam zu erwachen.

Vor allem Ungarn macht beste Geschäfte mit Pässen und Visa. Im Land der Madjaran muss man rund 300 000 Euro in Staatsanleihen investieren, um ein EU-Visum ausgestellt zu bekommen. Entsprechende Bearbeitungsgebühren kommen zu den 0,3 Millionen Euro hinzu. So kamen bislang rund 30 000 Einwanderungswillige mit Geld, aber ohne strenge Prüfung via Ungarn in die EU. Das investierte Geld wird nach fünf Jahren samt Zinsen zurückgezahlt.

Ungeachtet herber Kritik hat Malta ein Gesetz zum Verkauf seiner Staatsbürgerschaft an ausländische Investoren verabschiedet. Das Gesetz ist ein Erfolg. Nach neuesten Zahlen gibt es mehr als 200 Anträge aus mehr als 30 Ländern auf die maltesische Staatsbürgerschaft. Maltas „goldener Pass" hat damit das Potenzial, Portugals „goldenes Visum" in den Schatten zu stellen. Portugal hat der Verkauf von Aufenthaltsrechten Investitionen von 817 Millionen Euro eingebracht. *Bodo Bost*

Neue Geldquelle für Bauern

Landwirte treiben Preise für Stromtrassen in die Höhe

Das Thema Digitalisierung gilt als elementar für die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Doch vielerorts hakt es beim Netzausbau, weil Eigentümer nicht verkaufen wollen. Nun soll Wirtschaftsminister Peter Altmaier schlichten.

Der CDU-Politiker erklärte, damit Digitalisierung und Energiewende zu Erfolgsmodellen würden, müssten Tausende Kilometer neue Stromleitungen gebaut werden. Allerdings gebe es dabei Verzögerungen, die auch zulasten der Allgemeinheit gehen würden. Sie verursachten Milliardenkosten, auch für die Verbraucher. Der Bundeswirtschaftsminister will nun gegensteuern. Altmaier stellte in der vergangenen Woche einen Aktionsplan vor, um den Ausbau der Stromnetze deutlich zu beschleunigen. „Wir haben einen Rückstand erreicht, der politisches Handeln notwendig macht", sagte Altmaier. Bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 müsse man beim Netzausbau „entscheidend" vorankommen: „Das ist eine gigantische Herausforderung."

Nach aktuellen Zahlen der Bundesnetzagentur sind von erforderlichen 7700 Kilometern beim Netzausbau im Zuge der Energiewende derzeit 1750 Kilometer genehmigt und nur 950 realisiert. „Der Netzausbau kommt nicht so schnell voran wie er nötig wäre", sagte der Chef der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" und erhielt Zustimmung vom zuständigen Minister. „Das ist keine Zahl, mit der man sich sehen lassen kann", sagte Altmaier.



Peter Altmaier Bild: Imago

Der Netzausbau sei unerlässlich für das Gelingen von Energiewende und Digitalisierung und somit Chefsache erklärte der CDU-Politiker. Um den Bau neuer Leitungen zu beschleunigen soll es für jedes Vorhaben künftig ein vorausschauendes Controlling geben, mit regelmäßigen Treffen der Beteiligten, sagte Altmaier. Denn oftmals scheitern die Vorhaben an Einsprüchen vor Ort. Es gibt Gebiete, da muss der Bund für den Ausbau erst Flächen von Landwirten ankaufen. Die weigern sich teilweise, vor allem um den Preis nach oben zu treiben. Altmaier will nun selbst durch die Republik reisen und helfen, die Gemüter zu kühlen. Sein Ziel ist es: „Wir müssen jeden mitnehmen." Das Planungsverfahren solle zudem kürzer und das Vorschlagsrecht der Länder für zeitraubende Alternativplanungen beschränkt werden. Außerdem müssten die bestehenden Stromnetze optimiert und höher ausgelastet werden.

Schon 2009 beschloss der Bund ein Energieleitungsausbaugesetz. Es brachte Trassen von 1800 Kilometer Länge auf den Weg. Doch neun Jahre später sind erst 800 Kilometer gebaut, weitere 350 Kilometer genehmigt. „Das ist viel zu wenig", sagt Altmaier. Die Energiewende könne ins Stocken geraten, wenn die Stromleitungen nicht genügend Kapazität hätten. Daran hänge viel. Auch die Digitalisierung. „Daran soll jeder denken", sagt Altmaier und ruft dazu auf, Einzelinteressen zurückzustellen. „Es ist eine Aufgabe, die sich in der Bundesrepublik so noch nicht gestellt hat." *Peter Entinger*

Jetzt auch wir

Von Hans Heckel

Auf den ersten Blick wirkt es wie das bedeutungslose Geplänkel verwöhnter Jungs. Die Nationalmannschaft soll sich in zwei Lager gespalten haben, in „Kanaken“ und „Kartoffeln“. In Berichten wird zwar hervorgehoben, dass die Grenze nicht völlig identisch sei mit der ethnischen Zugehörigkeit. Doch das ist ein Detail, das den Gesamteindruck kaum heilen kann.

Hier schlägt sich ein Phänomen nieder, das in der gesamten Gesellschaft zu spüren ist. Der Traum von der Integration und der „neuen“, der „bunten“ deutschen Nation aus Angestammten und Einwanderern funktioniert nicht nur nicht. Der Integrationsprozess scheint sich sogar umzukehren. Einheimische und „Menschen mit Migrationshintergrund“ entfernen sich voneinander, selbst wenn Letztere längst hier geboren sind als Kinder von Einwanderern, die vor etlichen Jahrzehnten nach Deutschland kamen.

> Die Einheimischen beginnen, ihre Identität zu entdecken

Woran liegt das? Warum jetzt? Warum so plötzlich, möchte man wissen. Nun, so plötzlich ist das Problem keineswegs aufgetreten. Seit vielen Jahren berichten aufmerksame Beobachter und entsetzte Eltern von wachsender Deutschfeindlichkeit an Schulen mit hohem Immigrantenanteil. Eine Diskussion darüber aber wurde immer, wenn sie aufkam, mit aller Macht unterdrückt.

Dass auf diese Weise kein Problem verschwindet, lehrt der gesunde Menschenverstand. Die Erfahrung zeigt in jedem Bereich des Lebens vielmehr, dass ein unterdrücktes Problem nur unkontrolliert größer wird, dass es schwelt wie die eiternde Wunde unter modrigem Verband. So konnte auch der verschwiegene, geleugnete Deutschenhass immer mehr Seelen vergiften.

Die Deutschen haben den verhängnisvollen Prozess lange schweigend oder bloß leise murrend hingenommen. Die Asylflut und ihre teils beängstigenden Begleiterscheinungen aber haben eine neue Dynamik entfacht.

Wie schon vor einem Jahr eine Studie des Rheingold-Instituts herausfand, hat das Hereinströmen von Millionen von Menschen sehr fremder Kulturen mit manchmal sogar offen feindseliger Haltung gegen alles Abendländische die Deutschen zutiefst aufgewühlt, auch wenn es die meisten noch zu verbergen trachten.

Das macht die Einheimischen empfindlich und auch aggressiv. Untergründig sehen sie das ihnen vertraute, das angestammte Land in Gefahr. Sie fürchten, wie ein Forscher des Instituts feststellte, „von den Fremden verschlungen zu werden“.

Wer indes um seine Identität zu bangen beginnt, in dem wächst der Wunsch nach Selbstvergewisserung. Wo die Selbstverständlichkeit des Deutschseins in Deutschland infrage gestellt scheint, da wird die einstige Selbstverständlichkeit mit einem Male zum hohen Gut, das es zu verteidigen gilt. So wie viele Immigranten ihre „Wurzeln“ pflegen und hervorkehren, tun es dann plötzlich auch Deutsche.

Andrea Nahles’ Stimmenkauf

Von Herman Paul Winter

Das Allerletzte: Andrea Nahles will die wirtschaftlich stark angeschlagene Türkei „unterstützen“. Sie möchte also nichts anderes als dem Despoten Recep Tayyip Erdogan mit deutschen Steuergeldern aus der selbst verursachten Misere helfen. Das Dauergeschrei der SPD nach „europäischen Lösungen“ erklingt im Falle des Absturzes der Türkei freilich nicht.

Seit Jahren biedert sich die SPD den in Deutschland lebenden Türken an. Sie forciert die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft an Zugereiste und beharrt auf dem deutsch-türkischen Sozialversicherungsabkommen, das es türkischen Arbeitnehmern in Deutschland erlaubt, ihre in der Türkei lebenden Eltern kostenlos mitzuversichern – Deutsche haben diese Möglichkeit selbstredend nicht. Die SPD ist stets als erste dabei, „Projekte“ der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), immerhin eine Außenstelle von Erdogans türkischer Religionsbehörde, mit Steuermillionen zu fördern. 2017 wurde die Förderung wegen der Imam-Spitzelaffäre zunächst ausgesetzt, jedoch kurz vor der Landtagswahl in NRW vom damals SPD-geführten Familienministerium wieder freigegeben. Genutzt haben die von der SPD verschenkten sechs Millionen aus dem Steuersäckel nichts: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft wurde aus dem Amt gewählt.

> Deutsches Steuergeld für türkische SPD-Stimmen

Die Vorsitzende der ehemaligen Partei der kleinen Leute übergeht das Selbstverständnis unseres Gemeinwesens, nach dem deutsche Steuermittel für das Wohl der deutschen Bürger aufzuwenden sind: etwa für Millionen von Rentnern, die unter dem Existenzminimum leben, für das chronisch unterbezahlte Pflegpersonal, für die Entlastung von Millionen Arbeitnehmern, die erhebliche Lohnnebenkosten schultern müssen; schließlich auch für die Schaffung neuer Stellen an den Schulen und für den Stellenausbau bei Gerichten, Sicherheitsbehörden und der Polizei. Hier – nicht in der Türkei – wäre „Unterstützung“ aus deutschen Steuermitteln angesagt.

Nahles behauptet, den NATO-Partner und das Land Türkei unterstützen zu wollen; tatsächlich jedoch würde sie lediglich dem Islamisten Erdogan den Kopf aus der Schlinge ziehen, der die Meinungsfreiheit mit Füßen tritt, sein Land islamisiert und schikaniert, christliche Immobilien konfisziert, Deutschland als Land der Nazis und Rassisten bezeichnet und mit seinen allumfassenden Drohungen den Weltfrieden gefährdet.

Einem radikalislamischen Unterdrücker-Regime unter die Arme greifen und die deutschen Steuerzahler verhöhnen – dieses Signal sendet Frau Nahles mit ihrem Vorstoß aus. Es passt zur neuen deutschen Sozialdemokratie. Offenbar will sie auch noch den letzten SPD-Wähler schnellstmöglich loswerden.



Mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe (links) und der Sprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, Ayse Demir (rechts), in Berlin-Kreuzberg: Andrea Nahles

Bild: Reuters

Gegenwind

Das US-System »Drohung – Sanktionen – Krieg«



Von Florian Stumfall



Die Vereinigten Staaten von Amerika empfinden sich als die Macht auf diesem Globus, die vom Schicksal dazu bestimmt ist, alle anderen Mächte zu führen. In dieser Überzeugung spiegelt sich die Pilgerväter-Tradition der Auserwähltheit. Die wachsende Bedeutung der USA, besonders im 20. Jahrhundert, schien diesen Glauben zu bestätigen, zumal sich die Entwicklung auf hervorragende Voraussetzungen stützte: die Größe des Landes, der natürliche Reichtum, Wissenschaft auf hohem Standard, eine leistungsfähige Armee und eine starke Wirtschaft.

Eines aber haben die USA seit Langem verloren: die Tradition einer hohen Diplomatie. Die Zeiten, als US-Präsident Thomas Jefferson im Jahre 1803 Napoleon die Kolonie Louisiana abkaufte, sind lange vorbei. Betrachtet man Art und Charakter der heutigen auswärtigen Beziehungen der USA, so ergibt sich ein einfaches Muster. Das Instrumentarium besteht aus drei Elementen: der Drohung, den Sanktionen und dem Krieg, so gestaffelt und geordnet im folgerichtigen Ablauf.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Drohungen, deren Adressaten sowohl konkurrierende als auch verbündete Staaten sein können, bilden sozusagen den politischen „basso continuo“, eine stets und auch unausgesprochen vorhandene grundlegende Mahnung Washingtons an jedermann, sich aller Handlungen zu enthalten, die den Belangen der USA zuwiderlaufen könnten. Nach dem derzeitigen, erst vor Kurzem in Kraft gesetzten Sanktionsgesetz richten sich die einschlägigen Maßnahmen im Wesentlichen gegen die Länder, die von den USA als Hort der Gefahr und des Bösen betrachtet werden: Russland, China, der Iran und Nordkorea.

Nun könnte man sagen – bitteschön, wenn die USA diesen Ländern gegenüber Boykott und Embargo anwenden wollen, so sollen sie das tun, Schaden nehmen im Allgemeinen bei solchen Maßnahmen ohnehin alle Seiten. Doch dabei bleibt es nicht. Das US-Selbstverständnis von der Führungsrolle, die man innehabe, führt dazu, dass alle anderen Länder ebenfalls gezwungen werden, sich den Sanktionen anzuschließen. Ein Beispiel aus jüngster Zeit: Japan kauft Öl vom Iran. Die USA werden in Tokio vorstellig in dem Sinne, dass dieser Handel zu unterbleiben habe, bei Meidung von Strafmaßnahmen gegen Japan.

Dieser Vorgang zeigt die Subsidiarität der Mittel: Er konnte mit einer einfachen Drohung abgeschlossen werden, Sanktionen waren angesichts der Willfährigkeit der Japaner nicht notwendig. Ein Gegenbeispiel gibt derzeit Indien. Dort ist man drauf und dran, das russische mobile allwetterfähige Langstrecken-Boden-Luft-Raketensystem zur Bekämpfung von Kampfflugzeugen und Marschflugkörpern in allen Flughöhen, S-400 „Triumf“, zu kaufen, gegen den erklärten Willen der USA. Doch hier scheint keine Drohung zu helfen, Indien ist ein zu großer Brocken und vor allem auch umworben von den USA wie von Russland. 0:1 gegen das Weltmachtsprinzip der USA. Auch der Präsident der Philippinen, Rodrigo Duterte, zeigt sich von US-Sanktionen unbeeindruckt, jedenfalls lässt er sich dadurch nicht von einem Waffenkauf in Russland abhalten.

Das US-Außenministerium in Washington ließ verlauten, man halte die Verhängung von Sanktionen gegen alle Länder dieser Welt für möglich, die sich zum Erwerb des russischen Systems S-400 „Triumf“ entschlössen. Sprecherin Heather Nauert erklärte: „Wir sind dagegen, dass unsere Partner und Verbündeten auf der ganzen Welt S-400 kaufen.“ Und wogegen die USA sind, das wird unterbunden.

Dies geschieht, im Falle, dass Drohungen und Sanktionen zu keinem Erfolg führen, als letztes Mittel auch durch Gewalt. Nach einer Stellungnahme des Weißen Hauses befinden sich die USA derzeit mit 14 Ländern gleichzeitig im Krieg: mit Ägypten, Afghanistan, dem Irak, Jemen, Jordanien, dem Kosovo, Kuba, Niger, Somalia, Syrien, dem Tschad, Tunesien, Uganda und der Zentralafrikanischen Republik.

Natürlich ist die offizielle Liste der US-Kampfeinsätze nicht vollständig. Am Exempel Afrika ist zu sehen, dass sie deutlich erweitert werden muss. Das Magazin „Politico“ berichtet, dass seit mindestens fünf Jahren Green Berets, Navy SEALs und andere an Aufklärungs- und auch an „Direct Action“-Kampfangriffen mit lokalen Kräften auch in Kamerun, Kenia, Libyen, Mali und Mauretanien beteiligt sind. In Asien ist es vor allem Pakistan, das trotz Fehlens auf der offiziellen Liste das Ziel US-amerikanischer Bombenangriffe ist.

Im Dunkeln bleiben vor allem auch die an Zahl und Umfang wachsenden Einsätze privater Söldnerfirmen, nicht zuletzt die der bekanntesten: „Blackwater“. Obwohl diese Einsätze im Etat des Pentagon nicht erscheinen, ist die US-Regierung der bei weitem größte und treueste Kunde solcher Kriegsdienstleister. So wurden unter dem Präsidenten Barack Obama vor allem in Afghanistan US-Truppen, die abzogen, regelmäßig durch Söldner ersetzt.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Aus einer eher psychologischen Perspektive betrachtet der Professor von der Universität von Rhode Island Nikolai N. Petro das Phänomen: „Die Unfähigkeit, das Verhalten sogar der mickrigsten Länder zu ändern, muss für die Spitze der einsamen Supermacht der Welt enorm frustrierend sein. Dies führt, nicht überraschend, zu der Suche nach Möglichkeiten, dieses Gefühl des Scheiterns zu lindern und die Amerikaner von ihrer immerwährenden globalen Dominanz zu überzeugen.

Sanktionen passen perfekt. Erstens, weil sie als Alternative zum Krieg verkauft werden können. Gegner von Sanktionen können so je nach politischem Profil als Kriegshetzer oder Pazifisten dargestellt werden. Zweitens, da keine sinnvollen Maßstäbe für Erfolg oder Misserfolg diskutiert werden, liegt der Erfolg ganz im Auge des Betrachters.

Was auch immer geschieht, kann also auf Sanktionen zurückgeführt werden – wenn es der Regierung passt. Der Eifer, mit dem die Politik Sanktionen befürwortet, kann kaum beanstandet werden. Sie bieten den perfekten Ausweg aus der realen, aber mühsamen Welt der diplomatischen Verhandlungen.“

Das System „Drohung – Sanktionen – Krieg“, möglichst auf der ganzen Welt, ist gleichermaßen Mittel und Ziel der US-Außenpolitik. Im vergangenen Jahrhundert beendeten die USA nur einen einzigen Krieg nicht durch Vernichtung des Gegners, sondern durch Verhandlungen, und das war im Jahre 1975 der Vietnamkrieg. Doch das geschah nicht freiwillig, denn diesen hatten sie verloren. So hat sich, was die Außenkontakte Washingtons angeht, die Überzeugung verfestigt, dass diese nach Befehl und Gehorsam abzulaufen haben. Doch die Länder, die sich dem entgegenstellen, werden mehr, und es ist ein Ende dieser Ordnung abzusehen.

Denn je mehr Druck die USA auf andere Länder ausüben, umso leichter schließen sich diese zu einer Abwehrfront zusammen. Den Anfang machen dabei die starken Länder, was die gesamte Reaktion beschleunigt.

Geglückte Expansion

Visuell beeindruckend – Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg nach Umbau und räumlicher Erweiterung wiedereröffnet

Nach mehr als dreijähriger Schließung ist das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg wiedereröffnet worden. Die neue Dauerausstellung, die jetzt über ein zentrales Foyer von der Altstadt her zu erreichen ist, ist um das Flüchtlingselend nach 1945 sowie eine Deutschbaltische Abteilung erweitert worden.



Kluge Köpfe unter sich: Museumsleiter Joachim Mähnert stellt Kulturstaatsministerin Monika Grütters die Dichter und Denker Ostpreußens vor. Oben: Der neue Eingangsbereich des Landesmuseums

Bilder (2): tws

Kulturstaatsministerin Monika Grütters zeigte sich beeindruckt. „Das haben Sie auf den ersten Blick gut gemacht. Wirklich toll!“, lobte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien den Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Joachim Mähnert. Beim Rundgang durch das Museum am Eröffnungstag bewunderte sie die visuelle Umsetzung der Geschichte Ostpreußens und der Deutschen im Baltikum.

Grütters zeigte sich zufrieden, dass die 5,2 Millionen Euro, mit denen der Bund die Erweiterung und die Dauerausstellung unterstützt hat – weitere 1,8 Millionen Euro kamen vom Land Niedersachsen hinzu –, gut angelegt worden sind. Es musste auch viel unternommen werden, um vor allem die jüngeren Generationen davon zu überzeugen, dass die museale Darstellung des deutschen Ostens nichts mit rückwärtsgewandter Heimattümelei zu tun hat, sondern eine lehrreiche und spannende Angelegenheit sein kann.

„Ostpreußischen Boden“ betritt man in Lüneburg jetzt auch nicht mehr praktisch durch die Hintertür. Statt von einer kleinen Seitengasse kommt man jetzt von einer Straße von der Altstadtseite aus ins Museum. Dafür hat man ein denkmalgeschütztes Gebäude erworben, in dem sich jetzt unter anderem das Museumscafé befindet. Über einen Erweiterungsbau im Innenhof gelangt man in das zentrale Eingangsfoyer, von dem man Zugang hat zur Dauerausstellung mit den bewährten Dioramen mit ostpreußischen Naturszenen sowie auch zu den Sonderveranstaltungen und dem benachbarten Brauerei-Museum.

Die 17 in der Ausstellung aufgegriffenen Themen, die auf drei Ebenen von den Prußen über die Ordensritter bis hin zu Flucht und Vertreibung reichen, sind farblich voneinander abgegrenzt und tragen überhaupt ein besucherfreundliches Gewand. Das moderne Ausstellungskonzept mit Lernstationen für Kinder und mit Objekten zum Anfassen öffnet einem die Augen für die reichhaltige Archäologie, Kultur, Natur sowie für die Menschen eines schicksalsgebeutelten Landes.

Besonders emotional wird es beim Thema Flucht und Vertreibung. Als das Landesmuseum 1987 als Nachfolger des Ostpreußischen Jagdmuseums eröffnet wurde, durfte damals das Thema der Integration der Vertriebenen in die deutsche Nachkriegsgesellschaft aus politischer Räson nicht thematisiert werden. Die Geschichte Ostpreußens endete dort mit dem Jahr 1945.

Im Zuge der Vereinigung ist das nun zur Makulatur geworden. In Berlin ist eine ganze Dauerausstellung zu Flucht, Vertreibung und Aufnahme der Vertriebenen im 20. Jahrhundert geplant. In Lüneburg genügt ein Ausstellungsbereich mit realen Fluchtkarren, Koffern und dem Nachbau einer winzigen Nissenbehausung für eine ganze Familie, um den Schrecken und das Elend der Kriegsfolgen nachvollziehbar zu machen. „Gesehen habe ich das in dieser Form noch nie“, sagte eine sichtlich bewegte Grütters.

Der Höhepunkt und Grund für den ganzen Modernisierungsaufwand findet sich ganz am Ende: die Deutschbaltische Abteilung, um die das Museum erweitert und für die die Ausstellungsfläche um ein Viertel auf jetzt 2000 Quadratmeter vergrößert wurde. Hier ist zu erleben, wie die damals wohlhabende deutschsprachige Oberschicht im Baltikum gelebt hat und es ihnen mit Silberpokalen, kostbarem Tafelgeschirr sowie edlen Möbeln an nichts gefehlt hat. Mit ihrem Verschwinden aus dem Osten ging dem baltischen Raum auch ein unermesslich großer kultureller und geistiger Reichtum verloren.

Laut Direktor Mähnert sind aktuell insgesamt 1300 Exponate ausgestellt. Und doch machen diese nur etwa vier Prozent des gesamten Bestandes aus. Man kann sich vorstellen, welche Schätze noch in den Depots schlummern. Und das ist noch nicht das Ende. Da das Museum Stadt Königsberg in Duisburg schließen musste, hat man von dort die gesamte Sammlung einschließlich der weltweit größten Kant-Sammlung übernommen.

Um diese in bewährter moderner Form ausstellen zu können, ohne sich dabei den Anstrich eines Heimatmuseums geben zu müssen, will das Landesmuseum noch weiter räumlich expandieren. Für acht Millionen Euro will man auf dem Grundstück eine weitere Freifläche bebauen. Nachdem der Bund bereits zugesagt hat, zwei Drittel der Kosten zu tragen, willigte Niedersachsen ein, das restliche Drittel zu übernehmen. Die Eröffnung ist für 2024 geplant, wenn der 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant ansteht.

Staatsministerin Grütters kann zuversichtlich sein, dass Kant in Lüneburg in besten Händen ist. Zur aktuellen Realisierung der Ausstellung im Landesmuseum resümierte sie: „Das ist solide und besitzt einen Standard, den man sonst kaum zu sehen kriegt.“ Hier kann man ihr nicht widersprechen. *Harald Tews*

Das Landesmuseum in der Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, ist geöffnet von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 7 Euro. Telefon: (04131) 759950, Internet: www.ol-lg.de

Ein weiterer Höhepunkt am Eröffnungstag war ein Festessen mit geladenen Gästen in der Kronendiele des Ostpreußischen Landesmuseums. Bei seinem Grußwort betonte der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat, dass der Fortbestand des Ostpreußischen Landesmuseums nur durch eine starke Landsmannschaft auf Dauer gesichert wird. Der Sprecher erinnerte an die Zeit, als unter einer rot-grünen Bundesregierung versucht wurde, die Ostpreußische Kulturstiftung zu zerschlagen. Nur dem entschlossenen Entgegentreten des damaligen Sprechers der LO und Stiftungsratsvorsitzenden der Ostpreußischen Kulturstiftung, Wilhelm v. Gottberg, sei es zu danken, dass diese politisch motivierten Angriffe abgewehrt werden konnten. Grigat würdigte die herausragende Leistung von Dr. Mähnert und seinen Mitarbeitern bei der Neugestaltung des Museums. Die Reihe der Redner schloss mit Lorenz Grimoni, dem ehemaligen Leiter des aufgelösten Museums Stadt Königsberg in Duisburg, der betonte, dass viele Menschen das Museum in Duisburg vermissen.

Van Gogh im Blick

Der Maler Peter August Böckstiegel erhält ein eigenes Museum

Peter August Böckstiegel ist so etwas wie der Vincent van Gogh Westfalens. Er selbst war ein großer Verehrer des holländischen Malers, was man daran erkennt, dass er seinen Sohn auf den Namen Vincent taufen ließ. Jetzt wird am 31. August im Werther/Westfalen ein neues Museum eröffnet, in dem seinerseits Böckstiegel (1889–1951) als Vertreter des westfälischen Expressionismus groß verehrt wird.

Aufgewachsen in einer Leinenweber-Familie in Arrode, das heute zu Werther gehört, kam Böckstiegel erstmals 1909 im Museum Folkwang in Kontakt mit Werken van Goghs. Zu diesem Zeitpunkt besuchte der Maler- und Glasergeselle die neu gegründete Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Bielefeld. Hier war es sein Lehrer Ludwig Godewol, der das Talent seines Schülers erkannte und ihn förderte. Im Jahr 1910 entstanden erste datierte Bilder von Böckstiegel. Schon diese frühen Werke zeigen, dass er einen eigenen Stil entwickelte. Entscheidenden Einfluss auf das Werk des Künstlers hatte sein Besuch der Sonderbund-Ausstellung in Köln von 1912.

Diese Ausstellung versuchte, die Entwicklungsgeschichte der zeitgenössischen Kunst, oder wie es im Katalog hieß „vielumstrittene Malerei unserer Tage“, zu präsentieren. Gezeigt wurden Werke der „Väter der Moderne“, zu denen Paul Gauguin, Paul Cézanne und Vincent van Gogh zählten. Allein van Gogh war mit 107 Gemälden vertreten. Weitere Künstler, die gezeigt wurden, waren Pablo Picasso und Edvard Munch, dazu die Künstler der Brücke, des Blauen Reiters und die Rheinischen Expressionisten.

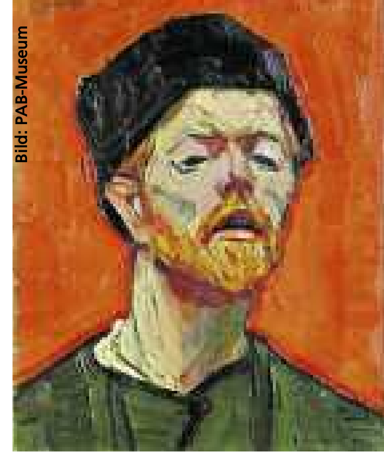


Bild: PAB-Museum

Als wäre es ein van Gogh: Selbstbildnis Böckstiegels

Der zu diesem Zeitpunkt 23-jährige Böckstiegel war fasziniert vom Schaffen van Goghs. Böckstiegel konnte gar nicht schnell genug von Köln zurück nach Arrode in sein Elternhaus reisen, um sich den Ideen zu widmen, die der Besuch der Ausstellung hervorgebracht hatte. Er schrieb: „Säle mit Werken der lodernden Flammenschrift van Gogh'schen Geistes. Die ruhige satte Haltung Gauguins, schwarzer tropischer Urwald, märchenhafte Stille und Schönheit ausstrahlend. Munchs nordische Geisterwelt, vom Lebensstrom getragen, Werden und Vergehen. Dämonischer, nordischer Spuk... Ein Orkan von unerhörter Macht und Fülle künstlerischer und geistiger Formung durchschauerte mich, trieb mich wieder nach Arrode zur Arbeit.“

Die Bilder Böckstiegels, die in den Folgejahren entstanden, zeigen die deutliche Prägung durch van Gogh. 1913 setzt der Künstler seine Ausbildung in Dresden fort. Die Stadt wurde zum Dreh- und Angelpunkt seines Schaffens. Bei der Bombardierung der Stadt im Februar 1945 wurde das Atelier Böckstiegels mit mehr als 1000 Werken zerstört. Er kehrte daraufhin mit seiner Familie zurück in sein Elternhaus nach Werther. Dort baute er das Haus aus, errichtete ein neues Atelier und wurde 1947 Erster Vorsitzender der Westfälischen Sezession.

Um dem Künstler besser gerecht werden zu können, wurde 2014 ein Antrag auf einen Anbau gestellt, der nun fertiggestellt ist. Ab Ende August werden dort weitere Meisterwerke von Böckstiegel dem Publikum zugänglich gemacht. *Stephanie Sieckmann*

Internet: www.museumpab.de

Bach am Lago Maggiore

Das Klassikfestival Settimane Musicali lockt Stars nach Ascona

Zum 73. Mal finden im Spätsommer und Herbst die Settimane Musicali di Ascona am Schweizerischen Ufer des Lago Maggiore statt. Eröffnet werden sie am 6. September von der Tonhalle Orchester Zürich unter der Leitung von Krystof Urbanski in der Kirche San Francesco von Locarno. Der Solist Daniel Müller-Schott spielt dabei Schumanns Konzert für Violoncello. Den Abschluss bildet Brahms zweite Sinfonie.

Programmatisch stehen die Festspiele aber ganz im Zeichen von Johann Sebastian Bach. Seit 2012 ist der Schweizer Pianist Francesco Piemontesi künstlerischer Leiter der Festspiele. Er selbst wird am 14. September einen Soloabend mit Werken von Bach und Schubert gestalten sowie am 24. September mit dem Kammerorchester Basel Mozarts Klavierkonzert KV 595 spielen.

Ein wichtiger Beitrag des breitgefächerten Programms ist die stete Mitwirkung von Ensembles aus der Schweiz. „Es ist uns ein großes Anliegen, unseren Besuchern ein internationales Programm auf höchstem künstlerischen Niveau zu präsentieren und zugleich ein Abbild der schweizerischen Musiklandschaft zu geben“, gab Piemontesi bekannt.

Dieses Jahr gastieren unter anderem der Blockflötist Maurice Steger, das Tonhalle Orchester Zürich und in zwei Konzerten das Orchestra della Svizzera italiana, mit dem die Settimane Musicali di Ascona eine langjährige Zusammenarbeit verbindet. Und mit Heinz Holliger tritt einer der wichtigsten lebenden Schweizer Komponisten in Ascona auf.

Zu den weiteren hochkarätigen Solisten und Ensembles der diesjährigen Ausgabe zählen Augustin Hadelich, Arcadi Volodos, Mahan Esfahani, Renaud Capuçon, das Mahler Chamber Orchestra und das Amsterdam Baroque Orchestra unter Ton Koopman.



Bild: 2017 Francesco Piemontesi

Sowohl Festivalleiter als auch Solist: Francesco Piemontesi

Die traditionsreichen Settimane Musicali di Ascona wurden 1946 gegründet und haben sich zum bedeutendsten Festival klassischer Musik in der italienischen Schweiz entwickelt. Die Festwochen bilden einen Bezugspunkt für das ortsansässige Publikum, locken aber zugleich Besucher aus ganz Europa in die pittoreske Landschaft am Lago Maggiore. Als Spielstätten dienen die beeindruckenden Kirchen Collegio Papio von Ascona und San Francesco von Locarno, die eine exzellente Akustik besitzen.

Der in Berlin lebende Schweizer Piemontesi gilt als neuer Stern am Pianistenhimmel. Musikkritiker preisen seine technische Brillanz und die Kultiviertheit seiner pianistischen Interpretationen. In dieser Saison konzertierte er mit weltbekannten Klangkörpern wie dem National Symphony Orchestra Washington, der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, dem Deutschen Symphonie-Orchester Berlin, dem Boston Symphony Orchestra und der Accademia Nazionale di Santa Cecilia von Rom. Diesen Sommer war er auch zu Gast bei den BBC Proms in London, beim Mostly Mozart Festival des Lincoln Center in New York sowie bei den Salzburger Festspielen.

Das hochkarätige Festival Settimane Musicali endet am 15. Oktober mit einer Aufführung von Verdis „Requiem“ in der Kirche San Francesco von Locarno. Programm und Tickets zu allen Veranstaltungen im Internet unter www.settimane-musicali.ch. *tws*

Italienische Bündnistreue 2.0

Wie im Ersten erklärte das Königreich auch im Zweiten Weltkrieg seinem deutschen Verbündeten schließlich den Krieg

Nach längeren Geheimverhandlungen vereinbarten die Westalliierten und Italien am 3. September 1943 einen Waffenstillstand, in dessen Folge Italien genau wie im Ersten Weltkrieg die Bündnispartner wechselte und seinem früheren Verbündeten Deutschland den Krieg erklärte.

Am 10. Juli 1943 landeten die 8. britische und die 7. US-Armee im Rahmen der „Operation Husky“ auf Sizilien und eroberten anschließend die gesamte Insel, ungeachtet des Widerstandes der deutschen und italienischen Verteidiger. Der Angriff erschütterte die Position des Duce del Fascismo (Führer des Faschismus) und Capo del Governo (Chef der Regierung) Benito Mussolini aufs Schwerste. Nach dem Verlust Palermos wandte sich der Große Faschistische Rat in Rom gegen ihn, woraufhin König Viktor Emanuel III. Marschall Pietro Badoglio am 26. Juli zum neuen Regierungschef berief. Angesichts zu erwartender weiterer Landungen der Alliierten auf dem italienischen Festland und erster anglo-amerikanischer Luftangriffe auf Rom stand für Badoglio fest, dass er dem Drängen Londons und Washingtons auf einen baldigen Waffenstillstand nachgeben müsse, sonst würde bald ganz Italien zum Schlachtfeld werden und dem Bombenterror ausgesetzt sein.

Um Gegenmaßnahmen zu verhindern, ließ die neue italienische Führung den deutschen Noch-Verbündeten über diese Absichten vorerst im Unklaren. So beteuerten hochrangige Abgesandte Roms auf den bilateralen Konferenzen von Tarvis und Bologna, nicht aus der Achse Berlin–Rom–Tokio ausscheren zu wollen. Zeitgleich versprach der italienische Botschaftsrat Blasco Lanza d'Ajeta di Trabia den Alliierten in Lissabon das Gegenteil.

Allerdings wusste die deutsche Seite vom doppelten Spiel der Italiener, weil es ihr am 29. Juli 1943 gelungen war, ein Funkferngespräch zwischen dem britischen Premier Winston Churchill und dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt abzuhören, in dem der bevorstehende Waffenstillstand mit Italien erwähnt wurde. Als Konsequenz hieraus erteilte das Oberkommando der Wehrmacht am 1. August vorsorgliche Weisungen für den Fall, dass Italien tatsächlich das Achsenbündnis verlässt. Zusätzlich wurden Truppen in den Norden des Königreichs Italien entsendet – letzteres noch mit Zustimmung Roms.

Kurz darauf begannen in Lissabon Sondierungsgespräche des italienischen Brigadegenerals Giuseppe Castellano mit den Generälen Walter Bedell Smith von den US- und Kenneth Strong von den britischen Streitkräften sowie dem US-Diplomaten George Kennan. Bei den Unterredungen ging es ausschließlich um die militärisch-technischen Modalitäten der Waffenruhe. Sie endeten am 24. August.

Daraufhin kehrte Castellano nach Rom zurück und der Generalmajor Giacomo Zanussi fand sich in Portugals Hauptstadt ein. Dem präsentierten die Alliierten ihre ausführlichen Bedingungen für den Waffenstillstand, wie sie gerade auf der sogenannten Quadrant-Konferenz in Québec von Roosevelt und Churchill formuliert worden waren. Unter anderem wurde jetzt auch die bedingungslose Kapitulation Italiens gefordert.

Daraufhin entschied sich Badoglio, der um den Fortbestand seiner Regierung und der Monarchie fürchtete, Zanussi und Castellano zu neuen Verhandlungen ins Lager der Alliierten zu entsenden. Diese Zusammenkunft kam auf Vermittlung der britischen und US-amerikanischen Botschafter im Vatikan, Francis D'Arcy Godolphin Osborne und Myron Charles Taylor, zustande.



Vor 75 Jahren an Bord der „Nelson“: Badoglio und Eisenhower (vorne, v.l.) Bild: akg images

Am 31. August 1943 trafen sich Zanussi, Castellano, Smith und Strong in Fairfield Camp, dem Hauptquartier der 15. alliierten Armeegruppe, das in dem Dorf Cassibile unweit von Syracus auf Sizilien lag. Dort versuchte Castellano eine Revision der Langfassung der Waffenstillstandsvereinbarung zu erreichen. Smith, seines Zeichens Stabschef des alliierten Oberbefehlshabers Dwight D. Eisenhower, verlangte jedoch ultimativ von den Italienern, sämtliche genannten Bedingungen bis zum 3. September zu akzeptieren.

Danach flog Castellano nach Rom zurück, um die politische und militärische Führung zu informieren. Während der anschließenden Beratungen am 1. September erklärte Außenminister Raffaele Guariglia, es führe wohl kein Weg daran vorbei, den Forderungen des Gegners nachzukommen. Genauso sah dies auch der König, bei dem Badoglio anschließend vorstellig wurde. Als Konsequenz hieraus ging ein Telegramm von Rom nach Cassibile, dass Italien die Bedingungen der Westmächte annehme.

Auch diese Nachricht konnte vom deutschen Geheimdienst aufgefangen und entziffert werden. Daraufhin liefen die unmittelbaren Vorbereitungen für die Besetzung Italiens und die Entwaffnung der Streitkräfte des Landes, der sogenannte Fall Achse, an. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass Badoglio nochmals heuchlerisch die Bündnistreue Roms gegenüber Berlin beschwor.

Castellano kehrte am 2. September 1943 nach Camp Fairfield zurück und unterzeichnete dort am Nachmittag des nächsten Tages im Auftrag Badoglios, der zunächst versucht hatte, seinen Namen aus der ganzen Sache herauszuhalten, die Kurzfassung des Waffenstillstandes, die nur zwölf Artikel über die Modalitäten der Einstellung der Kampfhandlungen enthielt. Im Anschluss unterschrieb Smith für Eisenhower, während mehrere britische und US-amerikanische Militärs und Diplomaten als Zeugen fungierten. Mit der öffentlichen Bekanntgabe der Existenz der Waffenstillstandsvereinbarung im Radio wurde bis zum 8. September gewartet, um das Anlaufen der deutschen Gegenmaßnahmen hinauszuzögern. Am 29. September 1943 folgte die Signierung der Italiens Kapitulation beinhaltenden Langfassung der Waffenstillstandsvereinbarung mit ihren 44 Artikeln durch Eisenhower und Badoglio höchstpersönlich. Schauplatz dieses Aktes war das britische Schlachtschiff „Nelson“, das vor Malta ankerte. Danach dauerte es nicht mehr lange, nämlich bis zum 13. Oktober, und Italien erklärte Deutschland den Krieg. Daraufhin erkannten die Alliierten dem Königreich den Status eines „Mitkriegführenden“ zu.

Nach der Verkündung des Waffenstillstandes am 8. September handelte die deutsche Seite wie geplant. Zum Ersten besetzte die Wehrmacht zwei Tage darauf Rom, wobei es Badoglio und der königlichen Familie gerade noch rechtzeitig gelang, zu fliehen. Zum Zweiten wurden bis zum 21. September über 400 000 italienische Soldaten durch einrückende deutsche Verbände entwaffnet beziehungsweise gefangen genommen. Und zum Dritten befreiten Fallschirmjäger den abgesetzten Mussolini aus seiner Haft im Gran-Sasso-Massiv. Der gestürzte Regierungschef des Königreiches Italien wurde nun noch einmal kurz zum Staats- und Regierungschef eines neugeschaffenen Gegenstaates, der Repubblica Sociale Italiana (Italienische Sozialrepublik).

Wolfgang Kaufmann

Mit München waren die Putschpläne obsolet

Während der Sudetenkrise wollten manche Deutsche Hitler lieber stürzen, als es zu einem Zweiten Weltkrieg kommen zu lassen

Als in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1938 die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien ihre Unterschrift unter das Münchener Abkommen setzten, war damit faktisch nicht nur der Untergang des tschechoslowakischen Kunststaates, sondern zugleich auch das vorläufige Ende einer seit Monaten andauernden geheimen Kabale besiegelt. An der Spitze dieser zunächst unentdeckt gebliebenen Verschwörung standen zahlreiche deutsche Offiziere.

Ihr Ziel war es, Adolf Hitler zu beseitigen und das nationalsozialistische Regime noch vor dem Beginn eines möglichen Krieges zu stürzen. Die Konzessionen, welche die Alliierten auf der Konferenz von München gegenüber der deutschen Staatsführung machten, sollten diese Pläne schließlich zum Scheitern verurteilen. Bis heute undurchsichtig ist, was die Westmächte von der Septemberverschwörung innerhalb der deutschen Generalität wussten und warum sie den beabsichtigten Sturz Hitlers nicht unterstützten.

Bekannt ist, dass es über die gesamte Dauer des Dritten Reiches hinweg zahlreiche Kontakte zwischen Angehörigen des militärischen Widerstandes gegen die Nationalsozialisten und Regierungsstellen der Franzosen, US-Amerikaner und Briten gab. Besonders intensiv waren diese im Zusammenhang mit der Sudetenkrise, die dem Münchener Abkommen vorausging.

Noch beflügelt von dem gelungenen Anschluss Österreichs im März 1938, ließ Hitler unter dem Codenamen „Studie Grün“ ab April erste Planspiele von der Wehrmacht erarbeiten, die auch die Option der militärischen Zerschlagung des tschechoslowakischen Vielvölkerstaates einschlossen. Dieser hatte sowohl einen Beistandspakt mit der Französischen Republik als auch mit der Sowjetunion geschlossen und verfügte zu der damaligen Zeit über eine der bestausgerüsteten Armeen Europas. Im Falle eines Konfliktes mit Frankreich drohte dem Deutschen Reich damit unausweichlich ein Zwei-Fronten-Krieg.



Bild: Bundesarchiv, Bild 146-1980-033-04 / CC-BY-SA 3.0

Ludwig Beck

Hitlers Pläne stießen auf erheblichen Widerstand unter den führenden Militärs. Diese sahen die Wehrmacht nur unzureichend für einen neuen Krieg gerüstet. Bei einem Stabstreffen der kommandierenden Generäle am 4. August 1938 herrschte Einigkeit darüber, dass ein militärischer Konflikt mit den Westmächten in einer Katastrophe für Deutschland münden müsse. Dennoch gelang es General Ludwig Beck, Generalstabschef des Heeres und einer der Köpfe der Verschwörung gegen Hitler, nicht, seine Kameraden für einen geschlossenen Rücktritt zu gewinnen, sollte der Diktator den Angriffsbefehl gegen die Tschechoslowakei auslösen. Beck wusste, dass die Position der Opponenten gegen das Regime innerhalb des Militärs zu Beginn des Jahres 1938 erheblich geschwächt war, nachdem Kriegsminister Werner von Blomberg wegen der Hochzeit mit einer vormaligen Prostituierten aus dem Amt entlassen worden und der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner von Fritsch, wegen angeblicher Kontakte in das Homosexuellenmilieu seinen Rücktritt hatte einreichen müssen. Beide Generäle galten als konservative Widersacher Hitlers.

Die Verschwörer um Beck verfolgten daher eine Doppelstrategie. Durch geheime Kontakte zu den Westmächten sollten diese dazu bewogen werden, den diplomatischen und militärischen Druck auf das Deutsche Reich zu erhöhen, um Hitler schließlich zum Einlenken in der Sudetenfrage zu zwingen. Sollte dies nicht funktionieren, sollte die alliierte Drohkulisse zumindest dazu dienen, die bislang loyalen Teile des Offizierkorps aus Sorge um eine drohende militärische Niederlage in die Reihen der Umstürzler zu treiben und so die Chancen für einen Putsch zu steigern.

Anlässlich eines offiziellen Besuches in Paris im Juni 1938 offenbarte Beck Hitlers Pläne erstmals dem britischen Militärattaché, der sie sofort an das Außenministerium in London weiterleitete. Bei dieser Gelegenheit klärte der deutsche Offizier den englischen Diplomaten auch über den Widerstand innerhalb der deutschen Generalität auf.

Ein weiterer bedeutender Emissär war der vormalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler und Reichskommissar für Preisüberwachung. Getarnt als Handelsvertreter für den ebenfalls in Opposition zu Hitler stehenden Industriellen Robert Bosch hatte Goerdeler den Staatssekretär im britischen Außenministerium Robert Gilbert Vansittart bereits ein Jahr zuvor, im Juli 1937, zu insgesamt drei Unterredungen getroffen. Bei dieser Gelegenheit plauderte der Verschwörer auch Geheimnisse der deutschen Rüstungsindustrie aus. Vansittart, der Zeit seines politischen Wirkens, ein erklärter Gegner Deutschlands war, hielt Goerdeler für absolut glaubwürdig. Er fasste seine Kenntnisse über die prekäre wehrwirtschaftliche Lage Deutschlands und die Konspiration innerhalb des Offizierkorps der Wehrmacht in einem Memorandum an das britische Kabinett zusammen und plädierte zugleich dafür, die Putschisten zu unterstützen. Doch sein Papier gelangte nie auf den Kabinettstisch. Außenminister Anthony Eden, der ein Kritiker der Annäherung an Deutschland und an das faschistische Italien war, hielt es aus bis heute ungeklärten Gründen zurück. „Von Eden unterschlagen“, notierte Vansittart schließlich resignierend auf seinem Entwurf.



Bild: Familie Goerdeler und die Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung

Carl Goerdeler

Gleichwohl trieb auch er ein doppeltes Spiel. Während er einerseits bei jeder Gelegenheit für einen harten Kurs gegen Deutschland eintrat, versicherte er Konrad Henlein, dem Führer der von Berlin gesteuerten Sudetendeutschen Partei, bei zwei Treffen in London in den Jahren 1937 und 1938, dass im Falle eines Anschlusses der sudetendeutschen Gebiete an das Reich nicht mit einer militärischen Intervention der Westmächte zu rechnen sei. Henlein berichtete hierüber umgehend an Hitler und bestärkte diesen damit darin, eine möglichst unnachgiebige Position in der Sudetenfrage einzunehmen.

Auch Goerdeler hatte in seinen Unterredungen mit britischen Geschäftsträgern dafür plädiert, die deutsch besiedelten Gebiete aus dem tschechoslowakischen Staatsverband herauszulösen und dem Reich anzugliedern. Dies löste erhebliches Misstrauen in London aus. Die Briten wollten keinen Staatsstreich gegen Hitler unterstützen, nur um sich dann einer deutschen Regierung gegenüberzusehen, die ebenfalls aktiv an der Rückgewinnung deutschen Siedlungsraumes arbeitet. Mit dem Abschluss des Münchener Abkommens und dem Triumph Hitlers zerfiel der Widerstandskreis um Beck und Goerdeler weitestgehend.

Dirk Pelster

Auf der Flucht getrennt, verzweifelt gesucht

Die Suchdienste waren die letzte Hoffnung vieler vertriebener Menschen

Am 13. September vor 70 Jahren meldete sich zum ersten Mal der Suchdienst des RIAS. Er machte Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten Hoffnung, verschollene Angehörige wiederzufinden.

Vor der anrückenden Roten Armee traten Millionen Ostdeutsche die Flucht an. Die deutsche Kriegsmarine organisierte hierfür eine Evakuierung über die Ostsee in die noch von der Wehrmacht gehaltenen westlichen Küstengebiete. Viele Transporte endeten in Flensburg, dem deutschen Regierungssitz nach dem Fall von Berlin. In der Förde ankerten an die 250 Schiffe, Ausflugsdampfer, Fischerkähne, Barkassen und Kriegsschiffe, vollgestopft mit Flüchtlingen aus Pommern und Ostpreußen. Erschöpft und verzweifelt lagerten die Vertriebenen unter katastrophalen hygienischen Bedingungen an Bord oder in Notquartieren an Land.

Schlimmer als die Vertreibung aus der Heimat war für viele der Verlust ihrer Angehörigen. Im panischen Ansturm auf die Schiffe, der Donner der russischen Panzergeschütze kam immer näher, wurden Kinder von den Händen ihrer Mütter gerissen und Familien getrennt. Wer nicht das sichere Schiff erreichte, blieb zurück. Das Leid der Angehörigen dokumentierten die Hauswände, Litfaßsäulen und Laternenmasten in Flensburg. Sie waren gepflastert mit Suchmeldungen.

Mit den Schiffen kamen auch Soldaten von der Ostfront. Unter ihnen waren die Offiziere Helmut Schelsky und Kurt Wagner. Sie erfuhren, dass das Deutsche Rote Kreuz (DRK), das nach dem Ersten Weltkrieg einen Suchdienst organisiert hatte, nicht mehr existierte. Als in der NS-Zeit gleichgeschaltete Organisation wurde das DRK von den Siegermächten mit Argwohn betrachtet. Schelsky und Wagner beschlossen, in Eigeninitiative einen Suchdienst aufzubauen, den „DRK Flüchtlingshilfswerk Ermittlungsdienst“. Die beiden legten unterstützt von Helfern zahllose Listen mit Namen von Gesuchten und Suchenden an. Die Flüchtlinge standen stundenlang Schlange, um sich registrieren zu lassen. Aber es gab nicht genug Papier. Die „Flensburger Gruppe“, wie sich Schelsky und Wagner nannten, schnitten aus alten Kartons Karteikarten aus. Hilfe kam von einer Firma, die ihnen fünf Tonnen Karteikarten überließ. Damit konnten sie zwei Karteien anlegen, eine für die Suchenden und eine für die Gesuchten. Das System nannte sich „Begegnungsverfahren“. Tauchten dieselben Namen auf und stimmten die Angaben überein, war es ein Treffer.

Das Flensburger Modell wurde von den noch vorhandenen DRK-Kreisverbänden in Westdeutschland übernommen. Die Dienstelle in Hamburg suchte nach verschollenen Zivilisten, eine zweite in München nach ehemaligen Wehrmachtsoldaten. Die Vier-Sektoren-Stadt Berlin blieb außen vor. Die Westmächte und die Sowjets konnten sich nicht auf den Standort eines Suchdienstes einigen. Am 30. Juli 1947 richteten die Amerikaner in Berlin-Dahlem eine Suchzentrale ein.

Bereits seit 1946 sendete der RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) Informationen für die Berliner. Da keine terrestrischen Anlagen existierten, wurden die Telefonleitungen genutzt. Sendezentrale war das Fernmeldeamt in der Winterfeldtstraße im Bezirk Schöneberg. Plakate warben für den „Rias auf Draht“. Direktor und Kontrolleur war William F. „Bill“ Heimlich. Er war Geheimdienstoffizier, hatte als Student bei der Radiostation der Ohio State University gearbeitet und empfahl sich so für diese propagandistisch wichtige Aufgabe. Heimlich nahm den DRK-Suchdienst ins Programm. Zehntausende saßen an den Rundfunkempfängern, als zum ersten Mal die Ansage der „Freien Stimme der freien Welt“ erklang: „Hier meldet sich der Suchdienst des RIAS Berlin.“ Langsam, zum Mitschreiben, verlas der Sprecher eine Vermisstenmeldung nach der anderen. Hinter den kargen Sätzen verbargen sich leidvolle Schicksale: „Gesucht wird Rosemarie Krämer von ihrem Bruder, sie wurde zum letzten Mal in der Swinemünder Färberstraße gesehen.“ „Gesucht wird Helene Müller aus Rastenburg in Ostpreußen. Wer weiß, wo sie sich jetzt befindet?“ „Gesucht werden Mutter und Geschwister von Hans Neumann, Königsberg in Ostpreußen. Sie haben sich während des Evakuierungstrecks verloren.“

Der Sender strahlte auch in den Ostsektor aus. 1949 verbot die DDR ihren Bürgern das Hören der „Propagandasendungen des politischen Gegners“. Der RIAS und die von den Briten in Hamburg gegründete Rundfunkstation („Here is Radio Hamburg“), später der Nordwestdeutsche Rundfunk mit seinem Generaldirektor Adolf Grimme, blieben die wichtigsten Instrumente bei der Suche nach Verschollenen. Der RIAS strahlte 15 Jahre lang in 2292 Sendungen Suchmeldungen aus. Rund 7000 Personen konnten gefunden werden.

Das 1950 neu gegründete Deutsche Rote Kreuz übertrug Wagner die Leitung seines Suchdienstes. Mit Fotosammlungen, Plakaten mit den Bildern vermisster Kinder und in den Medien wurde die Ermittlung perfektioniert. Die Zeitungen der Landsmannschaften druckten seitenweise Suchmeldungen ihrer Leser ab. Das Schicksal von mehr als 17 Millionen Menschen konnte so geklärt werden.

Abgesehen von diesen Verdiensten um die Suche nach Vermissten entwickelte sich Schelsky in der Nachkriegszeit zu einem der bekanntesten und bedeutendsten Soziologen der Bundesrepublik. Der konservative Denker setzte sich kritisch mit der 1968er Generation und linksorientierten Ideologen auseinander und wurde deshalb heftig angefeindet. Seine Verdienste um die Vertriebenen kennt kaum jemand. *Klaus J. Groth*



Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes: Dienststelle in München — Bild: Ullstein

Die »innere« Einheit Deutschlands?

Wem die deutsche Vereinigung zu verdanken ist

Bald ist es drei Jahrzehnte her, dass die staatliche deutsche Vereinigung erfolgte. Zu einer inneren Einheit indes kam es bisher nur bedingt. Gerade in jüngster Zeit mehren sich die Stimmen von Menschen, die damals die DDR-Diktatur bekämpften und heute den Westen überaus kritisch sehen.

Nach dem Fall der Mauer spielten sich bundesdeutsche Politiker wie Egon Bahr oder Joschka Fischer, die noch wenige Monate zuvor die Wiedervereinigung verteufelt hatten, nunmehr als die Helden der Einheit auf. Ex-Kanzler Helmut Schmidt bezeichnete sich vor dem Bonner Verein der Auslandspresse ebenso wahrheitswidrig als einziger Politiker, der die Entwicklung vorausgesehen habe.

Zur Bekräftigung dieser neuen Haltung wurde stets das Wort Willy Brandts zitiert, gemäß dem nun zusammenwachse, was zusammengehöre. Indes war damit keineswegs die deutsche Einheit gemeint. Noch am 6. Dezember 1989 wünschte sich der vormalige Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende in der Marienkirche Rostocks „eine neue Art von deutschem Bund“. Eine Wiedervereinigung könne er sich nur schwer vorstellen.

Große Verbitterung löste das Auftreten der sogenannten Wessies in der Ex-DDR aus, als seien sie die Sieger der Geschichte. Hatten die sogenannten Ossies in ihrer gutgläubig-sehnsüchtigen Haltung eine herzliche Umarmung ihrer Landsleute aus dem Westen erhofft – die es in den ersten Stunden nach dem Mauerfall auch tatsächlich gab –, so blieb die Haltung der Westdeutschen zumeist hölzern. Bald fragte sich die Bevölkerung in den sogenannten neuen Ländern, was bei denen in den „alten“ stärker ausgeprägt sei – deren Arroganz oder deren Ignoranz.

Im Westen hieß es, die „wirklichen Gründe“ der Vereinigung seien „die Beharrlichkeit und Opferbereitschaft der Westdeutschen und Westberliner, ein entscheidender Faktor war der unbeirrbare Glaube der Mehrheit der Deutschen in Westdeutschland in die Wiedervereinigung“. In typischer Selbstgerechtigkeit wurde nicht selten verlangt, den neuen Politikern in Mitteldeutschland „westliche Freiheitswerte“ beizubringen, bevor diese in wichtige Positionen kämen. Waren sie, die für die Freiheit und Einheit Deutschlands kämpften, politische Untermenschen? Ein CDU-nahes Zentrum in Königswinter sah die Ursache der Vereinigung im westdeutschen Rechtsstaat und seiner Wirtschaftskraft, als hätten die Menschen in der DDR überhaupt nicht existiert.

Symptomatisch ist die im Sommer 2009 in den Medien groß betriebene Kampagne „60 Jahre Deutschland“. Gemeint war wohl die so lange Existenz der Bonner Verfassung, die indes nur im Westen galt. Die Bundesrepublik war niemals mit Deutschland gleichzusetzen, sie war lediglich ein Teil. Menschen der Ex-DDR werden auch heute noch oftmals als Staatsbürger zweiter Klasse und flächendeckend als Stasi-Spitzel verdächtigt. Immer noch denkt jeder zweite Deutsche in den Kategorien Ost und West.

Die Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes behaupten auch heutzutage, lediglich im Einklang mit der DDR-Verfassung gehandelt zu haben. Ihre Namensnennung in der Öffentlichkeit, klagen sie vor Gericht, verletze ihr Persönlichkeitsrecht. Sie hätten das Recht „in gewählter Anonymität zu bleiben“. Völlig unverständlich bleibt, dass von den 91000 Stasi-Angehörigen lediglich 33 Offiziere verurteilt wurden – in der Regel zur Bewährung. Nur ein einziger musste die Gefängnisstrafe antreten. Bei den Mauerschützen gab es 3000 Ermittlungsverfahren, doch nur bei 331 kam es zu einem Urteil – von denen 100 Freispruch lauteten. Große Nachsicht wurde auch gegenüber den vielen Bundesbürgern gewährt, die für die DDR spioniert hatten. Lediglich 31 gingen ins Gefängnis. Im Laufe der Jahre entwickelte sich die persönliche Verstrickung in diese Diktatur zum Kavaliersdelikt. Bereits vor Jahren wurden in den Landesverwaltungen jener „neuen Länder“ über 17000 Hauptamtliche der Stasi eingestellt. Sogar der Bund übernahm fast 2600 Stasi-Mitarbeiter. Wen überrascht es noch, wenn bei der Berechnung ihrer Altersbezüge einstige Systemträger ihre Unterdrükker-Tätigkeit inzwischen als Lebensleistung anerkannt bekommen. Das Bundesverfassungsgericht glaubte, ihre bisherigen Luxus-Renten unter den Eigentumsschutz der Westdeutschen stellen zu müssen.

Erst 18 Jahre nach der Vereinigung interessierte sich das gesamtdeutsche Parlament für eine Sonderrente für politische DDR-Häftlinge. Das Ergebnis ist, dass der deutsche Staat alljährlich vier Milliarden Euro für DDR-Staatsdiener zahlt, davon 212 Millionen für frühere Stasi-Angehörige, und 70 Millionen Euro für die 48000 Empfänger jener Opferrente. Es ist unvorstellbar, aber Tatsache: Wenn jemand im Zuchthaus Bautzen zehn Jahre als Wärter tätig war und politische Häftlinge drangsalierte, erhält er eine höhere Rente, als wenn man dort 20 Jahre in politischer Haft einsaß. Man hatte weltfremdes Bundesrecht erhalten, die erhoffte Gerechtigkeit gab es nicht.

Die Männer und Frauen, die im Widerstand waren und einer Verhaftung entgingen, erhielten weder von Bonn noch von Berlin bis heute auch nur ein einziges Wort des Dankes. Jedes Land der Welt hätte jenen Menschen, die für die Freiheit ihr Leben einsetzten, geehrt – in Deutschland blieb bisher jegliche Würdigung aus.

Es waren auch nicht die Bürgerrechtler, die das Ende der DDR-Diktatur herbeiführten. Ihr Ziel war nicht die Einheit, sondern eine reformierte, menschenfreundlichere DDR – letztlich eine Utopie. Ihnen indes ist zu verdanken, dass die Menschenmassen mobilisiert wurden.

Entscheidend waren die 70000 Demonstranten am 9. Oktober 1989 in Leipzig, die trotz aller Androhungen der bewaffneten DDR-Truppen mit ihrem Ruf „Wir sind das Volk!“ auf die Straße gingen und erstmals die Stasi und die verschiedenen Polizeieinheiten zwangen, vor dem Volk zurückzuweichen. Diese Stunden waren der Beginn des Endes der DDR. Bezeichnend für das Unwissen des Bonner Bundeskanzleramtes über die dortige Bevölkerung war sein Anruf am nächsten Tage bei der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND), ob es sich bei jenen Demonstranten um westdeutsche Neonazis gehandelt habe.

Die DDR allein von außen zu verstehen, ist offenbar nahezu unmöglich. Dafür wären noch sehr viele Erkenntnisse erforderlich, die man vielleicht gar nicht haben will. In selten selbstkritischer Art hieß es Mitte April dieses Jahres in einem Leserbrief einer West-Berliner Zeitung: „Vermutlich können nur die Ostdeutschen nachvollziehen, was es bedeutet, mehr als 40 Jahre lang ein erzwungenes Leben zu führen. Uns Wessis fehlt dafür jedes Gespür. Und wie lange es dauert, bis die Wunden verheilt sind, falls es dazu kommt“.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

PAZ-Autor Friedrich-Wilhelm Schlomann wird 90
Lebensstationen im Ticker

5.8.1928 Geburt +++ 1945 Eintritt in die Wehrmacht +++ 26.4.1945 Abschuss eines T-34 und Verwundung durch 30 Granatsplitter +++ 5.5.1945–1.7.1945 Britische und US-amerikanische Kriegsgefangenschaft +++ 7.7.1945 Heimkehr nach Schwerin +++ 2.1.1946 Eintritt in die CDU +++ 17.6.1948 Abitur und anschließende Aufnahme eines Jurastudiums in Rostock +++ 1950 Verhaftung nach widerständiger Arbeit und Flucht nach West-Berlin +++ Herbst 1950 Fortsetzung des Studiums an der Universität Freiburg im Breisgau +++ 1954 Erstes juristisches Staatsexamen in der Bundesrepublik +++ 1956 Erstes juristisches Staatsexamen in der Schweiz und Promotion +++ 1959 Zweites juristisches Staatsexamen vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart und Aufnahme einer Beschäftigung im Bereich des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen +++ 1961–1970 Wissenschaftlicher Angestellter in der Psychologischen Kampfführung der Bundeswehr +++ 1970–1992 Angestellter im Abhördienst der „Deutschen Welle“+++ ab 1992 Gastvorlesungen an der Universität Zürich und Tätigkeit als Artikelautor, unter anderem für die *PAZ*



Bild: imago

Moment der Woche

Der Jungschauspieler Jimmy Bennett hat der erfahrenen Kollegin Asia Argento vorgeworfen, ihn vor fünf Jahren, als er 17 war, sexuell missbraucht zu haben. Pikant: Argento hat nahezu zeitgleich, als sie sich zur Galionsfigur der „MeToo"-Bewegung gegen sexuellen Missbrauch von Frauen machte, 380000 US-Dollar Schweigegeld an den heute 22-Jährigen gezahlt.

Die öffentlichen Reaktionen auf „MeToo" waren überschäumend. Zahlreiche Frauen weltweit meldeten sich, um von ähnlichen schlimmen Erfahrungen zu erzählen, die Medien stiegen ganz groß ein.

Täter und Opfer falsch verteilt

Dagegen fällt das Echo auf die Vorwürfe gegen Argento recht dürftig aus. Offensichtlich ist es nicht die Tat, die eine Medienlawine lostritt, sondern die „richtige" Verteilung der Rollen von Täter und Opfer. Entspricht diese nicht politisch korrekten Vorgaben, wird es auf einmal still. Dies erhärtet den Verdacht der Heuchelei. *H.H.*

Keine Zeit mehr für Martin

Ein Jahr nach dem Wahlflop ist SPD-Kanzlerkandidat Schulz nahezu völlig verschwunden

Die „Zeit für Martin"-Anstecker wurden im SPD-Bundestagswahlkampf des Jahres 2017 ein Renner. Die Gummibärchentüten waren seltsamerweise weniger gefragt, vielleicht lag es auch daran, dass das darauf abgedruckte Konterfei des Spitzenkandidaten nicht sonderlich appetitanregend wirkte.

Aber die Anstecker! Die in plumper Genossen-Manier auf Geduze und Vornamen setzende Strategie brachte zumindest eine Reihe anderer „Martins" und deren Freunde in den Besitz eines als Scherzartikel nutzbaren Wahlkampfprodukts.

Zum Scherzartikel abgestiegen

Dass Martin Schulz wirklich Bundeskanzler werden würde, dürften, abgesehen von ihm selbst, höchstens härtestgesottene Jusos geglaubt haben. Dessen inszeniert-kometenhafter Aufstieg in der deutschen Politik – mit 100 Prozent zum SPD-Vorsitzenden gewählt, bereits im Vorfeld war der rote Teppich für die Spitzenkandidatur ausgerollt worden – verdaute auch das eine oder andere Altmitglied nur schwer. Ob der Kakamaschu (KAnzlerKAndidat MArtin SCHUulz – eine nur schwer zu übertreffende Wortkreation von Manfred Haferburg) überhaupt so richtig mitbekommen hat, was da über ihn hereingebrochen war? Aber dass Schulz in einer Art Verpuffung ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl aus der politischen Wahrnehmung nahezu völlig verschwunden ist und ihm bislang auch kein Trostposten zugestanden wurde, ist mehr als erstaunlich. Spricht man gegenwärtig von „Schulz", sieht man sich sogar schon ab und an mit der Nachfrage „Wer?" konfrontiert.

Politiker, die mit Beifall und Getöse Anlauf genommen haben, als „Hoffnungsträger" galten und dann am Wahltag doch deutlich unterlegen waren, gab und gibt es immer wieder. Aber hinsichtlich der Sprünge und Diskrepanzen ragt er heraus, der Martin Schulz.

Ein Europafunktionär, von dem man außer Worthülsen und seinem exorbitanten Gehalt wenig wusste. Erheblichen Kult betrieb er um seinen spätjugendlichen Alkohol-Absturz und seinen sich daran anschließenden Aufstieg „von unten". Dann kam – sichtlich nach seinem Geschmack – die ihm übergestülpte Messias-Rolle für die deutsche Sozialdemokratie. Doch dann bescherte er seiner Partei das schlechteste Wahlergebnis der deutschen Nachkriegszeit, 20,5 Prozent. Guido Westerwelle wollte seinerzeit mit dem viel belächelten „Projekt 18" diese Prozentzahl für seine FDP erreichen. Dies schien auch Schulz für die SPD anzusteuern, nur von der anderen Seite, nicht auf 18 Prozent hoch, sondern runter. Es wurde nur knapp verfehlt.

Als die „Große Koalition", deren abermaliges Zustandekommen Schulz unmittelbar nach der Wahl trotzig für unmöglich erklärt hatte, beschlossen wurde, war er immerhin noch SPD-Chef. Am Ende wollte ihn jedoch niemand mehr für gar nichts. Selbst das von ihm initiierte „Vererben" des Parteivorsitzes auf Andrea Nahles rief sozialdemokratischen Unmut hervor, auch wenn die von Schulz eingesetzte Kandidatin bestätigt wurde, allerdings nur mit zwei Dritteln der Stimmen. Beim Sesselverteilen blieb Schulz nur der einfache Abgeordnetensitz.

Nicht unkritisch, aber deutlich um Verständnis für seinen Protagonisten bemüht, ist das von dem Journalisten Markus Feldenkirchen verfasste Reportage-Buch „Die Schulz-Story. Ein Jahr zwischen Höhenflug und Absturz". Doch nicht einmal Feldkirchen gelingt es, Schulz anders als hilflos aussehen zu lassen, „das Sinnbild des modernen, nervösen Menschen, der sich von Erregung zu Erregung treiben lässt". Hätte er sich in seinen Bestrebungen nicht so anmaßend vergriffen, könnte man sagen: Er wirkt mitleiderregend. „Entweder du killst ihn, oder er killt dich", so Andrea Nahles in weiser Voraussicht zu Schulz über Sigmar Gabriel im Frühjahr 2017.

Viel spricht dafür, dass Gabriel Schulz als Spitzenkandidat vorschob, im Wissen, dass er im Herbst 2017 gegen Angela Merkel kaum eine Chance hatte, um dann bei der nächsten Runde anzutreten. Gefallen sind letztlich beide.

Sinnbild des modernen, nervösen Menschen

Im Kampf um den Prestigeposten als Außenminister lachte als Dritter Heiko Maas. Und Andrea Nahles führt die deutsche Traditionspartei SPD weiter konsequent in Richtung Abgrund.

In einer seiner seltenen öffentlichen Äußerungen der vergangenen Monate titulierte Schulz Markus Söder als „Rechtspopulisten". Auch das klingt bei ihm nach einer einstudierten Phrase. Ob Schulz' Zurückhaltung wirklich Teil des Preises für eine erneute Position in Brüssel im kommenden Jahr ist? Für einen erfolgreichen Leistungsträger seines Kalibers sicher eine hervorragende Idee. *Erik Lommatzsch*

Der böse Schatten der »Guten«

Alle reden über ihn, aber was will er wirklich, was treibt ihn an? Betrachtungen über den »Gutmenschen«

Dem einem erscheint er als Ideal des geläuterten Bürgers, dem anderen ist er der der Inbegriff von Heuchelei, Überheblichkeit und Selbstbetrug. Was treibt den „Gutmenschen" an?

Bekanntlich ist der Weg zur Hölle mit guten Absichten gepflastert. Meist ruft man sich dieses Sprichwort am Beginn eines Jahres in Erinnerung, nachdem man sich von den ersten guten Vorsätzen der Silvesternacht bereits verabschiedet hat. Doch die bekannte Volksweisheit gewinnt auch in einem anderen Zusammenhang an Bedeutung. Nicht selten führt das gut Gemeinte erst dazu, dass sich eine Situation drastisch zum Schlechten wendet.

Man denke nur an die Abermilliarden, die jährlich für Entwicklungshilfe fließen, an die grenzenlose Duldsamkeit, die deutsche Gerichte gegenüber Straftätern walten lassen oder an die zahllosen pädagogischen Programme, mit denen vermeintlich Benachteiligte aller Coleurs in die Gesellschaft zu integrieren versucht werden. Sie erweisen sich oftmals nicht nur als völlig wirkungslos und rufen den Undank der so umgarnten Zielgruppe hervor, sondern nicht selten steht am Ende ein Ergebnis, welches das genaue Gegenteil dessen ist, was man mit seinem Wohlwollen ursprünglich zu erreichen suchte: Funktionierende ökonomische und soziale Strukturen in Entwicklungsländern werden zerschlagen, die Kriminalität steigt und die gesellschaftlichen Gräben werden vertieft.

Die Gründe, warum man mit Permissivität und gutem Willen allein keine Probleme lösen kann, sind vielfältig. Die viel interessantere Frage ist aber, warum es in westlich geprägten Staaten dennoch immer wieder und wieder versucht wird. Verantwortlich hierfür ist vor allem der Umstand, dass die derzeit bestimmenden gesellschaftlichen Eliten nicht mehr willens und in der Lage sind, auf Basis der realistischen Einschätzung eines Problems, seiner Ursachen sowie der vorhandenen Lösungskapazitäten eine angemessene Bewältigungsstrategie zu entwickeln.

Stattdessen findet eine Bewertung von Missständen heutzutage nur noch innerhalb der von der Political Correctness vorgegebenen Denkschablonen statt. Die eigentlichen Probleme werden nicht gesehen, deren Ursachen umgedeutet und schließlich kommen völlig untaugliche Mittel zum Einsatz.

Warum sich die Leitplanken der Political Correctness so schwer durchbrechen lassen, erklärt sich heute überwiegend aus der Angst vor persönlichen Nachteilen. So berichten viele Polizisten über die Zustände in diesem Lande aus Furcht vor dienstrechtlichen Konsequenzen nur noch hinter vorgehaltener Hand. Auch viele Politiker und Journalisten heulen lieber aus Opportunismus im Chor der politisch Korrekten mit, als ihrer eigentlichen Aufgabe nachzukommen.

Jeder Gegner ist tendenziell ein Unmensch

Diejenigen, die diese Vorgaben setzen, handeln jedoch vornehmlich aus einem moralischen Impetus, wie er schon den Jakobinern während der Zeit der Französischen Revolution zu eigen war. Der Andersdenkende hat in ihrer Vorstellung eben nicht bloß eine andere Meinung oder andere Interessen, sondern er ist schlichtweg bösartig. Da man selbst zum Wohle anderer Menschen, wenn nicht gar zum Wohle der gesamten Menschheit arbeitet, kann es sich bei dem eigenen Kritiker nur um einen Unmenschen handeln.

So konnte denn wenige Tage nach dem Fall der Mauer ein sichtlich angeschlagener Erich Mielke am 13. November 1989 in einem grotesken Auftritt vor der Volkskammer der DDR – trotz all der von ihm zu verantwortenden Verbrechen – erklären, dass er doch alle Menschen liebe. Obwohl seine Rede schließlich im Hohngelächter unterging, kann durchaus unterstellt werden, dass zumindest er selbst an seine Worte geglaubt hat. Bereits der Staatsrechtler Carl Schmitt hatte vor den Vertretern einer Politik gewarnt, die sich selbst eines Alleinvertretungsanspruches für die gesamte Menschheit rühmen. Für sie ist jeder Gegner tendenziell Unmensch, der keine menschlichen Eigenschaften besitzt und der daher bedenkenlos vernichtet werden darf oder gar muss.

Diese fatale Logik ist es, die einen im heutigen Deutschland schnell Gefahr laufen lässt, mehr als nur seinen guten Ruf zu verlieren, wenn man sich allzu kritisch mit der humanitätstrunkenen Politik des regierenden Establishments auseinandersetzt. Der Ungeist, Andersdenke moralisch vollständig zu delegitimieren und danach zu entmenschlichen, wird dabei nicht mehr nur bei militanten „antifaschistischen" Kleingruppen kultiviert, er ist längst in vormals bürgerliche Kreise vorgedrungen.

Nachdem einige in der sogenannten Werte-Union organisierte konservative CDU-Mitglieder die Politik von Kanzlerin Merkel mehrfach kritisiert hatten, polterte der Unions-Abgeordnete Matthias Zimmer im Juli empört, dass sich jetzt endlich auch „die Anständigen" in seiner Partei zusammenfinden müssten, um dem etwas entgegenzusetzen. Diese Erklärung wirft ein bezeichnendes Licht auf die derzeitige politische Kultur. Für viele ist es schlichtweg nicht mehr vorstellbar, dass Menschen mit einer anderen Auffassung überhaupt aus lauteren Motiven handeln könnten.



Gefühl der Überlegenheit: Toleranz-Demo in Berlin Bild: Imago

Das Grassieren dieses Gutmenschen-Syndroms hat dabei verschiedene Gründe. Nicht selten versuchen Personen mit einem geringen Selbstwertgefühl so ihre narzisstischen Bedürfnisse nach Aufmerksamkeit zu befriedigen. Wer sich für Umweltschutz, für Asylsucher oder gegen den Hunger in der Dritten Welt einsetzt, der gilt seinen Mitmenschen schnell als selbstlos und kann sich eines erhöhten Zuspruches erfreuen. Faktisch ist die ihnen zuteilwerdende gesellschaftliche Aufmerksamkeit aber in der Regel völlig ungerechtfertigt, denn der klassische Gutmensch zeichnet sich nicht dadurch aus, dass er gute Dinge tut, sondern vornehmlich dadurch, dass er diese wahlweise vom Staat oder von der Gesellschaft – mithin von anderen – publikumswirksam einfordert. Daher ist weder von Margot Käßmann noch von Claudia Roth überliefert, dass sie in der Hochphase der Asylkrise selbst einen der Millionen Asylsucher in den eigenen vier Wänden beherbergt hätten.

Auf der anderen Seite zeigt sich die Mitwelt gegenüber Gutmenschen sehr viel nachsichtiger, auch wenn die Realisierung ihrer Forderungen schwerwiegende Folgen zeitigt. Hier wird dann lediglich auf die vermeintlich gute Absicht abgestellt. Durch diese Mechanismen können sich Gutmenschen hervorragend gegen Kritik und gegen die Realität immunisieren.

Viel bedeutsamer als der gesellschaftliche Zuspruch ist für viele Gutmenschen aber das Gefühl der eigenen moralischen Überlegenheit. Dies ermöglicht es ihnen, im alltäglichen Leben ethische Grundsätze weitestgehend zu ignorieren. Der älteren Dame von nebenan die Einkaufstaschen in den dritten Stock zu tragen oder Nachhilfestunden für Kinder aus sozial schwachen Familien zu geben, all dies sind Aufgaben für andere. Man selbst tritt nur auf den Plan, wenn es gilt, das ganz große Rad zu drehen. Auffallend ist dabei, dass Gutmenschen sich meist an solchen Themen abarbeiten, die mit keiner unmittelbar erfahrbaren Verbesserung der Lebenssituation konkreter Menschen verbunden sind.

Ihre Forderungen sind abstrakt, global angelegt und mögliche Erfolge können sich, wenn überhaupt, erst in Jahren oder Jahrzehnten zeigen. Daher erwärmen sie sich beispielsweise ganz besonders für Projekte wie die Verhinderung des vermeintlich menschengemachten Klimawandels. In der Psychiatrie spricht man bei diesem Phänomen von einer externalen Fokussierung.

Tatsächlich hat es in den vergangenen Jahren immer wieder vereinzelte Stimmen aus Psychologie und Medizin gegeben, die in einem überzogenen Gutmenschentum eine psychische Störung erkennen wollen. Allerdings dürfte dies eher einem allgemeinen Trend zur Pathologisierung sozial ungewöhnlicher Verhaltensweisen geschuldet sein. Die Gefahr für ein funktionierendes Gemeinwesen geht letztlich nicht von einzelnen Gutmenschen aus, sondern von einer Gesellschaft, die sich dazu entschieden hat, solchen Personen verantwortliche Schlüsselpositionen zu übertragen. *Dirk Pelster*

Das Ostpreußenblatt



Nr. 35 – 31. August 2018

Allensteiner steigen auf Fahrräder um

Erstes Leihsystem mit 110 Drahteseln an zehn Stationen eingerichtet – 1813 Ausleihen an nur vier Tagen

Der zunehmende und von Autos dominierte Stadtverkehr in Allenstein macht die Suche nach Alternativen nötig. Stadtplaner und Umweltschützer suchen ständig nach Lösungen, die den stockenden Verkehr im städtischen Raum entlasten können.

Eine der möglichen Maßnahmen zur Vermeidung von Staus, besonders in der Sommersaison, sind Leihfahrradsysteme. Seit Ende Juli haben auch Allensteiner die Gelegenheit, auf städtische Fahrräder umzusteigen. Das öffentliche Fahrradverleihsystem ORM (abgeleitet von Olsztynski Rower Miejski) entstand vor allem dank der langjährigen Bemühungen von Aktivisten, die in dem gemeinnützigen Verband der Bürgerinitiativen „Wizja lokalna" vereinigt sind.

Bereits 2012 warben sie sowohl im Rahmen des Allensteiner Bürgerbudgets als auch im Rathaus, dem Behördensitz, für die Einrichtung eines städtischen Radverleihsystems. Diese Idee wurde jedoch jahrelang verschoben oder nicht ernst genommen, denn man hatte Wichtigeres bei der Stadtinfrastruktur zu tun. Zum Durchbruch kam es erst im laufenden Jahr, und das Pilotprogramm des Projekts startete am letzten Sonnabend im Juni.



Neu im Stadtbild: Eine von zehn Stationen der Leihradfirma Roovee Bild: D. K.

Das System der städtischen Zweiräder in Allenstein ist zwar noch nicht groß, dafür aber hochmodern, und es ist ein außerordentlich attraktives Verkehrsangebot. Der Betreiber, die Firma Roovee, hat an ausgewählten Orten in der Stadt insgesamt zehn Abstellstationen eingerichtet und stellt insgesamt 110 Fahrräder zur Verfügung. Die grün lackierten Räder, mit denen der Betreiber wirbt, gehören zur neusten Generation. Sie verfügen über eine Schaltung mit sieben Gängen, elektronisch gesteuerter Beleuchtung, die sich bei Dämmerung automatisch einschaltet, einen Korb für maximal fünf Kilogramm Gepäck, eingebaute Schlösser und was am wichtigsten ist, sie sind mit einem GPS-Ortungsgerät versehen. Solch eine Ausstattung verbindet Einfachheit mit moderner Technologie. Es ist möglich, ORM jederzeit für Fahrten durch die Stadt und darüber hinaus zu nutzen. Möchte man auf einen der Drahtesel steigen, muss man zunächst eine spezielle App auf sein Smartphone herunterladen, die allgemeinen Geschäftsbedingungen lesen und sie akzeptieren, ein Konto erstellen und eine Startgebühr in Höhe von umgerechnet zirka 2,50 Euro überweisen. Damit der Radfahrer viel Spaß für wenig Geld hat, sind die ersten 30 Minuten gratis, die nächsten kosten laut Preisliste pro zusätzlicher Minute Fahrt oder Standzeit zirka einen Eurocent. Obwohl die Rückgabe der Fahrräder an den zehn Zonen des Systems bevorzugt wird, um zusätzliche Gebühren zu vermeiden, kann das geliehene Fahrzeug auch weit weg vom nächsten Abstellplatz an einem beliebigen öffentlichen Ort gegen einen Aufpreis abgestellt werden. Das ist dank der GPS-Geräte möglich, die nicht nur gegen Diebstähle absichern, sondern sowohl dem Betreiber als auch den registrierten Nutzern den genauen Standort des Fahrrads auf dem Handybildschirm anzeigen.

Wer ein außerhalb des Abstellbereiches zurückgelassenes Rad ausleiht und damit eine gewisse Strecke zurücklegt und es schließlich zur Abstellstation zurückbringt, erhält ein Bonusguthaben auf seinem Konto. Darüber hinaus kann jeder Nutzer über die Internetseite Auskunft bekommen, welche Fahrräder in der nächsten Nähe gerade ausgeliehen, reserviert oder ausleihbar sind. Dass sich das eingeführte City-Bike-Programm einer steigenden Beliebtheit erfreut, ist aus den Zahlen ersichtlich, die der Betreiber des Radsystems öffentlich bekannt gab. Laut den Statistiken und Analysen, die im Zeitraum der ersten vier Tage nach der Inbetriebnahme erstellt wurden, haben sich bereits 5100 Nutzer registriert. Die Zahl der Fahrradausleihen betrug 1813, und die Radler bewältigten eine imposante Gesamtdistanz von 5834 Kilometern.

> Rad-und Wanderwege werden ausgebaut

Das freut vor allem Fahrradliebhaber, weil die wachsende Popularität des Verleihsystems seinen Ausbau um weitere Fahrzeuge und Abstellstationen garantiert. In einem Interview beteuerte Stadtpräsident Piotr Grzymowicz, wenn sich das City-Bike-Projekt bewähre und die Statistiken ein großes Interesse der Allensteiner an dem Radverleihsystem widerspiegelten, werde eine Fortsetzung in den kommenden Jahren und die Finanzierung zugesagt unter der Voraussetzung, dass der Stadthaushalt nicht übermäßig strapaziert wird.

Die Entwicklungschancen des öffentlichen Radverkehrs sehen also positiv aus. Eines ist aber schon jetzt sicher: Einerseits schaffen die umweltfreundlichen Verkehrsmittel ein Gegengewicht zu herkömmlichen Autos, andererseits funktionieren sie als Schnittstelle zum öffentlichen Nahverkehr und helfen zur Erhaltung einer guten Kondition. Wenn man noch all die bestehenden Fahrradrouten und das entstehende Projekt einer Reihe von Radsowie Wanderwegen (wie die Łynostrada) entlang der Alle berücksichtigt, gewinnt Allenstein bald ein noch fahrradfreundlicheres Image.

Dawid Kazanski

Drei Geburtstage am Stück

LO feierte mit der »Emil von Behring«-Gesellschaft deren 25-jähriges Bestehen

Es war fast auf den Tag genau 25 Jahre her, dass die Gesellschaft zur Pflege deutschen Kulturguts „Emil von Behring" registriert worden war, als der Verein am 28. Juli dieses silberne Jubiläum in Hohenstein feierlich beging. Gekommen waren neben deutschen und polnischen Freunden aus der Woiwodschaft Ermland-Masuren auch Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen.

Das erste Wort hatten nach der langjährigen Tradition der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen bei Sommerfesten und anderen Großveranstaltungen die Geistlichen. Ein Geleitwort und ein gemeinsames Gebet mit den Gästen sprachen der evangelisch-lutherische Propst aus Allenstein Lukasz Stachelek sowie der katholische Priester aus Nusstal im Kreis Allenstein, Andrzej Wisniewski. Der Besuch des letzteren war kein Zufall, hatten doch Mitglieder der Gesellschaft „Emil von Behring" bei der Freilegung und Pflege des Friedhofs bei der Kirche in Nusstal kräftig mitgeholfen.

Dieses Engagement und die Aktivität für Denkmäler und Friedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg lobte Artur Wrochna, der Bürgermeister von Hohenstein, ganz besonders: „Sie sind von hier und haben das Recht, Sie selbst zu sein. Sie haben bereits viel für Ihre Heimat getan, was auch unserer ganzen Gemeinschaft zugutekommt." Zu diesen Tätigkeiten zählte er auch den stetigen Kontakt mit der Partnergemeinde Ostercappeln.

Der langjährige Einsatz der Mitglieder der Gesellschaft „Emil von Behring" stand auch im Mittelpunkt der Grußworte von Stephan Grigat, dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, und Burghard Gieseler, dem Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Osterode. „Ihr hattet das Privileg, in Eurer Heimat bleiben zu können, aber auch die Schwierigkeit, Eure Identität zu bewahren. Ihr habt diese nicht nur überwunden, sondern hattet auch noch die Kraft, diese Organisation zu gründen und in ihr aktiv zu werden. Das Wichtigste ist, sich als Ostpreuße zu fühlen und darauf stolz zu sein", betonte Grigat.

> Gesellschaft zu Ehren des deutschen Immunologen

Einige der Frauen und Männer der ersten Stunde waren zur Feier gekommen. Der erste Vorsitzende nach der offiziellen Registrierung am 22. Juli 1993, Ekkhard Werner, der danach auch jahrelang den Verband der deutschen Gesellschaften im ehemaligen Ostpreußen leitete, war wegen Krankheit leider verhindert. Im Jahr 2015 übergab er die Amtsgeschäfte an Leon Kuck und Ryszard Eberhard. „Seit dieses eingespielte Team die Führung der Gesellschaft ‚Emil von Behring' übernommen hat, hat sich die Aktivität des Vereins deutlich erhöht. Neben dem Einsatz für Zeitzeugnisse des Ersten Weltkriegs gibt es wieder Deutschkurse, auch die Kontakte zu Stadt und Gemeinde wurden intensiviert", lobte Gieseler. Als Kreisvertreter für Osterode ist er auch für das historisch zu diesem Kreis gehörende Hohenstein zuständig. „Doch was wären diese beiden hervorragenden Männer ohne ihre Frauen?", fragte Gieseler rhetorisch und verlieh im Namen der Kreisgemeinschaft Osterode und der Landsmannschaft Ostpreußen Ehrenabzeichen an Grazyna Kuck, die Sekretärin der Gesellschaft und Ehefrau des Vorsitzenden, sowie an die Schatzmeisterin von „Emil von Behring", Jadwiga Rybinska. Sie machen durch ihren Einsatz auch die intensive Beschäftigung mit dem Namensgeber der Organisation möglich. Der Schultheiß Jerzy Olek und der Vorsitzende des Dorfrats Henryk Okuniewicz aus Hansdorf, dem Geburtsort von Emil von Behring, dankten im Namen des Ortes und der Landgemeinde Deutsch Eylau für die rege Kooperation unter anderem bei den verschiedenen Veranstaltungen zum 100. Todestag des ersten Nobelpreisträgers für Medizin im letzten Jahr. Besonders engagiert unter den derzeit 49 aktiven Mitgliedern der „Emil von Behring"-Gesellschaft ist ihr Vizevorsitzender Ryszard Eberhardt, der auf der Jubiläumsfeier einen kurzen Abriss der Geschichte der Gesellschaft präsentierte.

Im Namen des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren sowie desNachbarvereins „Tannen" aus Osterode gratulierte Henryk Hoch, der Vorsitzende beider Organisationen. Außerdem gab es Glückwünsche von der Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Warmia" aus Heilsberg, die mit ihrem Chor die Feier musikalisch umrahmte und für ein besonders lautes „Hoch soll sie leben" sorgte. Besonders laut, weil neben der nun 25 Jahre aktiven Gesellschaft Ryszard Eberhardt kurz vor der Feier 70 Jahre alt geworden war und zwei Tage vor dem Jubiläum Grazyna und Leon Kuck Großeltern der Enkelin Maja geworden waren. Das Leben in der Gesellschaft „Emil von Behring" geht also in die nächste Generation.

Uwe Hahnkamp

Hochverehrte Luise

Ausstellung in Cranz zog viele Besucher an

Königin Luise von Preußen ist auch im heutigen Ostpreußen ein Begriff – sowohl im Königsberger Gebiet mit dem Samland als auch in dem südlichen Teil. Dies war im Seebad Cranz bei einer Ausstellungseröffnung des Kulturzentrums Ostpreußen Ellingen deutlich sichtbar.

Seit 2010 ist am Haus in der Beekstraße, in dem Königin Luise im Januar 1807 übernachtete, ein Relief angebracht, das an dieses Ereignis erinnert. 2011 wurde eine Nachbildung einer „Luisen"-Meilensäule der alten Poststraße aufgestellt, die auf die Flucht aus Königsberg über Cranz und die Kurische Nehrung nach Memel hinweist. Sechs Tafeln mit einem Ortsplan zeigen die Stationen in der Stadt, die im Zusammenhang mit der Königin stehen. Im Zentrum der Grünanlage steht eine Büste der Königin, die der Stadt von den deutschen Partnern aus dem Kreis Bad Doberan geschenkt wurde. An der Seepromenade befindet sich seit 2006 eine Trinkhalle mit dem Namen Luises, aus der Mineralwasser entnommen werden kann. Und nicht zuletzt gibt es das Hotel „Königin Luise".

Sehr feierlich verlief die Eröffnung der Ausstellung über Königin Luise des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, die im Seebad Cranz stattfand. Diese Ausstellung enthält einen geschichtlichen Abriss mit 22 Tafeln über das Leben und Wirken der Königin in russischer und deutscher Sprache. Sie wurde in der Kuranow-Stadtbibliothek, dem ehemaligen Hospiz, im Rahmen einer größeren Veranstaltung zu Ehren von Königin Luise eröffnet. Die Feierstunde begann vor zahlreichen Gästen mit Tanzvorführungen und Erläuterungen aus der Lebensgeschichte vor dem Haus, in dem sie 1807 übernachtete.

Danach begaben sich die Besucher in die Bibliothek, in der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang Freyberg, die Ausstellung der Stadt offiziell übergab.

Manfred E. Fritsche



Cranz: Tafeln des Kulturzentrums Bild: mef



ZUM 98. GEBURTSTAG

Hüttig-Langer, Hanna, geb. **Matzick**, aus Kleinsommershöfen, Kreis Elchniederung, am 31. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schäfer, Waltraud, geb. **Palluch**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 6. September
Warda, Elisabeth, geb. **Wascheszio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 1. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brügmann, Erna, geb. **Orlowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. September
Großmann, Hedwig, geb. **Kobluhn**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. September
Konrad, Lieselotte, geb. **Galonska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. September
Rose, Charlotte, geb. **Unterhalt**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 6. September
Scheffler, Edith, aus Lyck, Falkstraße 3, am 2. September
Walleneit, Christel, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 4. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hein, Hedwig, geb. **Gebert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. September
Vierzig, Prof. Dr. Siegfried, aus Lötzen, am 5. September
Zielasko, Kurt, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Butzko. Willy, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. September
Frotscher, Hilde, geb. **Wiechert**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 1. September
Gehlhaar, Herta, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. September
Kattanek, Helmut, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 31. August
Lyhs, Martha, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 5. September
Rembitzki, Helmut, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Ehrich, Irmgard, geb. **Reinhardt**, aus Lötzen, am 5. September
Grönick, Walter, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 5. September
Hüchendorf, Eleonore, geb. **Rimek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Lange-Birkenhof, Lucia, geb. **Böhnke**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 1. September
Mankowski, Käthe, geb. **Schwidlinksi**, aus Elbing, am 4. September
Schäfer, Meta, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. September
Schuchna, Heinrich, aus Ortelsburg, am 3. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ceranski, Herbert, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 4. September
Förster, Lisbeth, geb. **Slaby**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 31. August
Grunau, Erna, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 1. September
Kostrewa, Irmgard, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 2. September
Kunhardt, Günter, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 3. September
Schubert, Ursula, aus Insterburg, am 1. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ballnus, Kläre, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. August
Boenninghausen, Elfriede, aus Lyck, am 1. September
Fastnacht, Peter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 155, am 31. August
Hollens, Josefa, aus Preiwils/Preilowen, Kreis Allenstein, am 1. September
Klitsch, Irmgard, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 1. September
Koenig, Ingrid, geb. **Szonn**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 6. September
Meyer, Irmgard, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 3. September
Mosebach, Eva-Maria, geb. **Linowski**, aus Ortelsburg, am 31. August
Neukamm, Ingrid, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 5. September
Pietzyk, Annliese, geb. **Malitz**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 31. August
Poschmann, Maria, aus Kreis Bartenstein, am 2. September
Reiche, Ella, geb. **Siebert**, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 2. September
Reiß, Erich, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 31. August
von Hippel, Horst, aus Nickelsdorf, Kreis Königsberg, am 5. September
Wiesemann, Liesel, geb. **Grabowski**, aus Treuburg, am 31. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dietrichsen, Johanna, geb. **Makoschey**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 3. September
Fischer, Günter, aus Königsberg, Unterhaberberg, am 6. September
Knödler, Ursula, geb. **Noetzel**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 4. September
Nagat, Wilhelm, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 4. September
Nühlen, Hildegard, geb. **Sdorra**, aus Lyck, General-Busse-Straße 23, am 1. September
Pfeifer, Ilse, geb. **Borchart**, aus Neidenburg, am 1. September
Wabbels, Hubert, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 31. August
Zilius, Bruno, aus Lanken, Kreis Ebenrode, am 2. September
Zimmermann, Waltraud, geb. **Schimkus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blankenburg, Hildegard, geb. **Przywava**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 1. September
Christochowitz, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. September
Czekowski, Hans, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 6. September
Gerlach, Dr. Wolfgang, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 6. September
Heins, Irma, geb. **Strzalka**, aus Treuburg, am 1. September
Lach, Gerhard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 4. September
Laser, Horst, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 2. September
Lenk, Brunhilde, geb. **Adamzik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 31. August
Mrotzek, Grete, geb. **Korte**, aus Weener-Ostfriesland, Kreisgem. Neidenburg, am 1. September
Ostrowski, Heinrich, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 4. September
Ostwald, Emil, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. September
Scherotzki, Lotte, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 4. September
Schmidt, Helga, geb. **Kröhnert**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 1. September
Skowronnek, Siegfried, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 4. September
Strzeletz, Irmgard, geb. **Jankuhn**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 3. September
Wenck, Karl-Heinz, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 31. August
Wisch, Käthe, geb. **Koslowski**, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 5. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Anuschewski, Liebhilde, geb. **Lukas**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Arndt, Gisela, geb. **Bondzio**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 4. September
Bernhardt, Sieglinde, geb. **Gladers**, aus Ortelsburg, am 31. August
Bessel, Lilli, geb. **Lorenz**, aus Lyck, am 31. August
Boczkowski, Ruth, geb. **Sadroschinski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 2. September
Dietz, Elsbeth, geb. **Jotzo**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 2. September
Gunia, Manfred, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Hofer, Marianne, aus Ebenrode, am 6. September
Kiel, Arno, aus Gumbinnen, am 5. September
Kiesow, Manfred, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 31. August
Lojewski, Manfred, aus Sentken, Kreis Lyck, am 6. September
Philipp, Eberhard, aus Lyck, am 1. September
Pintar, Renate, aus Königsberg, am 5. September
Sawollek, Kurt, aus Soffen, Kreis Lyck, am 4. September
Seibert, Hartmann, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Sporleder, Margitta, aus Serpallen, Kreis Preußisch Eylau, am 3. September
Süsser, Liesbeth, geb. **Schade**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 3. September

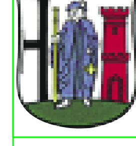
ZUM 75. GEBURTSTAG

Amling, Hans-Jürgen, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 31. August
Broska, Ulrich, aus Schwarzofen, Kreis Neidenburg, am 4. September
Guttowski, Ulla, geb. **Jacobsen**, aus Treuburg, am 2. September
Kreyer, Anneliese, geb. **Pendzich**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Rudziak, Ulrich aus Treuburg, am 1. September
Schindel-Reinartz, Aloisia, geb. **Schindel**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 2. September
Wittenbacher, Brigitte, geb. **Pawlitzki**, aus Neidenburg, am 4. September

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.

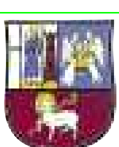


ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

63. Jahrestreffen

Gelsenkirchen – Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September: Jahrestreffen, Stadtversammlung mit Vorstandswahl. **Freitag, 7. September**, 16 Uhr, Restaurant Dubrovnik, neben dem Hans-Sachs-Haus: Zusammenkunft der Stadtversammlung, Entgegennahme des Jahresberichtes und Vorstandswahl. Anschließend verbringen dort ehemalige und heutige Bewohner unserer Heimatstadt einen geselligen Abend. **Sonnabend, 8. September**, 10 bis 12 Uhr, Heimatmuseum Treudank, Vattmannstraße: Gelegenheit zur Besichtigung. 12.15 Uhr, Probsteikirche: Totengedenken im Rahmen einer ökumenischen Andacht, Kranzniederlegung an der Gedenktafel. 13 Uhr, Schloss Horst: Versammlung der Stadtgemeinschaft und KG Allenstein-Land. 15 Uhr, Glashalle des Schlosses: Feierstunde. Der Gottesdienste am Sonntagvormittag beendet das Treffen.

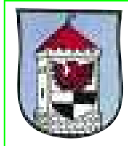


ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Heimattreffen

Gelsenkirchen – Sonnabend 8. September, 15 Uhr, Schloss Horst: Heimattreffen.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Wochenende 8. und 9. September, Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16: 64. Angerburger Tage.
Sonnabend, 8. September, 9 Uhr: Kranzniederlegung am Patenschaftsstein beim Rotenburger Kreishaus. 9.30 Uhr: 2. Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung). Bezieher des Angerburger Heimatbriefes gelten als fördernde Mitglieder und nehmen an der Versammlung teil. Auf den Seiten 10/11 des Angerburger Heimatbriefes vom Juni (Nr. 161) ist die Einladung mit Tagesordnung veröffentlicht. 14 Uhr: Besichtigung der Cohn-Scheune, Am Kirchhof 1, 27356 Rotenburg (Wümme), Start ab Hotel am Pferdemarkt um 13.30 Uhr. Bitte hierzu bei Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg anmelden. Ab 15.30 Uhr: Theodor-Heuss-Schule ist geöffnet, 16 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken, 18 Uhr: Abendessen nach kleiner Karte, 20 Uhr: Heimatabend mit Vortrag von Marianne Kopp über Ernst Wiechert (Rück-kehr nach Masuren).
Sonntag, 9. September, 9.30 Uhr: Öffnung der Räume in der Theodor-Heuss-Schule, 11 Uhr: Feierstunde in der Aula mit dem Bürgermeister der Stadt Rotenburg (Wümme), Andreas Weber, als Gastredner.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

TERMINE DER LO 2018

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de,

Ostpreußisches Landesmuseum auch im Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Heimattreffen

Nienburg – Freitag, 31. August, 16 Uhr, Hotel zur Krone, Verdener Landstraße 245, 31582 Nienburg/ Weser: Vorstandssitzung. Sonnabend, 1. September, ab 9.30 Uhr, Gedenksteine der Berufsbildenden Schulen (Berliner Ring): Kranzniederlegung. Von 10 bis 12 Uhr, Verdener Straße 24: Heimatstube ist geöffnet. Ab 10 Uhr, Hotel zur Krone, Verdener Landstraße 245, 31582 Nienburg/ Weser: Heimatkreistreffen.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Freitag, 7., ab 14 Uhr, bis Sonntag, 9. September, Hotel Esplanada, Telefon (05723) 798110, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen/ Mitgliederversammlung und Delegierten-Versammlung.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746.

Heimattreffen

Pinneberg – Sonnabend, 15., bis Sonntag, 16. September, Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg: Heimattreffen. Am Sonntag findet das Kreistreffen im Museum der Kreisgemeinschaft, Fahltskamp 30, seine Fortsetzung. Am Sonntag führen wir unser Treffen ebenfalls ab 9.30 Uhr im Samland-Museum weiter. Wir hoffen, dass wir Sie wieder alle gesund und munter im September sehen werden. Das komplette Programm finden Sie in unserem aktuellen Heimatbrief „Unser schönes Samland“ vom Herbst 2018 sowie im Internet unter www.kreis-fischhausen.de.

Pillauer Treffen

Sonnabend, 8., bis Sonntag, 9. September: Das Pillauer Treffen. Während des diesjährigen Treffens werden neue Gemeinschaftsvertreter gewählt. Wahlende: Sonntag, 9. September, 19 Uhr.

Kulturzentrum Ostpreußen im Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen

Stade – Freitag, 7. September, von 11 bis 17.30 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, ist geöffnet. Sonnabend, 8., ab 11.30 Uhr, bis Sonntag, 9. September, Hotel Zur Einkehr, Freiburger Straße 82, 21682 Stade: Heimattreffen. Programm: **Sonnabend, 8. September,** 9.30 bis 16.30 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen ist geöffnet, 11.30 Uhr: Kreistagssitzung (nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter), 12.30 Uhr: gemeinsames Mittagessen, 13.30 Uhr: Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft), 16 Uhr: Festveranstaltung 70 Jahre Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V.,

19 Uhr: Festkonzert in der St. Wilhadi Kirche zu Stade mit dem Chor LEGENDE aus Königsberg.

Sonntag, 9. September, 9.15 Uhr: Bustransfer, Patenschaftsmuseum zum Hotel Zur Einkehr (9.30 Uhr) weiter zur St. Wilhadi Kirche, 10 Uhr: Evangelisch-lutherischer Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi. Den Gottesdienst halten Pastorin Brandy und Pfarrer Dawid Banach (Goldap), 11 Uhr: Bustransfer von der St. Wilhadi Kirche zum Mahnmal in den Wallanlagen, 11 Uhr: Öffnung des Patenschaftsmuseums Goldap in Ostpreußen, 11.30 Uhr: Feierstunde am Mahnmal in den Wallanlagen in Stade: Begrüßung, Stephan Grigat, Kreisvertreter; Grußwort der Patenschaftsträger aus Anlass des 70-jährigen Bestehens der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V., Silvia Nieber, Bürgermeisterin der Stadt Stade; Gedichtvortrag „Es war ein Land“, Marianne Becker; Totenehrung, Stephan Grigat, Kreisvertreter; Festansprache, Dr. Alexander Bauknecht, stellvertretender Vorsitzender der Allensteiner Gesellschaft der Deutschen Minderheit, Allenstein; Ostpreußenlied, Nationalhymne, musikalische Umrahmung: Posaunenchor der Evangelisch-Lutherischen Johanniskirche zu Stade, 12.30 Uhr: Bustransfer vom Mahnmal zum Patenschaftsmuseum, 13 Uhr: Hauptkreistreffen und gemütliches Beisammensein im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade. Es wird ein kleines Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen gegen einen Kostenbeitrag in Höhe von 5 Euro angeboten, Ausklang.

Michael Tschierschke ist mit dem aktuellen Verkaufsangebot von Heimatartikeln während aller Veranstaltungen im Patenschaftsmuseum für Sie da. Der Goldap-Kalender 2019 ist vorrätig!

Ostpreußisches Landesmuseum lädt ein zum Vortrag „Wem gehört die Erinnerung an Ostpreußen?“, Donnerstag, 30. August, 18.30 Uhr, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg. Eintritt: 6 Euro. E-Mail: info@ol-lg.de.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimattreffen

Bielefeld – Sonnabend, 7. September, 10 Uhr, Brenner Hotel, Bielefeld: Gumbinner Bundestreffen mit Kreisversammlung und Konzertbesuch des Kammerchores „Kant“ aus Gumbinnen gemeinsam mit dem Männergesangverein Sieker am 7. September um 19 Uhr in der Lutherkirche. Der Abend im Brenner Hotel bietet anschließend Zeit für ein gemütliches Beisammensein. Am Sonntag, 8. September, beginnt um 10 Uhr im Brenner Hotel eine „Öffentliche Gemeinschaftsstunde“, zu der auch Vertreter der Patenstadt Bielefeld eingeladen sind. Traditionsgemäß wird nach einer Andacht das Totengedenken gesprochen. Neben den Grußworten der Ehrengäste und dem Bericht der Vorsitzenden über die Arbeit wird der Verwalter des digitalen Archivs, Gerhard Thies, über „Die Bewahrung des kulturellen Erbes der alten Heimatstadt“ sprechen. *Karin Banse*



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf – Sonnabend, 1. und Sonntag, 2. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf: Kreistreffen. Programm: **Sonnabend, 1. September,** 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im **Hotel Haase** in Burgdorf, Lehrter Straße 12, 10.30 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park, ab 10.15 Uhr: Ein Bus fährt vom Hotel Haase hin und zurück, 11.30 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Hotel Haase, 14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Hotel Haase zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr, ab 18.30 Uhr: gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 2. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im Hotel Haase, ab zirka 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“, 11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im Hotel Haase, Begrüßung durch den Kreisvertreter Bernd Schmidt, Ostpreußenlied, Totenehrung (Christian Perbandt, stellvertretender Kreisvertreter), Choral von Leuthen („Nun danket alle Gott ...“), Vortrag von Ilse Thomann, Grußworte, Festansprache: Siegfried Dreher, Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und Stadtvertreter Zinten zum Thema „70 Jahre Kreisgemeinschaft Heiligenbeil: Erinnerungen – Heimat – Entwurzelung – Neuanfang – Kreisgemeinschaft“, Instrumentalstück, Schlusswort des Kreisvertreters, Deutschlandlied 3. Strophe, 16 Uhr: offizielles Ende des Hauptkreistreffens.

Matjesessen

Burgdorf – Freitag, 31. August, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjesessen.

Sondertreffen

Burgdorf – Sonnabend, 1. September, um 15.30 Uhr, im Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Sondertreffen Stadtgemeinschaft Zinten unter der Leitung von Viola Reyentanz, geb. Schlenger.

Goldene Hochzeit

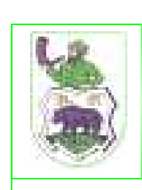
Am 23. August feierten Kurt Woike und seine Frau Margliese geb. Köhm ihre goldene Hochzeit. Hierzu gratulierten die Mitglieder des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. in der vergangenen Ausgabe. An dieser Stelle soll das Wirken dieses Jubelpaares beleuchtet werden.

Kurt Woike wurde am 23. Juli 1940 in Arnstein (Kirchspiel Tiefensee) als dritter Sohn von Erich und Grete Woike geboren. Nach einer schweren, leider misslungenen Flucht wurde die Mutter mit den drei Kindern 1946 in den Westen Deutschlands ausgewiesen. Nach verschiedenen landwirtschaftlichen Tätigkeiten und einem darauf folgenden Studium war Kurt Woike zuerst bei der Landwirtschaftskammer Rheinhessen und dann viele Jahre bei der Landwirtschaftskammer Rheinland in der Sparte Rinderzucht und Rinderhaltung tätig. Er ging 1998 als Amtsrat in den Ruhestand. Die Liebe zur Heimat und die Einsatzbereitschaft für seine Landsleute übertrug sich von dem Vater Erich Woike auf den Sohn Kurt. Seit 1981 bis heute arbeitet Kurt Woike in verschiedenen Positionen für sein Kirchspiel und die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Sehr viel seiner Freizeit hat er für die Umstellung der umfangreichen Kreiskartei auf EDV aufgewendet. Dabei und bei vielen anderen Arbeiten hat ihn seine Frau Margliese tatkräftig mit ihren sehr guten EDV-Kenntnissen unterstützt. Auch bei den Kreistreffen war sie oft hilfreich zur Stelle. Zahlreiche Busreisen nach Ostpreußen und in den Kreis Heiligenbeil wurden von Kurt Woike organisiert.

Woike wurde für seine unermüdlichen, ehrenamtlichen Einsätze mit verschiedenen Auszeichnungen geehrt. So erhielt er von der Kreisgemeinschaft die silberne und goldene Ehrennadel. Von der Landsmannschaft Ostpreußen erhielt er die Ostpreußen-Medaille, das silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft und die Treueurkunde und Abzeichen „50 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen“.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil bedankt sich bei dem goldenen Hochzeitspaar für den immerwährenden Einsatz für die Landsleute und die ostpreußische Heimat und wünscht noch viele schöne gemeinsame Jahre, vor allem Gesundheit.

Im Namen des Vorstandes Bernd Schmidt, Kreisvertreter



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Mitgliederversammlung

Krefeld – Sonnabend, 29. September, ab 10 Uhr, Gemeindesaal der Friedenskirche: Mitgliederversammlung und 66. Jahreshaupttreffen.

Programm: 10 bis 12. Uhr: Mitgliederversammlung (nicht öffentlich) der Kreisgemeinschaft Insterburg und Land e.V. im Gemeindesaal der Friedenskirche, 47799 Krefeld, Luisenplatz, 12.30 Uhr: Öffnung des kleinen Gemeindesaals der Friedenskirche, 47799 Krefeld, Luisenplatz 1. www.friedenskirche-krefeld.de, 13 Uhr: Mittagessen im kleinen Gemeindesaal der Evangelischen Friedenskirche, 14 Uhr: Begrüßung, anschließend gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen, die Unterhaltung können Sie gerne mit Ihren spontanen Beiträgen untermalen. (Änderungen vorbehalten.) Bitte bei der Geschäftsstelle anmelden.

Einladung zur Mitgliederversammlung (nicht öffentlich) der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., **Sonnabend, 29. September,** von 10 bis 12.30 Uhr, Gemeindesaal der Friedenskirche, Luisenplatz 1, 47799 Krefeld. Tagesordnung: TOP 1 Begrüßung, Eröffnung und Totenehrung, TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, Übernahme der Protokollführung, TOP 3 Feststellung der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder und Feststellung der Beschlussfähigkeit, TOP 4 Wahl des Versammlungsleiters, TOP 5 Genehmigung der Tagesordnung, TOP 6 Genehmigung des Sitzungsprotokolls der 65. Jahreshauptversammlung der Mitglieder und Genehmigung der Ratsversammlung vom 8. September 2017, TOP 7 Bericht des Vorsitzenden über das Geschäftsjahr 2017, TOP 8 Bericht der Kassen- und Rechnungsprüfung für das Geschäftsjahr 2017, TOP 9 Aussprache über den Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2017, TOP 10 Antrag auf Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2017, TOP 11 Genehmigung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2019, TOP 12 Wahl des Kassenprüfers, TOP 13 Anträge (Vereinsmitglieder können bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung schriftlich unter Angabe der Gründe beantragen, weitere Tagesordnungspunkte und / oder Anträge auf die Tagesordnung zu setzen), TOP 14 Verschiedenes, anstehende Wahlen 2019 (Änderungen der Tagesordnung bleiben vorbehalten).

Das Sitzungsprotokoll der 65. Jahreshauptversammlung der Mitglieder und der Ratsversammlung vom 8. September 2017 sowie der Haushaltsvoranschlag für das Geschäftsjahr 2019 liegen zur Einsichtnahme am Tag der Versammlung aus. Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung in der Geschäftsstelle. *Der Vorstand – Reiner Buslaps, Jürgen Böhlke und Andreas Heiser*

Heimatgruppe

Hamburg – Mittwoch, 5. September, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore des Hotels Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Videovortrag oder Autorenlesung. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Schwerin – Mittwoch, 19. September, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Treffen.

Dittchenbühne
Elmshorn – „Reise nach Tilsit“ am 2., 6., 9. und 16. September. Telefon (04121) 89710.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Der neue Ostpreußenkalender für 2019 ist da

Ostpreußens einzigartige Schönheit hat schon immer bedeutende Maler angelockt. Masuren mit seinen unzähligen Seen gehört natürlich dazu. So ist es nicht verwunderlich, dass neben Naturliebhabern auch Künstler sich in diese Landschaft verliebt haben. Ausgewählte Werke solcher Maler, die sich von Ostpreußen faszinieren und inspirieren ließen, sind jährlich in den exklusiven Kalendern des Dortmunder Verlages „type art satz & grafik“ zu sehen. Das gilt natürlich auch für 2019. „Masuren als Malerlandschaft“ lautet das Thema des neuen Kalenders in dem Format: 50 x 35 Zentimeter. Er kann bis zum 30. September inklusive Versand zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 23,70 Euro). Zu erhalten ist der Kalender bei „type art satz & grafik“, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de.



Idyllisch: Julius Freymutgs „Haus am See in Masuren“ Bild: type art

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Dowanr, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißen, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kassenverwalter: Günter Woyzechowski (kommissarischer Kreisvertreter), Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63428, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Kreistreffen

Dortmund – Sonntag, 2. September, 11 Uhr, Einlass ab 9 Uhr, Parkhotel Wittekindshof, Westfalendamm 270, U-Bahn 47 Richtung Aplerbeck, Haltestelle Lübkestraße.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Kreistreffen

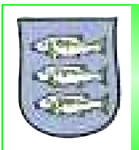
Otterndorf – Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September, Stadthalle, Fröbelweg, 21762 Otterndorf: Hauptkreistreffen.

Am 7. September Begrüßungsabend in der Stadthalle ab 18 Uhr. Um 19 Uhr gehen wir gemeinsam zum Liederabend mit dem Chorensemble „Legende“ aus Königsberg, 19.30 Uhr in der St. Severi Kirche zu Otterndorf.

Am 8. September, 9 Uhr, Stadthalle, Fröbelweg, Otterndorf: Hauptkreistreffen. Programm (Änderungen vorbehalten): 9.30 Uhr: Gedenkfeier am Labiauer Stein, Am Großen Specken, 10 Uhr: Offizielle Eröffnung des Kreistreffens, 11 Uhr: Feierstunde in der Stadthalle, 14.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung: Landwirtschaft im Kreis Labiau im Museum Torhaus, 15.30 Uhr: Tanzgruppe des TSV Otterndorf, 19 Uhr: Gemütlicher Abend bei Musik und Tanz bis 22 Uhr.

Sonntag, 9. September: Fahrt nach Ihlienwort zum Milchmuseum, mit allen, die am Sonntag noch da sind, die Bahnfahrer werden gerne im Pkw mitgenommen. Auch ist es möglich, den Ort auf dem „Milchweg“ zu erkunden. Der 2,2 Kilometer lange Rundwanderweg ist als Milch-Erlebnisweg angelegt worden und weist neben seiner Beschilderung auch Mitmach-Aktionen zum Thema auf. Natürlich nur für die, die gut zu Fuß sind. Anschließend nehmen wir gemeinsam ein Mittagessen ein. (Kosten Eintritt/Essen 20 Euro), Ende gegen 14 Uhr.

Bitte vorher bei Frau Stramm anmelden (Telefon 04853-562). Start gegen 10 Uhr an der Stadthalle Otterndorf. (Bitte die Hinweise in der Halle am Sonnabend beachten.)



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Arndts Märchen

Neumünster – Sonnabend, 15. September, 15.30 Uhr, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung): „Vom Mieskater Martinichen, dem Rattenkönig Birlibi, von sieben bunten Mäusen und anderen Lebewesen “ – Angelika Rischer, die Märchenerzählerin aus Hamburg, kommt und erzählt Märchen von Ernst Moritz Arndt (1769 bis 1860).



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Heimattreffen

Das diesjährige Heimatkreistreffen findet am 15. und 16. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, statt. Wir laden alle Kreis Mohrunger Landsleute, deren Nachkommen, Heimatfreunde, die „Jungen Liebstädter“, Lippitzer, Kolteneyer sowie Schlobitter und Prökelwitzer ganz herzlich ein. Sie können Ihre Zimmerbuchungen im Grandhotel Esplanade unter Telefon (05723) 798110 oder E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen. Ebenso ist Ihnen die Tourist-Information unter Telefon (05723) 748560 oder E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de behilflich.

Programm: **Sonnabend, 15. September**, 10.30 Uhr: Beginn der ersten Sitzung des 9. Kreistages im Sitzungsraum Hotel Esplanade in Bad Nenndorf mit Neuwahl des Vorstandes und der Kreisausschussmitglieder laut Satzung. Die schriftlichen Einladungen sind mit den entsprechenden Tagesordnungspunkten versandt worden. Diese Sitzung ist öffentlich. 13 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume mit Eröffnung der Ausstellung „Mein Bernstein erzählt seine Geschichte“. Ab 19.30 Uhr: gemütliches Beisammensein mit Musik, Tanz kulturellen Einlagen und Überraschungen. **Sonntag, 16. September**, 9.30 Uhr: Besuch des Agnes-Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung, 10.30 Uhr: Feierstunde, gemeinsamer Gesang „Land der dunklen Wälder...“, Begrüßung der Teilnehmer, Vorstellung des neugewählten Vorstandes, Grußworte der Ehrengäste, Geistliches Wort, Totenehrung, gemeinsamer Gesang „Großer Gott wir loben dich...“, Festrede „Das Paradies“, Ehrungen, Kindertrachtengruppe erfreut uns mit ihren Tänzen, Schlussworte, danach singen wir die 3. Strophe des Deutschlandliedes, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung.

Treffen in Bücken

Einen fertigen Film präsentierte Friedrich Graf zu Dohna beim Jahrestreffen der Schlobitter und Prökelwitzer. Vor genau einem Jahr hatte der Graf den ersten Teil vorgeführt, und gestern konnte er nun das Gesamtwerk vorweisen.

In den bewegten – und bewegenden – Leinwandbildern wird eine Busreise geschildert, die 50 Schlobitter und Prökelwitzer vor 13 Jahren gemeinsam mit Verwandten und guten Bekannten in ihre ostpreußische Heimat unternahmen. Gezeigt wurde der Film im Landhaus Hünecke, Nordholz. Wie in jedem Jahr, fand das Treffen dort statt – unter der Leitung des Grafen und organisiert von Arnold Korth. Bückens Bürgermeister Wilhelm Schröder richtete ein Grußwort an die Teilnehmer, die sich aus verschiedenen Teilen Deutschlands auf den Weg gemacht hatten – für alle eine liebgewonnene Gewohnheit.

Zum vertrauten Programm des Treffens gehört der Abendmahlgottesdienst, mit dem auch gestern der Sonntag in der Bücker Stiftskirche eingeleitet wurde. Den Gottesdienst leitete Pastor Lothar Dreyer, und die neue Pastorin des Kirchspiels Bücken, Ann Kristin Mundt, nahm ebenfalls daran teil. Im Landhaus Hünecke wurde die Erinnerung an Arnold Korths verstorbene Ehefrau Lisa wach, die stets für das Arrangement des gemeinsamen Mittagessens gesorgt und mit den Landhaus-Betreibern zusammengearbeitet hatte. 17 Jahre organisiert Arnold Korth die Treffen der Schlobitter und Prökelwitzer mittlerweile.

Zurück zum Film. An den Schauplätzen des dramatischen Geschehens während der Zeit vor Ende des Zweiten Weltkriegs, wird dem Betrachter die Ausgangslage und den Aufbruch des Trecks vor Augen geführt. 500 Menschen und 200 Pferde waren es, die sich unter der Führung des ostpreußischen Adligen Alexander Fürst zu Dohna, Vater des heute 85-jährigen Friedrich Graf zu Dohna, auf die gefährliche und beschwerliche Flucht nach Westen machten – bis zum Ziel in Hoya, dem Rittergut von Behr.

Erst 2001, nach dem Tod des Fürsten, wurden mithilfe von Arnold Korth die regelmäßigen Treffen der Schlobitter und Prökelwitzer ins Leben gerufen. „Vorher hatten sich nur meine Eltern und Verwandte getroffen“, erinnert sich „Graf Fritz“, wie er von seinen ostpreußischen Landsleuten liebevoll genannt wird. Er selbst hatte an dem Treck nicht teilgenommen, denn sein Vater brachte ihn – als Elfjährigen – schon 1944 in Sicherheit, zu Verwandten an der Görlitzer Neiße.

Über eine bedeutende Neuigkeit berichtete der Graf den Versammlungsteilnehmern im Landhaus Hünecke: Teile des Inventars vom Gut Schlobitten werden derzeit aus dem Museum Schloss Schönhausen in Berlin nach Schloss Doberlug in Brandenburg gebracht, wo sie in einer neuen Ausstellung als Beispiel für preußische Adelskultur gezeigt werden sollen. „Schloss Doberlug liegt etwa auf halber Strecke zwischen Berlin und Dresden“, sagt Friedrich Graf zu Dohna. „Viele Erinnerungsstücke aus Schlobitten treffen nach und nach dort ein.“ Zwei rekonstruierte Räume, so berichtet er Graf weiter, seien auf YouTube zu sehen.

Einen Gast aus der Nachbarschaft begrüßte Friedrich Graf zu Dohna schon am Sonnabend in Arnold Korths Wohnung: Peter Voigt, Pastor im Ruhestand aus Posthausen, Kreis Verden, hatte im „Achimer Kreisblatt“ vom Treffen der Schlobitter und Prökelwitzer gelesen. In seinem Heimatort hatte er nach Kriegsende die Ankunft vieler Flüchtlinge erlebt. Ihre Schicksale haben ihn seither immer wieder beschäftigt, und so war es ihm wichtig, sich über die Geschichte des Treffens in Bücken und Nordholz zu informieren.

Das nächste Treffen der Schlobitter und Prökelwitzer findet am Sonntag, dem 7. Juli 2019, an den vertrauten Orten wiederum in Bücken Nordholz statt. Dazu laden Friedrich Graf zu Dohna und Arnold Korth schon jetzt ein.

Horst Friedrichs

Besuch von Heydekrug



Gedenktafel am Kindergarten

Im Juni unternahmen die Lycker eine Schiffs- und Busreise von Memel nach Lyck. Auf der Fahrt durch das Memelland hatte

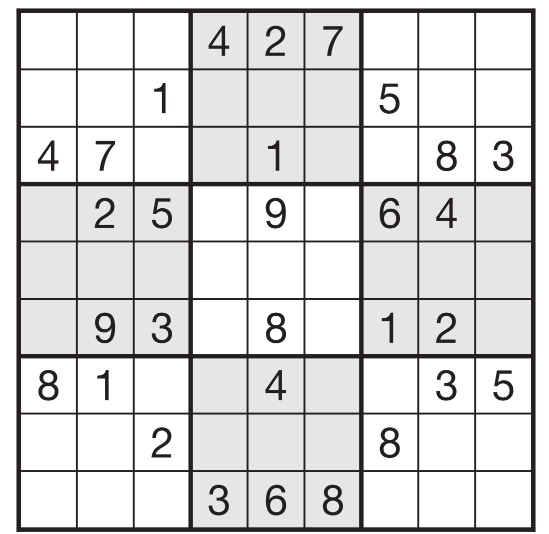
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Crossword clues:

früher: 2. Klasse des Gymnasiums; Handelsbrauch; aus Asien stammendes Haustier; Schreibart; Kunstrichtung; handeln; eine der Nordfriesischen Inseln; Bestie; griechische Stadt in Böotien; griechischer Göttervater; einerlei; gleichartig; kreisen lassen; wenden; feuchter Wiesengrund; politischer Fanatiker; beständig, gleichbleibend; norwegischer Maler (Edvard); Alpenpflanze, Beifußart; ein Ostafrikaner; Vorname Strawinskys; Nuss- oder Mandelkonfekt; australischer Laufvogel; Defekt am Reifen (ugs.); Nachtvogel; Kerbtier; einfarbig (französisch); Fechtwaffe; lange schnurartige Nudeln; Vorderasiat; Begrenzung einer Fläche; Begeisterung, Schwung; schläfrig werden; Wundmal; giftiges Halbmetall; lodernde Flamme; Gerbrinde; Straßenbaumaterial; Wink, Hinweis; Antilleninselstaat; Grund, Ursache; sportlicher Wettkämpfer; Werbeschlagwort; Hochstimmung; Rätselfreund; Schiffs-, Flugzeugbesatzung (englisch); Zuchtlosigkeit; erhöhen, auszeichnen; aromatisches Heißgetränk; TV-, Radiosender (Abk.); nur geistig vorhanden; Schelm, neckischer Mensch; prachtvolle Ausstattung; unerfahren, unfertig; Einsiedler, Klausner; 44. Präsident der USA (Barack); Sandanhäufung, -hügel; Prachtstraße; Staat in Nordostafrika; Sohn Isaaks; Detektivfigur bei Doyle; Hartschalenfrucht; Aussichtsturm; fressen (Wild); dt. Tennisspielerin (Angelique); linker Nebenfluss der Fulda; hochbetagt; das junge Getreide; Weißfisch, Karpfenfisch; Windjacke; bestmöglich; Anstoß, Anregung; Abkürzung für senior; Streit; Privatkrieg; Windschattenseite e. Schiffs; Herold, Bote eines Fürsten; Halbinsel in Ostasien; Zufluchtsort (griech.); Anstrengung; vulkan. Gesteinsschmelzfluss; Aufgeld; Strauchfrucht; Schwindel, Benommenheit; Romanfigur bei Erich Kästner; kleines Lasttier; spanischer Fluss; Schluss; Klatsch, Tratsch; slaw. Herrschertitel; trichterförmige Waffel für Gefrorenes; Flächenmaß; fort, weg; beginnend mit; Getreideart, Kukuruz; dt. Kfz-Pionier (Carl); Nadelloch; Kfz-Zeichen Darmstadt; Trockenbecken im südl. Afrika; Aufständischer; Fleischwurst

PAZ18_35

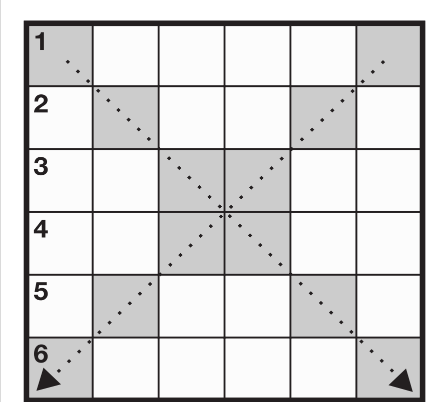
Sudoku



			4	2	7			
		1				5		
4	7			1			8	3
	2	5		9		6	4	
	9	3		8		1	2	
8	1			4			3	5
		2				8		
			3	6	8			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



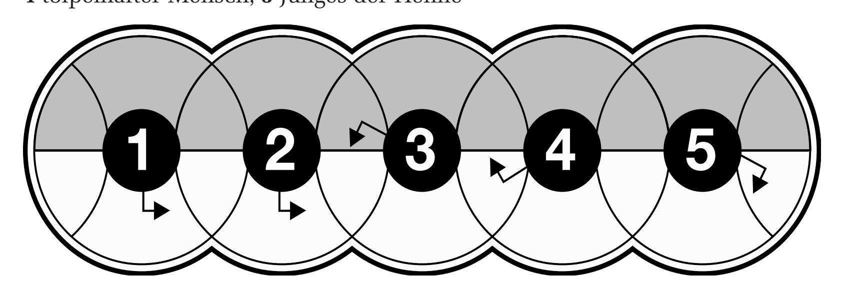
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Obstsorten.

1 Schwindel, Benommenheit
2 überbackenes Gericht
3 Studienabschlussprüfung
4 franz. Schriftsteller (Marcel)
5 Prahlerei, Übertreibung
6 Reitermannschaft

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen amerikanischen Marineinfanteristen (ugs.).

1 Muster; Entwurf, **2** Stadt in Texas, am Rio Grande (USA), **3** Mantelschnitt, **4** tölpelhafter Mensch, **5** Junges der Henne



So ist's richtig:

```
  S S  A U T Z   D  S 
QUINTA MUNCH EDELRAUTE
 SA IGOR T EMU G EULE 
SOMALI UNI B SPAGHETTI
  K  ERMUEDEN LL E R N
ARABER GRENADA ANLASS
 ATHLET A G RATER O PE
 NZ ANISTEE B T SCHALK
ADELN PL UNREIF EREMIT
      POMP T DUENE OT 
       G HOLMES WARTE
      JAKOB AESEN VA R
      ANORAK L UKELEI
         IMPULS SEN DT
      KOREA R AUSRUFER
       P LAVA BEERE
       TAUMEL TA E H A
      EISTUETE GEREDE 
       MY E MAIS BENZ
      KALAHARI OEHR DA
       L REBELL LYONER
```

Diagonalrätsel: 1. Taumel, 2. Gratin, 3. Examen, 4. Proust, 5. Angabe, 6. Equipe – Traube, Limone

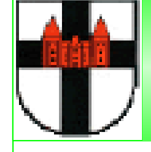
Kreiskette: 1. Modell, 2. Laredo, 3. Raglan, 4. Lackel, 5. Kueken – Ledernacken

Sudoku:

5	3	8	4	2	7	9	6	1
2	6	1	8	3	9	5	7	4
4	7	9	6	1	5	2	8	3
7	2	5	1	9	3	6	4	8
1	8	4	2	7	6	3	5	9
6	9	3	5	8	4	1	2	7
8	1	6	9	4	2	7	3	5
3	4	2	7	5	1	8	9	6
9	5	7	3	6	8	4	1	2

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

die Kreisvertreterin, Bärbel Wiesensee, einen Besuch in Heydekrug eingeplant, um sich vor Ort die Alexandra-Gedenktafel anzuschauen. Die bekannte Sängerin mit der dunklen Stimme und den melancholischen Liedern, war am 31. Juli 1969 durch einen tragischen Autounfall in jungen Jahren ums Leben gekommen. Durch detaillierte Informationen von Herbert Jaksteit, dem ehemaligen Kreisvertreter von Heydekrug, war es einfach, die Gedenktafel zu finden. An dem Ort ihres ehemaligen Wohnhauses, steht heute der Kindergarten „Pusele". Dort enthüllte der Verein „Alexandra-Freunde" e.V. am 27. Mai 2011, zum Gedenken an die weltbekannte Sängerin eine Bronzetafel mit ihrem Foto, das Ziel war, ihr musikalisches Erbe zu bewahren. Die Busteilnehmer machten Fotos von der Gedenktafel und während der Weiterfahrt wurden bekannte Lieder von der Sängerin angestimmt.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Heimattreffen

Unser diesjähriges Heimattreffen findet am Sonntag, 2. September, in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt. Anlässlich dieser Veranstaltung gibt es eine Lesung von Marguerite Kollo aus den Erinnerungen ihres Vaters Willi „Als ich jung war in Berlin", die sich auf den Zeitraum der Jahrhundertwende bis nach dem Zweiten Weltkrieg beziehen. Inhalt sind die Karrieren der beiden Autoren Walter und Willi Kollo in Berlin und die authentischen Erfahrungen zur Zeit der politischen Ereignisse im Berlin mit zwei Weltkriegen. Dazu werden viele historische Aufnahmen mit Musiktiteln dieser beiden Autoren eingespielt. Walter Kollo ist bekanntlich einer der berühmten Söhne unserer ehemaligen Kreisstadt Neidenburg und Großvater von Marguerite Kollo und ihrem Bruder René Kollo.

Wegen der besonderen Situation der Verpflegung in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt wird um Anmeldung der Besucher beim Kreisvertreter gebeten. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft lädt alle seine Gäste zu einem kleinen Mittagessen herzlich ein und würde sich über ein zahlreiches Erscheinen freuen.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Hauptkreistreffen

Osterode am Harz – Sonnabend, 15. September, 10.15 bis 11.15 Uhr, Stadthalle, Osterode am Harz: Mitgliederversammlung. Hiermit lade ich zu der im Rahmen des Hauptkreistreffens stattfindenden Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen ein.

Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 16. September 2017, 3. Jahresbericht des Kreisvertreters, 4. Jahresrechnung 2017, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreters und der Jahresrechnung, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Abberufung von Klaus Masuhr aus dem Vorstand der Kreisgemeinschaft Osterode (KGO), 9. Wahl neuer Vorstandsmitglieder der KGO, 10. Verschiedenes.

Anmerkung zu TOP 8: Der Vorstand hat auf seiner Sitzung am 10. März 2018 einstimmig beschlossen, dass „eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Klaus Masuhr nicht mehr gegeben ist." Hieraus ergibt sich zwingend die Notwendigkeit einer Abberufung von Klaus Masuhr.

Anmerkung zu TOP 9: Nach dem Ausscheiden von Horst Buschalsky aus dem Vorstand ist ein Vorstandsmitglied neu zu wählen. Sollte die Abberufung von Klaus Masuhr beschlossen werden, müsste ein zweites neues Vorstandsmitglied gewählt werden. Es kandidieren Henryk Hoch und Gerd Kolakowski. Weitere Kandidaturen, die jederzeit möglich und erwünscht sind, mögen dem Vorstand mitgeteilt werden.

Burghard Gieseler

Heimatreise

Aus Anlass der Einweihung des wiederaufgebauten alten Rathauses bietet die Kreisgemeinschaft Osterode eine Busreise nach Osterode vom 25. September bis zum 1. Oktober an, Reisepreis: 595 Euro pro Person, im Doppelzimmer mit Halbpension. SCHEER-REISEN, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077 oder (0176) 2220184.

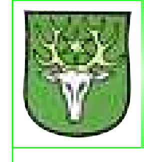


PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 15, bis Sonntag, 16. September, Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92, Verden: Kreistreffen. Als Referent wird der Historiker Christopher Spatz am 15. September um 15 Uhr zum Thema „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder" sprechen.



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Hauptkreistreffen

Neuss – Sonnabend, 15. September, Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: Hauptkreistreffen.

WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen

Syke – Sonnabend, 8. September, ab 17 Uhr, und Sonntag, 9. September, ab 10 Uhr, Wessels Hotel, Hauptstraße 33, 28857 Syke: Hauptkreistreffen mit Mitgliederversammlung am Sonnabend, 8. September, 13 Uhr. Eine Besichtigung des „Mahnmals Deutscher Osten" ist zur Gedenkfeier des BdV möglich.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Dienstag, 11. September: Fahrt mit dem BdV in die Europastadt Straßburg zum Europäischen Parlament. – Montag, 17., bis Montag, 24. September: Fahrt zum Ostpreußentreffen nach Rostock. – Sonnabend, 15. September, 14 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landeskulturtagung. – Sonntag, 16. September, 9 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesfrauentagung, anschließend ab 14 Uhr, Stuttgarter Liederhalle: Tag der Heimat.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. September, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.



BAYERN

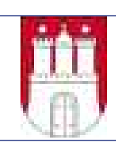
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Der neue Preußen-Kurier 02/2018 ist da.

Altmühlfranken – Die Landeskulturfahrt nach Danzig. Flug München-Danzig wird verschoben und findet vermutlich im Frühjahr 2019 statt.

Hof – Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Monatsversammlung.

Landshut – Dienstag, 18. September, 12 Uhr, Hotel Gasthof Insel: Mittagessen „Königsberger Klopse".



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

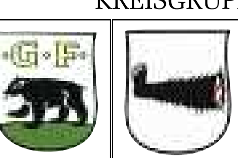
Landesgruppe – 31. August und 1., 4. und 5. September: ANKAMEN – AN(GE)KOMMEN. Ein Theaterprojekt mit Flüchtlingen und Vertriebenen von Michael Uhl. Karten erhalten Sie an der Theaterkasse, Montag bis Sonnabend, 10 bis 18.30 Uhr, Sonntag 14 bis 18.30 Uhr, Ohnsorg-Theater, Heidi-Kabel-Platz 1, 20099 Hamburg, Telefon (040) 35080321. – Dienstag, 4. September: Das Kulturreferat lädt herzlich zur Tagesfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg ein. 1. Abfahrt des Busses: 9.15 Uhr: Kirchenallee. Gesamtpreis pro Person: 45 Euro.

FRAUENGRUPPE

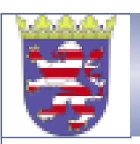


Hamburg-Bergedorf – Dienstag, 11. September, 13 Uhr, Bahnhof Bergedorf, Lohbrügger Seite: Ausflug zum Dahliengarten-Altona mit Windbeutel-Essen; wir bilden eine Fahrgemeinschaft.

KREISGRUPPE



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich - Ebert - Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon und Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 15. September: Treffen zumThema „Beginn der ‚Berliner Luftbrücke' vor 70 Jahren". Der letzte Zeitzeuge Siegfried Kugies berichtet.

Kassel – Donnerstag, 6. September, 14.30 Uhr. Caféteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3 (AWO-Seniorenzentrum): Rückblick auf 70 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Kassel.

Bericht – Das Heimattreffen am Hitzetag 2. August zählt mit seinen nachdenklichen Betrachtungen bestimmt zu den herausragenden Veranstaltungen der Gruppe im Jubiläumsjahr 2018. Im Mittelpunkt stand der Bildvortrag von Professor Dr. Werner Gitt „Überraschungen in der Schöpfung und Anmerkungen zu Glaubensfragen". Der Informatiker und frühere Direktor an der Phy-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Ein Teller für Lüneburg

Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum beschenkt OL

Am 19. Juli überreichten Vorstandsmitglieder des Förderkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung, Dr. Barbara Loeffke, Ministerialrat Horst Buschalsky und Dr. Karsten Uffhausen, ein wichtiges Objekt zur Geschichte des Ostpreußischen Landesmuseums (OL): einen silbernen Wandteller von 1954. Dieser wurde vom Schleswig-Holsteinischen Landesjagdverband auf der Internationalen Jagdausstellung 1954 in Düsseldorf dem späteren Museumsgründer Hans-Ludwig Loeffke überreicht für seine Verdienste um die dortige Trophäenausstellung „Gedenkschau Deutschland von der Elbe bis zur Memel". Diese und die 1953 beim Bundestreffen der Ostpreußen in Bochum gezeigte ostpreußische Trophäenschau waren die Anfänge der Arbeit zur Errichtung des 1958 eröffneten Ostpreußischen Jagdmuseums in Lüneburg.



Schenker und Beschenkte: (v. l.) Dr. Uffhausen, Dr. Loeffke, Dr. Mähnert mit der Schenkung, Herr Buschalsky Bild: privat

Dieses mit der Museumsgeschichte so eng verbundene Objekt wird in der neuen Dauerausstellung zu sehen sein.

Das Museum dankt dem Förderkreis unter seiner Vorsitzenden Dr. Barbara Loeffke, für diese Schenkung und weiterer Unterstützung, insbesondere im Bereich Jagd und Naturkunde. *OL*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

sikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig schilderte zunächst seine Jugendjahre in Ostpreußen (Kreis. Ebenrode). Anschließend lenkte er den Blick auf viele wunderbare Erscheinungen in der Natur.

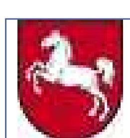
Der Berichterstatter beschränkte sich aber nicht auf die Ausbreitung von Faktenwissen über einen interessanten Gegenstand, wie man dies oft von Fachvorträgen kennt, denn er blendete die Frage nicht aus: Was steht denn hinter allem? Was zählt? Eine Kernaussage des Autors zahlreicher Bücher zum Thema Naturwissenschaft und Glaube lautet: „Alle Entwicklungen und Ausprägungen von Organismen gehen auf Information zurück. Sie ist jene geistige Größe, die die Materie nicht von selbst erzeugen kann. Leben kann nur von Leben kommen. Bei dem Phänomen Leben handelt es sich um eine Qualität, die jenseits von Physik und Chemie liegt“. Hier liegt ein entscheidender Unterschied zur planlosen, zufallsbedingten Evolutionstheorie.

Wie sehr der Beitrag die 38 Mitglieder und Gäste bewegte, zeigte sich in der abschließenden Diskussion mit dem Referenten und auch noch später durch etliche Dankesbekundungen nachdenklicher Zuhörer. *Gerhard Landau*

Wetzlar – Montag, 10. September, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen. Ulrich Bonk (Frankfurt) berichtet über das Wirken des Danziger Bischofs Carl-Maria von Splett. Dieser war von 1938 bis zum Kriegsende 1945 Bischof von Danzig. Bis 1956 war er in Polen inhaftiert und wurde dann nach Deutschland abgeschoben. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 1. September, 14 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Feierstunde zum Tag der Heimat mit Festredner Ingmar Jung, MdB. – Dienstag, 11. September, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Frauengruppe. – Sonntag, 16. September, 11 Uhr, Rotunde, Schloss Biebrich, Wiesbaden: Zentraler Tag der Heimat 2018 und Hessischer Gedenktag mit Festredner Bernard Gaida. – Donnerstag, 20. September, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Falscher Hase. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. September bei Helga Kukwa unter Telefon 373521.

Vokalensemble Legende
Freitag, 7. September, 19.30 Uhr, Severi-Kirche, Am Kirchplatz, Otterndorf, Sonnabend, 8. September, 19 Uhr, Wilhadi-Kirche, Wilhadi Kirchhof 11, Stade.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg - Mittwoch, 12. September, 15 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38, Oldenburg: Treffen mit Vortrag von Karl-Georg Mix, Lübeck: Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-1949.

Osnabrück – Dienstag, 18. September, 16.30 Uhr, Hotel Novum, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 13. September, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Vortrag von Professor Heinz Schürmann „Poesie des Verfalls“ (Fontane). Architektur und Landschaft in Ostpreußens Norden abseits der Hauptrouten am Beispiel von Friedland und Gerdauen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder E-Mail: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düren – Mittwoch, 5. September, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend „Herbstgedanken“.

Düsseldorf – Donnerstag, 6. September, 19 Uhr, GHH: Vortrag „Selbstbestimmungsrecht der Völker von 1918 bis Katlanien“ von Professor Manfred Kittel. – Sonnabend, 8. September, 11 Uhr, Konferenzraum, GHH: Tag der Heimat „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“ mit Heiko Hendriks, MdL. – Mittwoch, 12. September, 18 Uhr: Vortrag von Margarete Polok „Georgien – Schnittstelle zwischen Europa und Asien“.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür. – Sonnabend, 8. September, 14 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Oberstraße: Gedenkfeier zum Tag der Heimat: Im Anschluss Feierstunde im Marienhaus, Kapitelstraße 36. Veranstalter ist der BdV, Kreisverband Neuss. Vom Gedenkstein zum Marienhaus gibt es einen Bustransfer. – Donnerstag, 13., bis Sonnabend, 22. September: Ostpreußenreise. Anmeldung bei Peter Pott, Telefon (02131) 3843400.

Schwelm – Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-v.-Hövelsweg: Herbstanfang.

Siegen – Zum zehnten Mal trafen sich die Ostpreußen rund um Siegen zum traditionellen Klopse-Essen. In diesem Jahr zum ersten Mal im Haus des Netphener Heimatvereins, in „Wickels Hus“. Knapp über dreißig Gäste hatten sich eingefunden. Am weitesten angereist war Stefan Hein aus Essen, der langjährige Vorsitzende des Bundes junger Ostpreußen, BJO. Ihn verbinden ältere private Beziehungen zum Siegerland.

Der ganz große Dank galt Frau Christel Heide. In all den Jahren davor hat sie aufopferungsvoll und uneigennützig die Gruppe auf ihrem bäuerlichen Hofgelände bewirtet. Dabei wurde sie auch von Tochter und Enkelin unterstützt. Vielen Dank! Eine dankvolle Anerkennung gilt auch den Frauen der LMO-Gruppe, besonders Hella Giesler und Gerlind Roth, die für Kaffee, Kuchen, Salate und Getränke – und für den großen Abwasch sorgten, so dass dem Koch von Gottes Gnaden nur die Aufgabe blieb, für mehr als hundert wohlgelungene Königsberger Klopse zu sorgen.

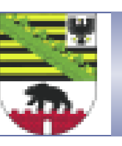
Der mit viel Einfühlung hergestellte Doku-Film über die Geschichte Trakehnens – „Briefe aus einer anderen Zeit“ – vervollständigte den Bezug zu Ostpreußen. Hier, mitten im Ort am Marktplatz, sollte diese kleine Festlichkeit auch eine gewisse Wirkung nach außen haben. Hier treffen sich regelmäßig die polnischen Gäste der Patenstadt des einstigen deutschen Sagan. So konnten wir zeigen, dass wir auch noch da sind.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

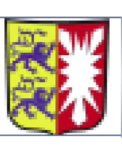
Limbach-Oberfrohna – Sonntag, 9. September, Landtag, Dresden: Gedenktag der Vertriebenen und Spätaussiedler.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 7. September, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4: Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Neumünster – Mittwoch, 12. September, 12 Uhr, Stadthalle: gemeinsames Mittagessen. Anschließend unterhält uns die Marjell Greta Heykena mit lustigen Geschichten und Gedichten aus ihrem „Pungelchen“ mit Liedern und Gitarrenbegleitung.

Gäste sind willkommen. Anmeldungen bitte bis zum 5. September bei Brigitte Profé unter Telefon (04321) 82314.

Schönwalde a.B. – Sonntag, 9. September, 10 Uhr, Kirche: Tag der Heimat.

Uetersen – Sonntag, 9. September, 11 Uhr: Tag der Heimat, Kranzniederlegung und Gedenken am Mahnmal der vertriebenen Deutschen in der Tantaus Allee. – Freitag, 14. September: Busfahrt nach Lüneburg, Besuch des dortigen nach dreijähriger Bauzeit neugestalteten Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, Lüneburg.

Östlich von Oder und Neisse

Die Kunst des Teilens

Polnische Unabhängigkeit kann man in Museen ganz weit auslegen

Die Europäischen Tage des Kulturerbes an den Wochenenden 8. bis 9. und 15. bis 16. September stehen in Niederschlesien unter dem Motto „Die Kunst des Teilens – Unabhängigkeit für alle“. Koordiniert wird das Fest des Kulturerbes durch das Ethnographische Museum Breslau, das eine Abteilung des Breslauer Nationalmuseums ist.

2018 wird in Polen das 100. Jubiläum der Unabhängigkeit groß gefeiert. Deshalb werden alle Festivitäten auf dieses Jubiläum ausgerichtet. 60 Institutionen werden an 40 Orten das Kulturerbe Niederschlesiens mit dem gesamtpolnischen Jubiläum verknüpfen – egal ob dies nun Sinn macht oder mangels regionalhistorischer Bezüge eben nicht. In der historischen Waldenburger Thorez-Grube, die zu einem modernen Kulturzentrum umgewandelt wurde, wird die Industrialisierung und der technische Fortschritt gefeiert. Und da es schwierig ist, in der Zeit der Industrialisierung des 18. und 19. Jahrhunderts ein polnisches Kulturerbe Waldenburgs hervorzuheben, hat man sich dort als Leitthema „Multikulturelle Unabhängigkeit“ ausgedacht. So können Besucher am 15. September auf den Spuren der Porzellangeschichte wandeln und in einer Wanderung durch Waldenburg Unikate der postindustriellen Architektur bewundern. Des Weiteren werden Vorträge zum Leben der nach dem Krieg zugezogenen Polen aus dem ehemaligen Ostpolen und aus Frankreich gehalten.

Hingegen vermisst man bei Durchsicht der diesbezüglichen Veranstaltungen das Schicksal der in und um Waldenburg festgehaltenen Deutschen. Dabei leben noch Zeitzeugen, die über die Nachkriegszeit in etwaigen Veranstaltungen zu erzählen wüssten. Doris Stempowska aus dem nahen Fürstenstein [Ksiaz], die langjährige Vorsitzende der Waldenburger Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft, hat ihr Leben lang hier gelebt. Sie erinnert sich selbst an die Fürstin Daisy von Pless, die auf Schloss Fürstenstein lebte, und kennt so manche Anekdote von damals. An die Polen, die nach dem Krieg aus Frankreich kamen, erinnert sich Manfred Richter, der heute in Hildesheim lebt. Er war einer der etwa 30000 Deutschen, die in den Jahren 1945 bis 1958 im nun polnischen Niederschlesien festgehalten wurden, da Fachleute aus Bergbau und Textil- oder der Porzellanindustrie unentbehrlich waren. „Die Franzosenpolen hätten sich schnell mit der größten Minderheitengruppe in Waldenburg, den Deutschen, angefreundet“, erinnert sich Richter, „da beide Gruppen eine ähnliche kulturelle Prägung hatten.“ Richter wird heute noch bei seinen Heimatbesuchen von den „Franzosenpolen“ gerne eingeladen.



Nachkriegszeitliches: Waldenburger Kulturzentrum Bilder (2): Wagner

Das Ethnographische Museum in Breslau bleibt an den Kulturerbe-Wochenenden ausschließlich dem „Unabhängigkeitsjubiläum“ verbunden. So werden jüdische Künstler der Anders-Armee vorgestellt, polnische patriotische Lieder der Zwischenkriegszeit oder Filmmaterial aus dem polnisch-sowjetischen Krieg präsentiert. Im Ossolineum – dem ehemaligen Polnischen Nationalinstitut aus Lemberg, das nach dem Krieg in Breslau seinen neuen Sitz fand – erinnert eine Plakat-Ausstellung 1918 bis 1920 an das Polen der Zwischenkriegszeit und Fotomaterial aus Breslau 1945 bis 1950 zeigt den Wiederaufbau der schlesischen Metropole.

Auch die Breslauer Oper macht bei dem europäischen Kulturfest mit, das natürlich mit der Überschrift „Polnische Unabhängigkeit“ in das bekannte Korsett gezwängt wird. Die Oper öffnet sich den Besuchern aus einer sonst nur Künstlern und Bühnenbildnern zugänglichen Perspektive.



Doris Stempowska

Das Gebäude ersetzte 1841 einen erheblich kleineren und bereits sehr heruntergekommenen Bau von Carl Gotthard Langhans aus dem Jahr 1782. Der Neubau der Breslauer Oper in der Schweidnitzer Straße entstand nach dem Entwurf von Carl Ferdinand Langhans, dem Sohn des Architekten. Das Haus wurde nach zwei Bränden 1865 und 1871 umgebaut und im Krieg nicht zerstört. 1804 wurde der damals erst 17-jährige Carl Maria von Weber als Kapellmeister und erster Generalmusikdirektor engagiert. Immerhin – wenn man nur einige Male um die Ecke denkt – kann man das Korsett Polnische Unabhängigkeit also auch elegant abschütteln. *Chris W. Wagner*

Deutschland sank vor Swinemünde

Die Ostsee – ein Schiffsfriedhof

Im Sommer 1944 formierte die Deutsche Kriegsmarine aus den Schweren Kreuzern „Lützow“, „Admiral Scheer“ und „Prinz Eugen“ die „Kampfgruppe 2“ zur Unterstützung der Heeresgruppe Nord in der Ostsee. Diese musste in Folge heftiger Angriffe der Roten Armee immer öfter den Rückzug antreten. Die „Lützow“ entpuppte sich bei genauerem Hinsehen als das Panzerschiff „Deutschland“ der Reichsmarine der Weimarer Republik. Durch Umbenennung und Umklassifizierung war daraus nun der Schwere Kreuzer „Lützow“ geworden. Die drei „Dickschiffe“ spielten bei der Verteidigung des Baltikums eine wichtige Rolle. Ab dem 12. Oktober 1944 gaben „Lützow“ und „Prinz Eugen“ den Verteidigern Memels Feuerschutz. Nun ging es um die Verteidigung des Reichsgebietes. Zwar war die Rote Armee im Herbst 1944 auch an anderen Stellen in Ostpreußen eingebrochen, aber gegen Jahresende waren die Fronten erstarrt.

Am 12. Januar 1945 begann aus dem Baranow-Weichsel-Brückenkopf heraus eine neue Großoffensive der Roten Armee. In Ostpreußen und im Danziger Raum entstanden gleich mehrere Kessel in denen nicht nur Wehrmachtsverbände sondern auch mehrere hunderttausend heimatvertriebene Flüchtlinge saßen.

Ab dem 10. Februar 1945 begann die Schlacht um Pommern. Da es versäumt wurde, eingeschlossene Kessel und Brückenköpfe rechtzeitig zu räumen, standen kaum kampfkräftige Einheiten zur Verteidigung. Aus dem Baltikum waren zwei abgekämpfte Infanteriedivisionen nach Ostpommern verlegt worden. Es wurden Bahn, Pyritz, Arnswalde und Schneidemühl als Festungen und „Wellenbrecher“ bestimmt. Am 15. Februar 1945 begann eine deutsche Gegenoffensive, die nach geringen Anfangserfolgen liegen blieb. Die Heeresgruppen der Marschälle Schukow und Rokossowski griffen nun Richtung Norden mit den Zielen Köslin bzw. Stargard an. Anfang März 1945 gab es keine geschlossene deutsche Frontlinie in Hinterpommern mehr. Wie schon im Baltikum, in Ostpreußen und bei Danzig leisten die letzten größeren Schiffe der Kriegsmarine auch bei der Verteidigung Pommerns Hilfe. Allerdings musste der Kreuzer „Scheer“ im März 1945 den Einsatz abbrechen, weil die ausgeleierten Rohre das Artilleriefeuer immer ungenauer werden ließen. In der Werft von Kiel versenkten britische Bomber am 9. April 1945 das Panzerschiff. Nun blieben zur Unterstützung des Heeres nur noch „Prinz Eugen“ und „Lützow“. Am 7. März 1945 verlegte man „Lützow“ daher nach Swinemünde. Bereits am 3. März 1945 hatte die Rote Armee das Stettiner Haff erreicht. Zusammen mit dem Schwesterschiff „Admiral Scheer“ wurde Feuerunterstützung für die Verteidiger organisiert. „Admiral Scheer“ beschoss russische Stellungen bei Dievenow, „Lützow“ wurde in der schmalen Zufahrt des Haffs, der sogenannten Kaiserfahrt, fest verankert. Dann begann das Artillerieschießen. Die Verteidiger von Scharchow, Cammin, Neusarow, Stepenitz und Wilhelmsdorf erhielten so wirksame Hilfe.

Eine neue Krise im Bereich Danzig veranlasste die Kriegsmarine, „Lützow“ aus Swinemünde wieder abzuziehen, um den Verteidigern Danzigs Hilfe zu bringen. Statt der in die Werft entlassene „Admiral Scheer“ wurde nun das uralte Linienschiff „Schlesien“ mobilisiert, um das Heer zu unterstützen.

Auch der Schwere Kreuzer „Prinz Eugen“ beteiligte sich vor Danzig an der Unterstützung des Heeres. Am 28.3.1945 musste Gotenhafen (Gdingen) geräumt werden. Zunehmend griffen russische Kampffliegerverbände die deutschen Kriegsschiffe, allerdings mit mäßigem Erfolg, an. Am 29. März 1945 musste „Prinz Eugen“ den Einsatz abbrechen. Es war keine 20,3 cm Munition mehr zu beschaffen. Der Kreuzer verlegt nach Kopenhagen und überstand so den Krieg. So blieb nur noch das frühere Panzerschiff „Deutschland“ als letzte gefechtsbereite größere Einheit der Kriegsmarine. Dort gab es nur noch Treiböl für eine Fahrstrecke von 300 Seemeilen. Ein Bombenangriff auf Kiel am 7. April 1945 schaltete die dort zur Reparatur liegenden schweren Kreuzer „Admiral Scheer“ und „Hipper“ aus. Am 8. April 1945 lief „Lützow“ wieder in Swinemünde ein. Zuvor hatte sie von Trossschiff „Franken“ die letzten vorhandenen 28 cm Granaten übernommen. Die ehemalige „Deutschland“ lag nun in einem engen Kanal zwischen Ostsee und dem Stettiner Haff stationär. Es war genau die gleiche Stelle, an der das Schiff schon vor Monatsfrist gelegen hatte.

Aber die Russen hatten die Royal Air Force um Unterstützung gebeten, um die „Lützow“ auszuschalten. Die 617. Bomber Squadron hatte mit Spezialbomben bereits das deutsche Schlachtschiff „Tirpitz“ versenkt. Zunächst gab es keine Aufgaben für das Schiff. Am 13. April 1945 gab es Fliegeralarm. Aber die Bomber fanden in Folge starker Nebelbildung die frühere „Deutschland“ nicht. Auch am 15. April 1945 mussten die Briten in Folge schlechten Wetters den Einsatz abbrechen. Am 16. April 1945 wurde der Angriffsverband bereits um 17 Uhr über Mecklenburg geortet. Jeder der „Lancaster“ Bomber trug eine 5,4 Tonnen schwere Bombe. Im heftigen FLAK-Feuer geriet ein Bomber in Verlust, mehrere wurden schwer beschädigt.

Mit der Treffsicherheit war es nicht weit her. „Nur“ ein Nahtreffer beschädigte die frühere „Deutschland“. Allerdings wurde dadurch der Rumpf auf einer Länge von 20 Metern aufgerissen, so dass das Schiff sank. Allerdings war die Wassertiefe des Kanals so gering, dass „Lützow“ nicht unterging.

Es gelang der Besatzung sogar das Schiff provisorisch einsatzbereit zu machen. Der achtere schwere Artillerieturm „A“ war am 22. April 1945 feuerbereit. Auch die 15 cm Geschütze und die schwere FLAK konnten bald den Verteidigern Stettins gegen die angreifenden Russen Unterstützung gewähren. Bereits am 18. April 1945 waren 394 Männer der Besatzung zum Kampf an Land abkommandiert worden. Am 19. April werden 120 und am 30. April 1945 nochmals 273 Matrosen als Marineinfanteristen eingesetzt.

Am 20. April 1945 hatte die Rote Armee die Oder südlich von Stettin überwunden. Als die Stadt Pasewalk am 28. April angegriffen wurde, konnten die schweren Geschütze der „Lützow“ auf eine Entfernung von 42 Kilometern den Angriff zeitweise aufhalten. Die Mittelartillerie unterstützte zur gleichen Zeit die Verteidiger von Dievenow. Zwar wurde die frühere „Deutschland“ am 1. Mai zur Sprengung vorbereitet, aber noch waren Munitionsvorräte vorhanden. Am 4. Mai 1945 versenkte die Restbesatzung der „Lützow“ das Schiff durch Sprengung. In der Nacht vom 3. auf den 4. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht in Lüneburg vor dem britischen Feldmarschall Bernhard Montgomery. Im Mai 1947 hoben die sowjetrussischen Sieger das frühere Panzerschiff. Aber die Siegermacht dachte nicht daran, das Schiff zu reparieren. Statt dessen wurde die frühere „Deutschland“ am 20. Juli 1947 vor die Küste geschleppt und dort durch Sprengversuche versenkt. Dort liegt sie heute noch in ca. 100 Meter Tiefe.

Klaus Gröbig

Panzerschiffe „Deutschland“ und „Admiral Scheer“ Zeichnung: Walter Zeeden

Mit dem Historischen Arbeitskreis nach Stettin

Hökendorf wurde 1274 erstmalig erwähnt

Mit dem Historischen Arbeitskreis nach Stettin-Hökendorf. In diesem Jahr traf sich der Historische Arbeitskreis Stettin (kurz HAST) unter der Leitung von Ursula Zander vom 6. – 10. August 2018 im Hotel Viktoria zu Stettin.

Für Mittwoch, den 8. August, war eine Fahrt nach Stettin-Hökendorf (Kleskowo) vorgesehen. Brigitte Klesczewski hatte die Führung in ihrem Geburtsort übernommen.

Mit dem A-Bus ging es von der Haltestelle unterhalb der Jacobikirche kostenlos für Senioren über 70 Jahre in das Dorf am Buchheiderand. Es fiel den Teilnehmern der Exkursion auf, dass die Verkehrsmittel in Stettin nicht mehr die Farben der Sedina in Blau und Rot tragen, sondern blau, grün und weiß zeigen.

Hökendorf wurde 1274 zum ersten Mal erwähnt, als der Ritter Jakob von Staffelde die deutsche Ansiedlung, die der Ritter Rudolf von Zedelin 1249 gegründet hatte, an das Kloster Kolbatz verkaufte. In dieser Urkunde waren auch die Grenzen festgelegt worden. Die Siedler dort hatten das Recht, bis Altdamm hin ihr Vieh zu weiden. Heute ist dieses Gebiet mit vielen Wohnblocks bebaut, zwischen denen noch vereinzelt Häuser aus der deutschen Zeit stehen. Hökendorf, seit 1939 zu Stettin eingemeindet, wurde in der polnischen Zeit zu einer Vorortsiedlung mit vielen Plattenbauten. Übrigens gibt es noch heute 5 Höckendorfs in Sachsen.

Die Mitglieder des HASTs führte Brigitte Klesczewski zuerst an das Denkmal für die Toten der letzten beiden Kriege. Es steht an der Kirche. Die alte Dorfkirche stammt aus dem Jahr 1359, wurde aber im letzten Krieg teilweise zerstört. 1657 wurde an sie ein Holzturm gesetzt. Heute verschwindet sie hinter der riesigen neuen Kirche, die dem Heiligen Stanislaus geweiht wurde.

Das Denkmal trägt die alten Granitplatten des Kriegerdenkmals für die Toten des ersten Weltkrieges. Es bildete einmal den zentralen Mittelpunkt des Ortes, der nun zu einem großen Kreisverkehrsplatz umgestaltet wurde. Am Denkmal traf der HAST mit Anna Bielecka zusammen, die jetzt in Kleskowo-Hökendorf lebt. Sie hatte für die Gedenkstätte auf dem alten Friedhof ein Gesteck mit einer Schleife besorgt. Auf der Schleife stand: „Ein Gruß von den Stettin-Hökendorfern.“ Anna Bielecka gehört zu den Jugendlichen, die mit einer polnischen Umweltschutzgruppe Pusta Bukowe den alten Friedhof mit einigen Grabsteinen wieder hergerichtet hatten. Nach der Niederlegung des Gestecks sangen die Heimatfreunde : „Dona nobis pacem“. Zum Abschluss des Friedhofbesuches lasen die Exkursionsteilnehmer den Text auf einem Schild, das auf den alten Friedhof hinweist.

Bei der Rückkehr vom Friedhof kamen sie an der Auffahrt zum Gut Dohrn unterhalb der Kirche vorbei. Der Gutshof wurde Ende des Krieges zerstört. Es stehen nur noch Reste vom Kuhstall und der Fußwegeingang zum Gutshof. An der Stallruine befindet sich ein Schild mit einem ausführlichen Text so wie Bildern von der Familie Dohrn. Den Text verfasste Anna Bielecka auf Deutsch und Polnisch.



In der alten Dorfkirche zu Hökendorf
(Foto: Klesczewski)

Dem Arbeitskreis wurde berichtet, dass Heinrich Dohrn (1769-1852) zuerst das Land an der Finkenwalder Straße pachtete und es dann 1817 kaufte. 1817 war auch das Gründungsjahr der Pommerschen Provinzial Zuckersiederei auf der Lastadie in Stettin, einer Aktiengesellschaft, an der Heinrich Dohrn zu 28,5 % beteiligt war. Sein Sohn Carl August Dohrn (1806-1892), war ein bekannter Entomologe, Weltreisender und Sänger. Er ließ den Park am Gutshaus von Gartenbaumeister und Generaldirektor der königlichen Gärten in Preußen, Peter Josef Lenné, mit dem er befreundet war, gestalten. Carl August Dohrn wurde auf dem Gutsfriedhof beigesetzt. Zwei seiner Söhne wurden sehr bekannt. Dr. Heinrich Dohrn (1838-1913) war Stadtrat in Stettin und Begründer des Pommerschen Landesmuseums auf der Hakenterrasse. Dieses Museum wurde nach dem Vorbild des Braunschweiger Herzog-Anton-Ulrich Museums eingerichtet. Braunschweig war sein Geburtsort. Hier steht er an 85. Stelle der bekanntesten Braunschweiger.

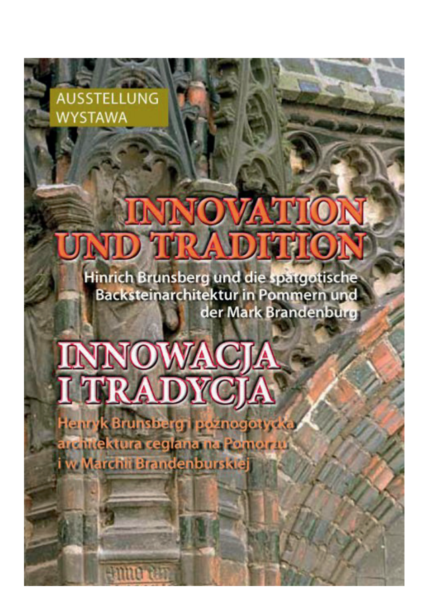
Sein Bruder Anton Dohrn (1840-1909), der bekannte Meeresbiologe und Erbauer der Zoologischen Station mit Aquarium und Forschungsplätzen in Neapel, liegt auf dem Gutsfriedhof begraben. Den Gutsfriedhof gibt es nicht mehr.

Der letzte Besitzer des Gutes, ein Sohn von Anton Dohrn, war Boguslav Dohrn (1875-1960). Er übernahm das Gut von seinem Onkel Dr. Heinrich Dohrn. Seine Rinderzucht und Milchwirtschaft waren sehr fortschrittlich. Er unterstützte Theodor Heuß während der Nazizeit. Heuß forschte in Hökendorf im Dohrnschen Archiv und schrieb eine Biographie über Anton Dohrn.

Da der Ausflugstag am 8. 8. 2018 auf dem Thermometer 34 Grad Celsius aufwies, fiel der Spaziergang zu den Zitelmannschen Eichen am Rande der Buchheide wie auch der Gang durch den Dohrnschen Restpark zu dem Gelände mit den noch vorhandenen Gebäuden der Diakonissenanstalt Kinderheil weg. Zu Kinderheil gehörte auch das Bucheide-Krankenhaus, vor 1933 Zion genannt. Hier wurden Manfred Stolpe und zwei Urenkel von Heinrich Zille geboren.

Für den Abend war ein Vortrag von Professor Dr. Hermann Manzke im kleinen Konferenzsaal des Hotels Viktoria vorgesehen. Er referierte über zwei miteinander befreundete, berühmte Stettiner Persönlichkeiten, die Physiologen Rudolf Höber und Albrecht Bethe. Zu dem Vortrag hatte Ursula Zander Frau Dr. Kosinska, die frühere Direktorin des Stadtmuseums im Alten Rathaus, eingeladen.

Brigitte Klesczewski



Innovation und Tradition

Hinrich Brunsberg und die spätgotische Backsteinarchitektur in Pommern und der Mark Brandenburg

Ausstellungseröffnung
Sonntag, 9. September 2018, 11 Uhr
Schloss Doberlug, Schlossplatz 1
03253 Doberlug-Kirchhain
Dauer der Ausstellung
9. September 2018 bis 20. Januar 2019
Öffnungszeiten:
September: Di — So 10 — 18 Uhr
Ab Oktober: Di — So 10 — 17 Uhr

Hinrich Brunsberg (um 1350 bis nach 1428) ist neben den Parlern einer der bedeutendsten und auf dem Gebiet der Backsteinarchitektur einer der wenigen namentlich bekannten mittelalterlichen Baumeister im südlichen Ostseeraum. Er wirkte um 1400 vor allem in Pommern und in der Mark Brandenburg. Die mit seinem Namen verbundenen Bauwerke gehören zur Blütephase der Spätgotik in der Region.
http://www.kulturforum.info/de

Fehlurteil eines Richters

Zu: Sprachpolizist (Nr. 32)

Alle Gewalt geht vom Volke aus. Das Parlament führt den Willen des Volkes aus. So sollte man glauben. Auch dass Gerichte und Richter unabhängig, nicht weisungsgebunden und politisch neutral sind, will man uns weismachen. Im Parlament unterliegende Kleinparteien rufen immer wieder Gerichte an, wenn ihre absurden Vorstellungen nicht die erforderliche Mehrheit finden.

Dies bedeutet aber nicht, dass sich der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Andreas Voßkuhle, das Recht herausnehmen kann, die politische Rhetorik der CSU zu kritisieren. Wo war die Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik, als sie damals das Flüchtlingschaos nach Deutschland holte? „Vor Gericht bekommt man kein Recht, sondern ein Urteil, weil man auf hoher See und vor Gericht in Gottes Hand ist", heißt es.

Man kann dem Präsidenten des Verfassungsgerichtes daher nur zurufen: „Schuster, bleib bei deinen Leisten!" Eine Mehrheit der Bevölkerung stimmt auch mit dem Gehabe des Gerichts bezüglich des abgeschobenen Tunesiers nicht überein. Das Rechtsempfinden der Bevölkerung ist auch gestört, wenn alle Asylsuchenden bei Ablehnung ihres Bescheides mit Anwälten, welche über Gerichtskostenbeihilfe die Vertretung beantragen, auf Kosten des Steuerzahlers weiter versuchen, unrechtmäßig Asyl zu erlangen.

Eine Justizreform ist dringend erforderlich, um in der EU einen gleichen Standard zu erreichen.

Dieter Kassenbeck, Sylt

Bitte keine Söldnerarmee

Zu: Dünnes Eis (Nr. 31) und: Sonderweg (Nr. 32)

Es mutet schon merkwürdig an und grenzt an die Büchse der Pandora, wenn man die Bundeswehr, die zur Verteidigung der Heimat geschaffen wurde, mit EU-Ausländern auffüllen beziehungsweise ersetzen will, wobei eine Söldnerarmee schon Napoleon geschadet hat.

Soldaten unterliegen einem besonderen Treueverhältnis, benötigen nationale Bindungen, Grundwerte, Leitbilder und eine gewachsene, verantwortungsvoll gepflegte Tradition, also eine Armee von Bürgern gestellt.

Das Thema Bundeswehr, derzeit ein Trümmerhaufen aus politischen Fehlentscheidungen und Sparzwang, kommt hinsichtlich der Sollstärke wieder ins Gerede. Eine Lösung wären der Widerruf der Aussetzung der Wehrpflicht oder die Dienstpflicht beziehungsweise das Pflichtjahr auch für Feuerwehr, THW, DRK und Krankenhäuser, um das Gemeinwohl zu stärken.

Günter Algner, Berlin

Gewalttätige Engel

Zu: Wessen Prügeltruppe? (Nr. 32)

1968 regierte auch eine Große Koalition. Sie hat auf der politischen Linken die Bereitschaft gefördert, das komplette politische System infrage zu stellen. Die derzeitige Große Koalition ruft Proteste von Rechts hervor. Anders als damals besitzt die heutige Linke kulturelle Hegemonie. Die Linke fühlt sich am Zusammenbrechen. Daher der „Kampf gegen Rechts".

Die Linken sind der Meinung, dass ohne Politik- und Kommunikationskontrolle ein schlechteres Deutschland entstünde. „Die Antifa wird von V-Leuten des Verfassungsschutzes unterwandert. Diese sorgen für Gewaltausbrüche auf Demonstrationen. Das sei Teil der Strategie, linke Politik zu diskreditieren", so Gregor Gysi.

Vor vielen Jahren schon wurde festgestellt und auch öffentlich gemacht, dass Randale auf Fußballplätzen jeglicher Größenordnung von der Antifa ausgegangen ist. Wenn heute ein toter Demonstrant aus der linken Reihe auf der Straße liegen sollte, geschieht das Gleiche wie nach der Erschießung von Benno Ohnesorg. Dann waren es die „Bullen", die der brutale und faschistoide Staat morden ließ.

Trifft es einen Polizisten, ist alles anders. In diesem Fall hat sich die Polizei falsch verhalten, hat Demonstranten provoziert. Die Antifa-Mitglieder sind dann der Auffassung, dass da jemandem schon mal die Hutschnur hochgeht. Außerdem könnten sich doch auch Rechtsextremisten unter die Demonstranten gemischt haben. Geschützt durch friedliche Linke würden diese ihrer unbändigen Gewaltlust nachgehen.

Gewalt als »linke Militanz« verharmlost

Dann gibt es da führende CDU-Politiker, die zwar von „linker Militanz", jedoch nie von Linksextremismus sprechen. Wie würde man reagieren, wenn man rechtsradikale Attacken auf Asylbewerberheime und Leute ausländischen Aussehens als „rechte Militanz" bezeichnet, aber nicht als kriminelle Akte. Wegen Verharmlosung würde ein Aufschrei durch das politische Lager erfolgen. Gelten solche Sprüche den Linken, gibt es selten harsche Reaktionen.

Es ist also ein Unterschied, ob von „linker Militanz" oder „rechter Militanz" die Rede ist. Es gibt SPD-Politiker, die wirklich glauben, wer Gewalt ausübe, könne kein Linker sein. Denn ein Linker sei grundsätzlich auf der Seite der Weltverbesserer. Ein Linker ist eben immer ein Gutmensch. Wer jedoch so denkt, ignoriert historische und sozial-psychologische Zusammenhänge.

Die Geschichte zeigt, dass nicht nur von den Rechten Gewalt ausging. Die Geschichte der Linken ist ebenso von Gewalt geprägt: von der französischen Revolution über Maos Kulturrevolution bis hin zu allen Befreiungsbewegungen. Gewalt war immer ein Teil der Linken (RAF). Doch diese nehmen sich anders wahr. Ihre Gewalt richte sich nur gegen das Schlechte. Nur Ahnungslose sehen das so.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Heimliche Freude

Zu: Das Herz auf der Zunge (Nr. 34)

Thomas Kutschaty, Ex-Justizminister von NRW, lehnt sich sehr weit aus dem Fenster, wenn er wegen des Verbrechers Sami A. den Innenminister Herbert Reul, der sich vor seine Mannschaft stellt, derartig scharf angreift. Dafür kann es nur einen Grund geben: Er versucht seine eigene Unfähigkeit sowie seine Untätigkeit in der Zeit von 2010 bis 2017 unter den Teppich zu kehren.

In sieben von elf Jahren Abschiebeprozedere nichts erreicht zu haben, kann man sich wohl nur als Politiker erlauben. Die Unverfrorenheit dieses Mannes finde ich kriminell. Mich würde interessieren, was dieser Prozess den Steuerzahler bisher gekostet hat. Ein Land wie Deutschland ist in elf Jahren nicht in der Lage, sich eines Gefährders zu entledigen. Was für eine Schande!

Meine heimliche Freude? Solange sich in der SPD eine auf die Fresse schlagende Nahles, ein ewig gestriger Stänkerer wie Stegner und nun auch noch ein unkluger Kutschaty im Wählerabwehrdienst tummeln, kann es mir nur recht sein.

Peter Karstens, Eckernförde

Millionärs-Hobby

Zu: Riss durchs linke Lager (Nr. 32)

Wenn die Millionärin Frau Wagenknecht und der Millionär Herr Lafontaine das Portal „Aufstehen" ins Leben rufen, muss sich jeder Normalo verspottet fühlen. Jetzt soll sich angeblich der Millionär Herr Gabriel vor den Karren spannen lassen. Die Leben in einem rundum Sorglos-Paket.

Für mich ist das ein Rachefeldzug von Wagenknecht, Lafontaine und Gabriel. Jetzt werden die SPD und die Linke unter Druck gesetzt. So ein Hobby können sich nur Millionäre leisten. Ich finde das eine bodenlose Frechheit und Unverschämtheit von diesen Leuten. Sie sind selber schuld an der perversen Wohnungsnot, Altersarmut, Kinderarmut, Hartz IV und Zeitarbeit.

Paul Nemec, Sachsenheim



Dürreopfer des Jahrhundertsommers: Kühe bei Willich in NRW grasen auf dem Trockenen. Jetzt warten die Milchviehhalter darauf, dass der Deutsche Bauernverband endlich einmal etwas für den in diesem Sommer notleidenden Berufsstand tut Bild: Imago

Echte Hilfe statt Sozialhilfe für deutsche Bauern

Zu: Deutsche Diskussion um Agrarnothilfe (Nr. 32)

Die Aussage im Untertitel ist definitiv falsch. Es muss heißen: „Bauernverband (nicht: „Deutsche Bauern", d. Red.) fordert eine Milliarde Euro."

Diese ominöse Organisation hat noch nie die Interessen der Bauern vertreten, sondern nur die Interessen von Maschinenherstellern, Schlachterei- und Molkereiunternehmen, Dünger- und Pflanzenschutzmittelherstellern, in deren Vorständen und Aufsichtsräten diese Herren sitzen. Diese Forderung, die die Missbilligung der Bauern findet, wird von den Bauern nicht mitgetragen. Sie dient nur dazu, den Bauern vorzugaukeln, dass der Deutsche Bauernverband (DBV) etwas für den Berufsstand tut.

Zum Vergleich: In zwei Jahren Milchkrise haben die Milchkuhhalter in Niedersachsen zwei Milliarden Euro verloren. Dieser moralisch vollkommen verwahrloste Trümmerhaufen DBV hat für die Milchviehhalter nichts, aber auch gar nichts getan.

Ein politisches Umdenken hat er nicht gefordert. Dass 61 Prozent der Bauern CDU wählen von vormals 100 Prozent, ist schon als fortschrittliches Umdenken zu würdigen. Dass ein Umdenken bei den Bauern stattfindet, beweisen die Milchbauern zur Genüge.

Besser wäre es allerdings, wenn Bundesumweltministerin Svenja Schulze zur Kenntnis nehmen würde, dass die Politik die Rahmenrichtlinien vorgeben muss, was sie gezielt unterlässt. Die Forderung nach Ökoflächen (Blühstreifen) oder artgerechter Tierhaltung können bei passenden Richtlinien schnell erfüllt werden. Das dafür erforderliche Geld können und wollen wir Bauern ohne finanzielle Gegenleistung der Gesellschaft nicht aufbringen.

Hierbei möchte ich auch die politischen Fehlleistungen erwähnen. Massentierhaltung oder Nitrateintrag gehen auf Kosten der SPD. Die CDU hat diese Fehlleistung weiter vorangebracht. Die Grünen haben die fragwürdige Ökolandwirtschaft, die Biogasanlagen, den Maisanbau und die einseitigen Fruchtfolgen zu verantworten. Aber die Bauern sollen umdenken.

Um die Folgen der Dürre zu mildern, sind steuerfreie Rücklagen nur bedingt geeignet, da nur 50 Prozent der Betriebe steuerpflichtig sind. Die günstigen Kredite der Rentenbank kennen die Milchviehhalter, sie sind noch nicht abbezahlt, wenn die nächste Krise kommt.

Die erwähnten 300 Euro pro Hektar Ausgleichszahlung noch als Subvention zu bezeichnen, zeugt von der Unkenntnis. Hierbei handelt es sich um eine Entschädigungszahlung, um das Preisgefälle zum Weltmarkt zu glätten. Diese immer wiederkehrende Zahlung ist auch keine Subvention. Sie wird von uns Bauern spöttisch als Sozialhilfe bezeichnet, was sie auch ist.

Wir fordern eine angepasste Produktion, mit mindestens kostendeckenden Preisen, die uns auch die Bildung von Rücklagen ermöglicht. Eine Dürrehilfe auf Kosten des Steuerzahlers wird damit überflüssig. Vor allen Dingen erwarten wir von der Politik den Mut, den Verbrauchern zu sagen, dass die Nahrungsproduktion ihren Preis hat. Auch der Atomstrom ist billig, wenn man von den Folgekosten absieht.

Die Folgekosten für die Landwirtschaft sind vernichtete Existenzen, Grund und Boden gehen an die „Heuschrecken" aus dem Investmentbereich, die ihr Geld an der Steuer vorbei gut anlegen wollen. Mehr Naturschutz ist mit einer angepassten Produktion sicher möglich. Was wir auch durch die Anlage von Blühstreifen bewiesen haben.

Ottfried Wolter, Neetze

Wenig Hirn in Venezuela

Zu: Und ob sie das können! (Nr. 34)

Mir ist völlig unverständlich, warum so viele Jugendliche in Europa, gerade im Westen, immer noch mit Che-Guevera-Leibchen oder sonstigen kommunistischen Symbolen durch die Gegend laufen. Gerade Venezuela ist doch das beste Beispiel, dass der real existierende Sozialismus nicht funktioniert.

Sicher, auch ich finde so manche außenpolitische Ansichten, die der verstorbene Präsident Chávez gehabt hat, gut, jedoch die Wirtschaftspolitik des sozialistischen Landes ist eine Katastrophe. Aufgrund der Verstaatlichung von Unternehmen wurden funktionierende Betriebe von ahnungslosen Bürokraten übernommen, die keine Ahnung von Wirtschaft haben. Die Produktion von Nahrungsmitteln ging drastisch zurück, sodass die Lebensmittelläden aussehen wie in den schlimmsten Sowjetzeiten, sprich leer sind.

Da die staatlich gelenkte Wirtschaft außer Öl nichts zu bieten hat, muss fast alles importiert werden. Die Regierung um den ehemaligen Busfahrer Nicolás Maduro wusste sich nicht anders zu helfen, als Geld zu drucken. Das Ergebnis ist ein totaler Verfall der Währung. Die Inflation macht Simbabwe Konkurrenz und liegt bei 800 Prozent. Die Venezolaner leiden millionenfach an Hunger und müssen teils nicht zum Verzehr geeignete Tiere essen, um irgendetwas in den Magen zu bekommen.

In den USA und Westeuropa halten viele Studenten den Sozialismus für eine gute Sache. Der bekennende Sozialist Bernie Sanders wurde bei den US-Vorwahlen vor allem von der Jugend unterstützt. Ich rate diesen Jungen als Normalo und nicht als Tourist einige Monate in Venezuela oder Kuba zu leben, dann werden sie vom sozialistischen Traum geheilt. Wie heißt es so schön: „Wer mit 20 kein Kommunist ist, hat kein Herz, wer mit 30 noch Kommunist ist, kein Hirn."

Mag. Klaus Goldmann, Gallneukirchen/Österreich

Der Eintänzer von Kolberg

Zu: Das Ostseebad Kolberg (Nr. 28)

Dieser Beitrag war eine besondere Freude. Auf einmal war ich wieder in meiner Heimat um 1936. Zu der Zeit war ich zwölf Jahre alt. Ich kann mich eigentlich an alle genannten Kureinrichtungen und Vergnügungsstätten erinnern. Es gab natürlich auch noch ein jüdisches Kinderheim, das damals schon nicht mehr besonders erwähnt werden durfte. Es gab vor 1933 eine große Zahl jüdisch koscherer Restaurants. Und es gab ein Familienbad. In dieser Anlage war auch ein sehr schönes Café integriert.

Einmal nahm mich meine Mutter mit in dieses feine Restaurant mit Tanzmusik. Ich beobachtete einen Mann, der alleine saß, und wenn ein Stück gespielt wurde, tanzte er mit verschiedenen Frauen. Neugierig fragte ich meine Mutter, was der da macht und sie flüsterte mir zu: „Das ist ein Eintänzer."

Nachdem sie mir seine Tätigkeit beschrieb, beschloss ich, auch Eintänzer zu werden. So wie mein Kindertraum sind all die schönen Orte verloren. Die Polen bemühen sich zwar sehr, diese Tradition zu beleben, aber die Feinheit und Eleganz kann nicht wieder aufgeweckt werden. Haben Sie herzlichen Dank für das Eintauchen in meine Kindheitserinnerungen.

Klaus Ecker, Tossens/Butjardingen

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Rauf zum Horn

Jenseits der legendären Streif hat Kitzbühel in Tirol weitere Wanderattraktionen zu bieten – Genusswanderwochen im September

In der Ferien- und der Skisaison herrscht in Kitzbühel Volksfeststimmung. Wenn im Januar noch das legendäre Abfahrtsrennen auf der Streif stattfindet, gesellt sich neben tausenden Besuchern auch die internationale Schickeria hinzu. Doch im Spätsommer, wenn die Feriensaison ausklingt, haben Wanderer hier ihre Ruhe.

Zum Hirschbichlsteig? Franz Reisch schüttelt den Kopf: „Heute besser nicht“, sagt der Almwirt und serviert einen Kaffee aufs Haus. Er hat das Mitfünfzigerpärchen kurz taxiert und weiß sofort, dass einer der leichteren Wanderwege, die am Kitzbüheler Horn locken, die bessere Wahl ist. Denn in der Nacht hat es geregnet, der Steig ist schmal, der Fels glitschig.

Es ist neun Uhr in der Früh. Die Wolkendecke wird bald aufreißen. Im Alpenhaus in 1670 Meter Höhe ist noch wenig los. Chef Reisch nimmt sich Zeit zum Kartenstudium und beschreibt die einzelnen Wege so plastisch, dass man eigentlich sitzenbleiben könnte. Noch einen Kaffee, dann ist Zeit zum Aufbruch. Zunächst zum Karstweg, der zehn Minuten unterhalb des Alpenhauses an der Trattalmulde beginnt.

Reisch hat nicht übertrieben. Der Blick nach vorn ist gigantisch – auf Kitzbühel und den Schwarzsee, auf den Hahnenkamm und die Südberge bis hinüber zum Großvenediger und Großglockner. Der Blick zurück fokussiert 450 Millionen Jahre Erdgeschichte. Damals sind hier die Karstwelten mit höhlenartigen Strukturen entstanden. Damit man genau weiß, was man sieht, gibt es entlang des 2,4 Kilometer langen Rundwegs viele Informationen.

Bis zum Mittagessen bleibt noch Zeit für einen Abstecher in den Alpenblumengarten. Einfach die Pracht auf sich wirken lassen. Oder tiefer in die Materie einsteigen und den Ausführungen eines Biologen lauschen. Die Führungen werden gratis angeboten. Ein weiterer Höhepunkt am Horn ist der Hornköpfelsee – ein neu angelegter Speichersee mit Traumpanorama.

Zurück im Alpenhaus, wo man unbedingt die Spinatknödel und den Topfenstrudel probieren sollte, freut sich Reisch übers Wiedersehen. Übrigens: Reischs Urgroßvater war es, der den Grundstein für die touristische Entwicklung Kitzbühels legte. Er bezwang 1893 als erster mit Skiern das Kitzbüheler Horn. Die Familie errichtete später das Alpenhaus und baute sogar die eigene Mautstraße. Voller Weitsicht trugen die Reischs dazu bei, Kitzbühel als Sportstadt zu etablieren.

Das Programm für den nächsten Tag ist klar. Es wird „Auf den Spuren von Franz Reisch“ gewandert: von Kitzbühel bis auf den Gipfel des Kitzbüheler Horns. Die Tour ist anspruchsvoll, dauert sechs Stunden, hat 1400 Höhenmeter bergauf und wieder bergab. Durch Wiesen- und Waldpassagen geht es zunächst zur Adlerhütte in 1267 Metern Höhe, dann über Forst- und Almwege – natürlich am Alpenhaus vorbei – zum Gipfelsturm. Aus eigener Kraft, ohne Bergbahnunterstützung geschafft, meint man, sich das atemberaubende 360-Grad-Panorama doppelt verdient zu haben.

Zum nächsten Ziel, die Bichlalm, fahren die meisten aber mit dem renovierten Doppelsessellift. Oben auf 1600 Metern Höhe wird es nostalgisch. Denn die urige Bichlalmhütte hat sich 2014 in ein charmantes Berggasthaus mit stilvoll-altmodischer Lounge verwandelt. Nur sollte man bloß nicht allzu lange verweilen. Beim Wandern ist schließlich der Weg das Ziel. Und der führt zunächst an friedlich grasenden Haflinger-Pferden vorüber, dann zwei Stunden auf dem Grat hinüber zum Horn mit seinen wunderbaren Ausblicken. Und tierischer Musik, denn hier sind etliche schrill pfeifende Murmeltiere zu Hause. Zwischen den Talstationen von Hornbahn und Bichlalmlift verkehren Busse, damit man bequem nach Hause kommt.

Es gibt viel zu tun, bis allein das Kitzbüheler Horn mit seinen Möglichkeiten erkundet ist. Familien freuen sich über den Kletterpfad für Kinder, Mountainbiker schätzen das Massiv als steilsten Radberg Österreichs. Oder darf es noch mehr Wandern sein? Insgesamt lockt Kitzbühel mit mehr als 1000 Kilometern markierter Wanderwege. Den ersten Überblick ebenso wie die perfekte Orientierung unterwegs gewährleistet im Internet unter maps.kitzbuehel.com ein Tourenportal mit seinem GPS-basierten Kartenmaterial. Die sehr technikaffinen Wanderer nutzen ihr Smartphone, um mit der Gratis-App „SummitLynx“ auf verschiedenen Touren Punkte sammeln für die – in diesem Fall – digitale Wandernadel.

Verloren geht hier auch bei schlechtem Wetter keiner. Dazu muss man nicht erst der modernen Technik vertrauen. Wer die Wandertipps des Hüttenwirts Reisch befolgt, ist immer auf der sicheren Seite. *Judith Kunz/H. Tews*



Phänomenaler Ausblick auf Kitzbühel und den Hahnenkamm mit der Streif-Piste: Wanderer am Horn Bild: Michael Werlberger/Kitzbühel Tourismus

Mit dem Bergwelten-Wandertag am Horn startet die **Kitzbüheler Genusswanderwoche von 15. bis 23. September**. Zum Auftakt gibt es geführte Wanderungen aller Schwierigkeitsgrade: Entspannt durch den herbstlichen Alpenblumengarten schlendern, gemütlich den Karstweg erkunden, sportlich gesicherte Steige bezwingen, den Ausblick vom Wilden Kaiser bis zu den Hohen Tauern und das Rahmenprogramm mit Musik im Alpenhaus genießen. Weitere Schwerpunkte sind Entschleunigung dank Berg-Yoga und Kneippen auf der Bichlalm, die Auracher Erbhöfe und das Erlebnis (Grander-) Wasser am Jochberg. Abschluss ist der erste Gamstrail am 22. September. Infos: Kitzbühel Tourismus, Hinterstadt 18, A-6370 Kitzbühel, Telefon 0043/5356-66660, E-Mail: servus@kitzbuehel.com, Internet: wandern.kitzbuehel. com

Auf römischen Spuren

Auszeit für Körper und Seele – Wohlfühlprogramm im Altmühltal

Als Gesundheitsoase bewährt sich der Naturpark Altmühltal schon lange: Als die Römer hier vor 2000 Jahren ihren Grenzwall bauten, nutzten sie auch das wohltuende Wasser der natürlichen Thermalquellen. In Bad Gögging ließ bereits der römische Kaiser Trajan eine der größten Schwefelwasser-Thermen nördlich der Alpen erbauen. Eine Tradition, die in Bad Gögging immer noch lebendig ist: In der Limes-Therme tankt man neue Kräfte, etwa in der römischen Saunalandschaft – stilecht untergebracht in einem originalgetreu gebauten Limesturm.

Das im 2016 neu eröffnete Saunaparadies bietet auf 1500 Quadratmetern Badekultur wie vor 2000 Jahren. Ein breites Angebot vom Aufenthaltsraum mit Schwefelwasserbecken über Kräuterduft-Sauna, einer 60 Personen fassenden Arena-Sauna mit Frigarium bis zum Massageraum, Thermalpool und Saunagarten erwartet den Besucher. Auch der Name der Mogetissa-Therme in Weißenburg ist eine Reminiszenz an die römische Vergangenheit der Stadt. Er geht auf einen Soldaten zurück, der hier 107 n. Chr. bei der Einheit „Ala I Hispanorum Auriana“ stationiert war.

In Bad Abbach nutzten die badekundigen Kelten und Römer die dortigen Thermal-Schwefel-Moor-Heilquellen – wahrscheinlich aber unter weniger komfortablen Bedingungen als in der heutigen Kaiser-Therme. Sie bietet die ideale Kombination von Badevergnügen und Gesundheits-Vorsorge. Eine „Totes-Meer-Salzgrotte“ verspricht „Seeluft“ für Menschen mit Atemwegsproblemen.

Das Treuchtlinger Thermal-Heilwasser aus der Burgstall-Quelle und der Lambertus-Quelle kommt aus einer Tiefe von rund 800 Metern. Es speist sieben Becken der Altmühltherme in Treuchtlingen. Dem fluoridhaltigen Wasser wird sogar verjüngende Wirkung nachgesagt. Was man gerne glauben mag, wenn man ganz entspannt etwa den Frischekick der Sprudelbänke genießt.

Für alle Thermalbäder im Naturpark gilt: Der Wohlfühlgedanke wird großgeschrieben. Jede Therme hat eine eigene Saunalandschaft mit verschiedenen Saunentypen für alle Vorlieben. In Bad Abbach, Treuchtlingen und Bad Gögging bieten Fachkräfte Massagen oder sogar Ayurveda an.

Aber zu einem gelungenen Urlaub gehört beides – Entspannung und Bewegung. In der reizvollen Region des Altmühltals gibt es tausende Möglichkeiten, sich fit zu halten: Golfen, Fußball, Nordic Walking, Radfahren und Wandern sind nur einige davon. Für Wanderer bieten der Altmühltal-Panoramaweg, der Jurasteig oder der Ostbayerische Jakobsteig die schönsten Weitwanderwege in Bayern. Diese haben ebenso wie die Therme zu einem großen Teil einen historischen Ursprung, denn römische Legionen benutzen diese Wege teilweise als Handelswege.

Alle Thermen bieten mit den Tourist-Informationen Vitalpauschalen an, die Wellness in der Therme mit einem erholsamen Aufenthalt verbinden. *A. Guballa*



Bild: FrankenTourismus/ALT/Hub

Die Altmühl bei Riedenburg: Kanutour an Burg Prunn vorbei

Informationszentrum Naturpark Altmühltal, Notre Dame 1, 85072 Eichstätt, Telefon (08421) 9876-0. www.naturpark-altmuehltal.de

Kubus im Karst

Grüne Villen auf Kroatiens Sonneninsel Krk

Bei der Aussprache von Krk kann man sich leicht verschlucken. Doch Gäste der beliebten und größten Insel der Adria in der Kvarner Bucht wissen natürlich, wie man den Namen richtig ausspricht: Kirk (mit kurzem „i“). Das kroatische Eiland ist bekannt als die Insel der Blauen Flaggen – wegen des reinen Meeres sowie der sauberen und sicheren Strände. Njivice ist dabei einer der vielen Lieblingsplätze der Touristen am nordwestlichen Strand der Sonneninsel. Hier wurden eben erst die neuen Marbera Flora Green Villas eröffnet. Dabei handelt es sich um ein- bis zweistöckige, geradlinig-schlichte und moderne Ferienhäuser mit ideal ausgestattetem Küchen-, Wohn- und Schlafbereich, großer Holzveranda und teilweise Dachterrasse. In den 80 Kuben finden je zwei bis acht Personen Platz.

Die familienfreundliche Villenanlage der Njivice Hotel & Camping Resorts mit ihren bis zu 50 Quadratmetern großen Ferienhäusern ist auf einem Riesenareal verteilt. Große Fensterfronten scheinen wie in den Karstwald hineinzuwachsen. Davor breitet sich die türkisblaue See aus.

Von hier aus lassen sich wunderbare Ausflüge unternehmen, so zu den sehenswerten Städten Krk, Vrbnik und Baška mit ihren historischen Zentren. In zehn Autominuten ist man an der Krk-Brücke, die „Überlandpartien“ aufs Festland ganz unkompliziert macht. In rund 30 Kilometern Distanz liegt die beliebte Hafenstadt Rijeka mit der Trsat-Burg und der habsburgisch geprägten Promenade. Die berühmten Kur- und Tourismusstädte Opatija und Lovran sind in weniger als 50 Autominuten erreichbar. Mit Fähren sind außerdem die beliebten Nachbarinseln Cres, Lošinj und Rab rasch erreicht.

Allerdings gibt es schon auf Krk viel zu sehen: Reizvoll sind die Küstenabschnitte in der Stara Baška und in der Bucht von Punat mit der fast kreisrunden Insel Košljun. Echte Hingucker sind auch die vielen römischen und frühchristlichen Ruinen, die vor einer prächtigen Meereskulisse in den Himmel ragen und natürlich das frankopanische Kastell in Krk-Stadt.

Bei Internet-Buchungen direkt auf www.marberavillas.com wird ein Gratisfrühstück mit regionalen und saisonalen Produkten am Morgen nach der Ankunft direkt ins Haus geliefert. *tws*



Traumhafte Lage: Marbera Flora Green Villas Bild: MK Salzburg

Oktoberfeste im Süden der USA

Das Münchener Oktoberfest ist längst ein internationaler Exportschlager geworden, der selbst in Übersee gefeiert wird. Sogar im fernen Arizona eifert man dem echten Oktoberfest nach. Kein Wunder, denn fast eine Million Einwohner sind deutscher Abstammung, die auf über 15 Festen mit einem Fassanstich an die Traditionen der Vorfahren erinnern.

Ein Urgestein unter Arizonas bayrischen Festen ist das Oktoberfest in Heber-Overgaard, das sein 30. Jubiläum feiert. Bereits am 16. und 17. September wird an zwei Tagen im Tall Timbers Park mit Musik, Tanz und viel Bier die Herbstzeit eingeläutet (Internet: www.heberovergaard.org).

Etwa einen Monat später, vom 13. bis zum 15. Oktober, geht es im Ort Tempe mit dem Four Peaks Oktoberfest weiter. Ganze drei Tage wird das bajuwarische Spektakel entlang der Südküste von Town Lake gefeiert inklusive Bratwurst-Wettessen, Dackelrennen und Blasmusik (Internet: www. fourpeaksoktoberfest.com).

In Kingman an der Mojave-Wüste feiert man das bekannteste aller deutschen Feste ebenfalls traditionell. Der „Kingman Route 66 Rotary Club“ lädt am 6. und 7. Oktober zum mittlerweile 10. „Brews and Brats Oktoberfest“ ein. Im großen Festzelt in Downtown Kingman gibt es verschiedene Biersorten, Bratwurst, Brezeln und eine ordentliche Portion Livemusik. Der Erlös der Veranstaltung wird an wohltätige Projekte des Rotary Clubs gespendet. Alle Oktoberfeste findet man in der Arizona-Touristeninformation www.visitarizona.com. *tws*

Neues Sarrazin-Buch: Der Autor gibt den Deutschen eine letzte Chance

Nach seinen vier Bestsellern „Deutschland schafft sich ab“, „Europa braucht den Euro nicht“, „Der neue Tugendterror“ und „Wunschdenken“ legt der Volkswirt und frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin nun einen weiteren Band mit dem Titel „Feindliche Übernahme“ vor, der sicher ebenfalls zum Verkaufsschlager avancieren wird.

Diese Prognose erfordert wahrlich keine hellseherischen Fähigkeiten, geht es doch um das heiße Eisen Islam. Deshalb wurden wie im Falle von „Deutschland schafft sich ab“ auch schon lange vor dem Erscheinen des Buches erste Urteile – oder besser gesagt Vorurteile – sowie Spekulationen über den Inhalt verbreitet. So fragte beispielsweise die „Bild“-Zeitung: „Ist das neue Buch zu hart?“ Immerhin laute sein Untertitel ja „Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“.

Aber genau das ist tatsächlich der Fall – den Nachweis hierzu tritt Sarrazin auf fast 500 Seiten mit der ihm eigenen nüchternen Logik und aufschlussreichem Zahlenmaterial an. Damit beantwortet er seine anfängliche Leitfrage, welche lautet: „Inwieweit bildet der Islam ... und inwieweit bildet die Einwanderung von Muslimen nach Europa eine Gefahr für die Zukunft der westlichen Gesellschaft und für unser Lebensmodell?“ Durch diese Herangehensweise stellt sich Sarrazin explizit und mit voller Absicht gegen all jene Beschwichtiger und Verharmloser in Politik und Gesellschaft, die das Problem Islam ignorieren und Andersdenkende wie ihn mit der denunziatorischen Diagnose „Islamophobie“ mundtot zu machen versuchen.

In seiner Argumentation geht Sarrazin sehr systematisch vor, indem er zunächst im ersten Abschnitt die Frage nach dem Wesen des Islam und dem Inhalt der koranischen Offenbarung stellt. Das ist insofern wichtig, als die heilige Schrift der Muslime sehr schwer zu lesen ist, da sich ihre Kernaussagen mehr oder weniger willkürlich und redundant über den gesamten Text verteilen. Im Verlaufe dieser Analyse kommt Sarrazin zu dem Schluss, dass der „Koran seine Spannkraft einerseits aus der Ehrfurcht vor dem einzigen Gott, ... andererseits aber aus dem Hass auf die Ungläubigen“ beziehe. Somit begünstige Mohammeds Offenbarung Autoritätshörigkeit und Gewaltbereitschaft sowie „eine Tendenz zum Beleidigtsein und zur Intoleranz“. Zugleich behindere sie Wissbegier und Veränderungsbereitschaft, Meinungsfreiheit und Demokratie sowie die Emanzipation der Frau.

Explizit gegen die Beschwichtiger und Verharmloser in der Politik

Letzterer Umstand wiederum führe zu auffälligem Kinderreichtum und einer höchst gefährlichen „demografischen Expansion“: „Weil ... die islamische Welt wegen der durch den Islam beförderten Rückständigkeit weitaus fruchtbarer ist als die westliche Welt, ist die dem Islam innewohnende demografische Sprengkraft über Kriege und Einwanderungsdruck gleichzeitig eine Bedrohung für die Zukunft und die Stabilität der westlichen Welt.“ Ansonsten, so Sarrazin weiter, erkläre der „Unterwerfungsgestus des Islam ... sowie die Geringschätzung nicht religiösen Wissens“ auch den auffälligen technisch-zivilisatorischen Rückstand der islamischen Welt, welcher den Neid und Hass auf den Westen noch vergrößere.

Nach dieser Diagnose auf der Basis der Lehren des Koran betrachtet der Autor im zweiten Abschnitt die islamische Staatenwelt von Arabien bis Indonesien im Detail und legt dabei zahlreiche Beweise für die Richtigkeit der obengenannten Aussagen vor: In allen islamischen Ländern nimmt die Bevölkerung in schnellem Tempo zu, aber „stark sind die islamischen Länder nur beim Bevölkerungswachstum. Schwach sind sie bei der Schaffung von Wohlstand, schwach sind sie bei der Bildung ihrer Menschen, und schwach sind sie in Wissenschaft und Technik.“

Im dritten Abschnitt beschäftigt sich Sarrazin dann noch detaillierter mit den diversen „Problemzonen islamischer Gesellschaften“ und zeigt weitere negative Auswirkungen des Islam, als da wären: geistige Unmündigkeit, Verödung der Künste, unterdurchschnittlich entwickelte kognitive Kompetenzen, teilweise auch bedingt durch häufige Verwandtenheiraten, männliches Dominanzgehabe, zwanghafte Geschlechtertrennung, Fundamentalismus und Terrorismus, Verfolgung von Nichtmuslimen, Antisemitismus und politische Instabilität. Dieser Teil der Ausführungen Sarrazins schließt mit dem Ausspruch des pakistanischen Atomphysikers Pervez Hoodbhoy: „Tief versteckt empfinden Muslime, dass sie gescheitert sind ... Für viele Muslime steht die Frage im Raum: Warum ist es vorbei mit unserer Großartigkeit?“ Wobei – so Sarrazins vollkommen zutreffende Beobachtung – die Antwort der religiösen Führer des Islam hierauf lautet: Weil ihr nicht streng genug im Glauben seid! Deshalb die Radikalisierung der Gläubigen in der islamischen Welt und außerhalb derselben.



Viel Ärger im Vorfeld: Thilo Sarrazin zog gegen seinen früheren Verleger, die Random House GmbH, vor Gericht Bild: Getty Images

Rückstand der islamischen Welt fördert den Hass

Um die Befindlichkeit der Muslime in der „Diaspora“ geht es dann im vierten Abschnitt, welcher von den „Muslimen im Abendland“ handelt. Hier erklärt Sarrazin einleitend, dass der starke Drang der Anhänger des Islam, in die Länder des Westens überzusiedeln, aus „der Rückständigkeit und den ungelösten Problemen ihres eigenen Kulturkreises“ resultiere. Dabei bezeichnet er die Einwanderung der Muslime als präzedenzlosen Vorgang: Anders als frühere Immigranten lehnten sie die Kultur und Religion der Aufnahmeländer ab und verweigerten jede Vermischung mit den Menschen dort – so lebten 90 Prozent der Muslime in Deutschland in Parallelgesellschaften! Dennoch versuchten sie aber, der autochthonen Bevölkerung die eigenen kulturellen und religiösen Vorschriften aufzuzwingen. Außerdem, so Sarrazin weiter, finde ein Import all der Gebrechen statt, an denen die islamische Welt leide. So bestehe beispielsweise „ein erheblicher Teil der Zugewanderten von 60 bis 70 Prozent ... aus funktionalen Analphabeten.“ Und das wiederum belaste die Sozialsysteme, weil die muslimischen Neuankömmlinge so natürlich nicht in den Arbeitsmarkt integrierbar seien. Anschließend weist Sarrazin noch anhand amtlicher Statistiken nach, dass auch die „Gewaltkriminalität in Deutschland und Europa weit überdurchschnittlich mit der Herkunft aus islamischen Ländern verbunden“ sei.

Politik muss falsche Anreize schnell abbauen

Angesichts der ganz offensichtlich vollkommen gescheiterten Integration der Mehrheit der Muslime und der Gefahren, welche von ihrer religiösen Prägung ausgehen, listet der Autor dann im fünften und letzten Abschnitt mit dem Titel „Was man tun muss“ Maßnahmen auf, durch die all den geschilderten Missständen hierzulande abgeholfen und die „feindliche Übernahme“ durch den Islam verhindert werden könne. Diese sind: Stärkung der deutschen und europäischen Identität, nüchterne Definition der eigenen Interessen sowie Befreiung der Einwanderungspolitik von Ideologie und Wunschdenken, nachhaltiges Umsteuern in der Flüchtlings- und Asylfrage beziehungsweise eine „robuste und realistische nationale Islampolitik“ sowie die Revision der Außen- und Entwicklungspolitik zur Stärkung der säkularen Kräfte rund um den Globus. Darüber hinaus gelte es, die Muslime in den westlichen Ländern stärker in die Pflicht zu nehmen, was die Teilhabe an Staat und Gesellschaft betreffe. In diesem Zusammenhang müsse die Bildungspolitik die kulturelle Assimilation unterstützen und „auf Integration durch Leistung“ setzen. Dazu gehöre auch der Abbau falscher Anreize in der Sozialpolitik.

Das ebenso lesenswerte wie informative Buch, dessen Stärke insbesondere in der systematischen Präsentation unwiderlegbarer Fakten und Statistiken liegt, endet mit einer nochmaligen Warnung: „Bei unveränderter demografischer Dynamik und unveränderter Einwanderung ist der Islam in Deutschland und Europa langfristig auf dem Weg zur Mehrheitsreligion.“ Und das könne höchst fatale Folgen haben, denn „Mehrheitsislam und eine freiheitliche Gesellschaft schließen sich offenbar aus.“

Es steht zu vermuten, dass die Sarrazin-Gegner angesichts dieser Schlussfolgerungen wieder mit Schaum vor dem Mund Sturm laufen werden. Das ändert allerdings nichts an den Realitäten, die Sarrazin völlig korrekt beschrieben hat, weswegen sein Buch wohl bald zur Bibel aller Islamkritiker avancieren wird. *Wolfgang Kaufmann*



Thilo Sarrazin: „Feindliche Übernahme. Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“, *FinanzBuch Verlag, München 2018, gebunden, 496 Seiten, 24,99 Euro*

Wie man trotz des Zinstiefs Vermögen aufbaut

Viel wird seit Jahren über die abgeschafften Zinsen geklagt und über die Schwierigkeiten, ein Geldguthaben gewinnbringend anzulegen. Damit hält sich Frank Wachenbrunner in seinem Buch mit dem Titel „Reichtum statt Hamsterrad. Schritt für Schritt zu finanzieller Unabhängigkeit“ nicht lange auf. Voller Optimismus wendet er sich an alle, die trotz eines auskömmlichen Gehalts „am Ende des Geldes noch eine Menge Monat übrig“ haben und diese Situation ändern wollen.

In seinem Buch verrät er Tipps, wie man sich aus dieser misslichen Lage befreien und in kleinen Schritten sogar ein Vermögen aufbauen kann. Voraussetzung seien Willensstärke, Ausdauer und weitgehender Verzicht auf Konsum. Sein Publikum sucht er im Mittelstand. Sich selbst bezeichnet er als „kleinen Mann“, der sein gesammeltes Wissen an den kleinen Mann oder die kleine Frau weitergebe. Dass er seinen Ansatz mit dem Gedanken an „Wohlstand“ und sogar „Reichtum“ verknüpft, will er gleichwohl nicht als Finte verstanden wissen. Diese Möglichkeit sei real und biete sich eigentlich jedem aus dieser Liga, der willens sei, monatlich einen bestimmten, möglichst hohen Geldbetrag zu erübrigen, um diese Summe zu investieren. Dafür schlägt er eine geschäftliche Nebentätigkeit vor. Er selbst habe sich unter anderem wegen beruflicher Durststrecken jahrelang mit der Investition von Geld auseinandergesetzt.

Auf die Schwierigkeit, heute mit einem Durchschnittsgehalt eine Familie zu ernähren, dabei eine hohe Miete zu bezahlen und am Monatsende noch die anvisierte Sparsumme übrig zu haben, geht er nicht ein. Ein Gehalt oder zwei Gehälter, teure Urlaubsreisen hin oder her – grundsätzlich möchte Wachenbrunner seine Leser dazu ermutigen, mehr aus ihrem monatlichen Einkommen zu machen. Natürlich müssten die Rahmenbedingungen stimmen. Das Motto lautet: Raus aus den Schulden und Schluss mit dem Konsum von überflüssigen Dingen, die nur aus Prestigegründen angeschafft werden. Ist dieses Ziel erreicht, gelte es, Rücklagen zu bilden. Was zu beachten ist, wenn man als Kleinunternehmer nebenberuflich mit einer Geschäftsidee, etwa mit dem Verkauf bestimmter Produkte – in den meisten Fällen dürfte es auf einen Internethandel hinauslaufen – Geld hinzuverdienen möchte, darüber gibt das Buch für Einsteiger hinreichend Auskunft. Auf diesem Weg hätten es einige geschafft, das Hamsterrad – gemeint ist ein Angestelltenverhältnis – zu verlassen, um „die eigenen Hände nur noch für sich selbst arbeiten zu lassen“, wie es der Autor bildhaft in Worte fasst. Nach Rückschlägen, die bei jeder geschäftlichen Tätigkeit zu erwarten seien, übe man sich in Geduld. Der Grundsatz „investieren statt konsumieren“ bleibe oberstes Prinzip.

Des Weiteren erklärt Wachenbrunner verschiedene Möglichkeiten, die erwirtschafteten Einnahmen beziehungsweise einen größeren Geldbetrag möglichst gewinnbringend anzulegen. Er weist auf die Chancen und Risiken der verschiedenen Anlageformen hin, seien es Aktien, Aktienfonds oder ETFs (Exchange Traded Funds), und listet auf, was beim Kauf einer Immobilie zu beachten ist. So erbringt dieser Ratgeber trotz gebotener Skepsis gegenüber einigen Ideen doch etliche wichtige Tipps und Hinweise für viele, die am Vermögensaufbau, an einer Geschäftsgründung oder am Immobilienkauf interessiert sind. *Dagmar Jestrzemski*



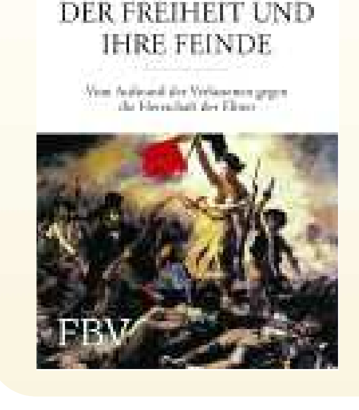
Frank Wachenbrunner: „Reichtum statt Hamsterrad. Schritt für Schritt zu finanzieller Unabhängigkeit“, *Tectum Verlag, Baden-Baden 2017, broschiert, 168 Seiten, 17,95 Euro*

Plädoyer für Liberalismus

Thomas Mayer, Bestsellerautor des „Manager Magazins“, hat ein spannendes Buch zur liberalen Ordnung vorgelegt und prophezeit düster: „Wir verlieren alles – unsere Freiheit und unseren wirtschaftlichen Wohlstand.“ Das Buch „Die Ordnung der Freiheit und ihre Feinde“ hat es in sich. Es ist sorgfältig recherchiert und gut gegliedert. Es bricht eine Lanze für den Liberalismus, der nachweislich zum Wohlstand der Menschen beigetragen und ein Leben in Freiheit ermöglicht habe.

Mayer beginnt mit der Schilderung der Entwicklung von der Stammes- zu einer organisierten Gesellschaft, um zur liberalen Gesellschaft und ihrer Wirtschaftsordnung überzugehen. Der Autor behandelt das gebrochene Verhältnis der Deutschen zum Liberalismus und die Verurteilung des Neoliberalismus von rechts und links.

Mayer zeigt, was unsere Gesellschaft dem Liberalismus zu danken hat. Er sieht das größte Problem in der „Abschaffung der Elitenherrschaft“ in einer durchweg parlamentarischen Parteiendemokratie. Junge Politiker fordert er auf, sich ernste Gedanken zu machen. Sonst werde aus dem „Positivsummenspiel“ nichts. *Wolfgang Thüne*



Thomas Mayer: „Die Ordnung der Freiheit und ihre Feinde. Vom Aufstand der Verlassenen gegen die Herrschaft der Eliten“, *Finanzbuch Verlag; München 2018, broschiert, 240 Seiten, 17,99 Euro*

MELDUNGEN

Kinder an die Macht

Magdeburg – Im politischen Überlebenskampf haben Sachsen-Anhalts Grüne vorgeschlagen, künftig Kinder ab 14 Jahren bei Kommunal- und Landtagswahlen abstimmen zu lassen, damit ihnen die „Teilhabe am demokratischen Prozess ermöglicht“ wird. Damit noch nicht genug, wollen Grüne in Zukunft auch Asylsuchern, EU-Ausländern und Immigranten das aktive und passive Wahlrecht ermöglichen. *MRK*

Wieder Noten ab Klasse 3

Kiel – An den Grundschulen Schleswig-Holsteins werden ab dem anlaufenden Schuljahr von der dritten Klasse an wieder Ziffernnoten vergeben statt, wie bislang für einige Jahre, nur Berichtszeugnisse. Die Lehrergewerkschaft GEW und der Kinderschutzbund hatten gegen die Wiedereinführung des alten Schulnotensystems protestiert. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) hielt jedoch an ihrer Entscheidung fest. *H.H.*

ZUR PERSON

Neue politische Wachsfigur

Die Premierminister Australiens schmelzen regelmäßig dahin. Aber nicht wegen der dort proklamierten Klimaerwärmung, sondern weil sie sich nie lange genug im Amt behaupten können, um in Sydney bei Madame Tussauds als Wachsfigur zu taugen.

Aktuell wird Malcolm Turnbull eingeschmolzen, weil er nach nur drei Amtsjahren nach einer innerparteilichen Abstimmung seinem Schatzminister **Scott Morrison** weichen muss. Der Multimillionär Turnbull, der für die „Ehe für alle“ eintrat, war seinen liberal-konservativen Parteikollegen zu links geworden. Bei der Rebellion gegen ihn um die Parteispitze setzte sich der gemäßigt konservative Morrison gegen die rechten Hardliner um Tony Abbott durch. Da in Australien der Premierminister nicht vom Volk oder Parlament bestimmt wird, sondern das Amt jeweils der Vorsitzende der bei den letzten Wahlen siegreichen Partei erhält, ist der 50-jährige Tourismusmanager nun neuer Premier.


Bild: Imago

Als Mitglied einer strenggläubigen evangelikalen Kirche ist der seit fast 30 Jahren verheiratete Vater zweier Kinder strikt gegen die gleichgeschlechtliche Ehe. Als Schattenminister für Immigration sorgte er mit dem Slogan „Stoppt die Boote“ und seinem Eintreten für die in Australien legale Praxis der Einwanderungshaft für illegale Zuwanderer dafür, dass Tony Abbott 2013 Premierminister wurde. Als Dank dafür wurde Morrison erst Einwanderungs-, dann Sozial- und – als Turnbull 2015 Premier wurde – Schatzminister.

Morrison ist bereits der sechste australische Regierungschef in zehn Jahren. Ob er für politische Kontinuität sorgen kann, hängt davon ab, wie lange er sich im Amt halten kann. Andernfalls erleidet er das gleiche Schicksal wie sein Vorgänger: Er, das heißt seine Wachsfigur, wird eingeschmolzen. *H. Tews*



Keller-Inspektion

Alles steht Kopf

Wie Medien ihre Themen auslosen, wie linke Demonstranten neue Erfahrungen machen, und warum Schluss Schluss bedeutet / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Als Journalist lernt man, die Wichtigkeit von Nachrichten aus dem Effeff zu erkennen und sie nach Relevanz zu sortieren. Bei der wichtigsten deutschen Nachrichtensendung, der „Tagesschau“, spritzt die Professionalität selbstredend aus jeder Zeile, was dann so aussieht:

In Offenburg ermordet ein Somalier ohne jeden Grund einen Arzt in dessen Praxis. Meldung für die „Tagesschau“? Iwo, bloß Regionalkram. Ein paar Tage später raunzt ein Mann mit schwarz-rot-goldenem Mützchen in Dresden ein ZDF-Team an, man solle ihn nicht so penetrant filmen, und ruft die Polizei, die daraufhin den Vorwurf des Gefilmten in Beamtengründlichkeit prüft, was ein bisschen Zeit kostet. Meldung? Na ja, wohl eher nicht, meinen Sie? Aber hallo! In der „Tagesschau“ sogar gleich die allererste in den 20-Uhr-Nachrichten. Große Aufregung.

Wie kommt das? Vermutlich werden die Themen gar nicht mehr von Journalisten ausgewählt, sondern nach dem Tombola-Prinzip: Alle Meldungen werden auf kleinen Zetteln in eine große Lostrommel geworfen, in die eine blonde Glücksgöttin kurz vor der Sendung hineinlangt, um den Knüller des Abends herauszuangeln. Das ist ja auch viel gerechter, als wenn man die Kür einem mutmaßlich voreingenommenen Redakteur überließe. Glückliches Mützchen.

Oder steckt in der Auswahl etwa System? Diesen Vorwurf verbreiten Verschwörungstheoretiker, denen aufgefallen sein will, dass es den Nachrichtenmachern gar nicht mehr wichtig ist, was passiert ist, sondern nur noch, wer es getan hat und gegen wen es sich richtet.

Wenn beispielsweise zornige Bürger die Bundeskanzlerin mit Pfiffen und Beschimpfungen begrüßen, handelt es sich um „Störer“, die „Parolen grölen“. Wenn ein linker Trupp gegen eine Merkel-kritische Demo mit roher Gewalt vorgeht zu dem Zweck, die Veranstaltung nicht nur zu stören, sondern handgreiflich auseinander zu jagen, dann handelt es sich um „Gegendemonstranten“.

„Gegendemonstrant“ ist ein hübsches Wort. Die Geschichte des deutschen Demonstrationswesens gliedert sich in drei Phasen. Ganz am Anfang war jede Demo verboten und rief Soldaten auf den Plan, die den „Pöbel“ auseinandertrieben, notfalls auch per Schusswaffengebrauch und Säbelhieben.

Dann folgte eine recht zivilisierte Zeit. Demonstrationen waren erlaubt, und es galt das Gesetz, dass jeder den anderen marschieren ließ. Wer einer Demonstration widersprechen wollte, organisierte eben selber eine, die später mit den entgegengesetzten Parolen durch die Stadt zog. Unterbrochen von einigen schlimmen Einbrüchen in der Weimarer Zeit galt diese Ordnung in der Bundesrepublik noch bis weit in die Zeit nach den 68ern. Schließlich hatten wir am Schicksal Weimars doch erlebt, wohin es führen kann, wenn eine Seite die Demonstrationen der anderen aktiv angreift. Also ließ man das sein, von ein paar durchgeknallten Ausnahmen abgesehen.

> Was für eine Demütigung: Roter Block benötigt Polizeischutz

Doch seit ’68 bröckelte diese Übereinkunft, erst nur an einzelnen Stellen, dann flächendeckend. Heute darf man bei einer „Gegendemonstration“ so richtig wieder die Sau rauslassen wie in den besten schlimmsten Weimarer Tagen.

Nein, es ist sogar noch besser: In der chaotischen Zwischenkriegszeit war die Aktion für beide Seiten, Demonstranten wie Gegendemonstranten, gefährlich. Ganz anders in unserer Zeit: Die durchweg linken, krawalltrainierten Gegendemonstranten treten in der Regel gegen brave, im Straßenkampf unerfahrene und entsprechend eingeschüchterte „rechte“ Kundgebungsbürgerchen an, die mal Merkel „weg“ haben wollen oder sich mit der geplanten Moschee nicht anfreunden wollen oder was auch immer.

Am gerissensten handeln jene Gegendemonstranten, die das Ende der bekämpften Demo abwarten, um einzelnen Teilnehmern auf dem Heimweg aufzulauern und sie dort krankenhausreif zu schlagen, wie nach einer „Merkel muss weg“-Demo in Hamburg.

Die Medien haben von dem Vorfall nicht viel Aufhebens gemacht. Das wurde allerdings vielfach kritisiert. Offenbar nicht ohne Wirkung: Auf „Focus online“ lesen wir das wirklich zu Herzen gehende Interview mit einem Demonstrationsleiter, der zwar nicht zusammengeschlagen wurde, aber doch große Angst hatte, dass es ihm passieren könnte. Endlich, so können wir feststellen, haben die Medien die Not der bedrängten Demonstranten erkannt, die immer wieder Ziel von Attacken gewalttätiger Gegner werden.

Die „Gewaltbereitschaft“ der anderen Seite sei „erschreckend“ gewesen, lesen wir da. Die Gegner hätten versucht, durch die Polizeikette durchzubrechen, es habe echte Angriffe gegeben, auch Raketen- und Böllerwürfe. „Wir haben mit der Polizei verhandelt und nur noch überlegt, wie wir dort heil wegkommen.“

Na endlich interessiert sich die Journaille mal für dieses Thema, für die andere Sicht der Dinge. Allerdings hat die Sache einen Knick. Bei dem Versammlungsleiter handelt es sich nicht etwa um einen AfD-Funktionär oder einen merkelkritischen Bürgerbewegten, der solche Erfahrungen mit gewalttätigen Gegnern schon etliche Male durchgemacht hat.

Es ist Tim Detzner von der Linkspartei, der hier von einer hässlichen Begegnung mit gewaltbereiten Demonstranten in Chemnitz berichtet. Daher die plötzliche Anteilnahme, die Opfern linker Demo-Gewalt selbstverständlich versagt bleibt.

Aber das hier ist ja auch wirklich ein ganz anderes Kaliber. Unter Detzners Mitmarschierern dürften sich nicht wenige befunden haben, die sonst gern an jede erreichbare Mauer „ACAB“ sprühen, die Abkürzung für „All Cops are Bastards“, was frei übersetzt „Alle Bullen sind Schweine“ bedeutet.

Versetzen Sie sich mal in die Lage eines solchen Sprühers. Der musste mit ansehen, wie sein Versammlungsleiter schlotternd mit „der Polizei verhandelt“, um von den „Bullen“ sicheres Geleit zu erheischen. Das ist eine Demütigung, die man nicht vergessen kann. Geradezu eine „Schande“!

Schlimm, wenn sich alles auf den Kopf stellt. Ja, natürlich vertraut auch der Anarcho-Antifaschist auf den Schutz der Polizei, wenn es brenzlig wird. Aber das muss doch nicht jeder sehen!

Völlig verständlich, dass so etwas Hass schürt, Hass auf das Ganze, Hass auf alles. So phantasiert die linke Musikgruppe „Antilopen Gang“:

„Atombombe auf deutschland, baggersee

Weg mit dem Scheißland, wir wollen ei’n Strand

Limo, Bikini, Sombrero und Eisstand.“

Und uns verdammtem Volk schleudern sie entgegen: „Ihr seid achtzig Millionen, die man abschlachten muss.“

Na also, endlich Schluss machen. Übrigens, bevor hier einer auf falsche Gedanken kommt: Ein ganzes Volk abschlachten oder per Atombombe ausrotten zu wollen, ist keine Volksverhetzung, sofern es sich bei dem Volk um das deutsche handelt. Allerdings sind Schöpfer solcher Texte auch besser beim Onkel Doktor aufgehoben als auf der Anklagebank.

Indes machen die Jungs von der Antilopen-Gang einen folgenschweren Fehler: Wer sind denn „wir“, die wir uns nach erfolgter Totalvernichtung am „Strand“ entspannen? Sollte ihr Traum in Erfüllung gehen, sind auch die Bandmitglieder entweder atomar verdampft oder liegen in ihrem Blut nach der Abschlachtung. Nix mit Limo und Bikini und dem schönen Leben am Baggersee.

Das ist ja das Ulkige an denen, die ihrem verhassten Land den Untergang wünschen. Sie schreien „Deutschland verrecke!“ nur in dem festen Vertrauen darauf, dass die Vernichtung niemals geschieht. Darin ähneln sie ein wenig den grünen Akademikern, denen es nie multikulti genug sein konnte, bis der Immigrantenanteil in der Klasse ihrer Kleinen die 50-Prozent-Marke durchbricht. Dann suchen sie nach einer anderen Schule.

MEINUNGEN

*Im „Freitag“ (23. August) lässt sich Schriftsteller **Peter Handke** über Personen der jüngsten Geschichte aus:*

„Joschka Fischer und Marcel Reich-Ranicki sind die schlimmsten Typen der Nachkriegszeit in Deutschland. Und Daniel Cohn-Bendit, das können Sie aufschreiben. Fischer hat überhaupt keine Ahnung von nichts. Essen vielleicht. Ahnung ist die Hauptsache im Leben. Ahnung und Gegenwart.“

*So wichtig waren **Fischer & Co.** auch nicht, meint **Sebastian Hammelehle**, der im „Spiegel“ (18. August) die These vertritt:*

„Nicht mit Schröder und Fischer, erst mit Merkel haben die 68er vollends ihr Ziel erreicht, die gesellschaftliche Hegemonie. Doch jede Hegemonie beschwört Widerspruch herauf.“

*Dem Autor **Mahmud Mansour** fehlt etwas in der aktuellen **Rassismus-Debatte**, wie er dem „Hamburger Abendblatt“ (22. August) verrät:*

„Zweitens stört mich, was in dieser Debatte ausgeblendet wird. Der umgekehrte Rassismus. Warum reden wir nicht auch darüber, in wie vielen Zuwanderer-Familien Deutsche als ‚Kartoffel‘ oder ‚Ungläubige‘ bezeichnet werden oder deutsche Frauen als ‚Schlampen‘. Darüber muss man auch sprechen.“

*Der frühere „Bild“-Chefredakteur **Hans-Hermann Tiedje** sieht in Österreichs Kanzler **Sebastian Kurz ein Ärgernis für Kanzlerin Merkel**, wie er in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (20. August) schreibt:*

„Die schiere Existenz dieses Mannes macht Merkel und deren politische Agenda seit einem halben Jahr permanent vergleichbar. Kurz ist ganz klar konservativ, in Deutschland wäre er Mitglied der CDU oder CSU, und in der alles beherrschenden Migrationspolitik hält er Merkels Wirken für verheerend. Bei allen Erörterungen über die Merkel-Nachfolge sitzt Kurz quasi als Phantom mit am Tisch. Jeder kann seine Schlüsse ziehen, zum Beispiel: Es geht auch anders als mit Merkel.“

*Über die neuesten **Steuererhöhungspläne der SPD** kann **Roger Letsch** auf der „Achse des Guten“ (25. August) nur noch lachen:*

„Deutschland muss weltweit das einzige Land sein, in dem am selben Tag ein Rekordüberschuss gemeldet und angekündigt wird, seinen Steuerzahlern würde künftig noch tiefer in die Tasche gegriffen ... Aus dem Bürger, so lernen wir, wurde im letzten Halbjahr viel herausgeholt (Überschuss) und gleichzeitig ist noch viel mehr herauszuholen (Steuererhöhungen). Das ist einfach zu viel Comedy, liebe SPD. Wer kann sich da das Lachen noch verkneifen? Da bleibt den Bürgern wohl nur die Möglichkeit, euch bei den nächsten Wahlen noch leiser zu stellen.“

***Merkels** Antwort im ARD-„Sommerinterview“, sie wolle als **„Europa-Kanzlerin“** in Erinnerung bleiben, macht **Rainer Zitelmann** im „European“ (27. August) **fassungslos**:*

„Um die europäische Einheit ist es so schlecht bestellt wie seit Jahrzehnten nicht, und niemand hat so viel dazu beigetragen wie sie. Und da will Merkel als Kanzlerin wahrgenommen werden, die besonders viel für Europa getan hat?“